offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden 1/2016

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe Januar-Februar 2016

Redaktionsnotiz…….. 3
Imperialismus heißt Krieg…….. 4
Erich Buchholz: Wie das Potsdamer Abkommen unwirksam gemacht wurde. Persönliche Erinnerungen und Gedanken…….. 4
Dimitris Koutsoumbas: Eingangsreferat der KKE beim Europäischen Kommunistischen Treffen am 7. 12. 2015 in Brüssel…….. 25
Irene Eckert: Für den Erhalt des syrischen Staates - wider Anarchie und de-konstruktivistische Staatsauffassung…… 33
Zur Geschichte des Sozialismus…… 36
Gruver Furr: Die fortdauernde Revolution in der sowjetischen Gesellschaft während der Stalin-Zeit…… 36

Parteitag der DKP…….. 57
Kommunistische Initiative: Stellungnahme zum 21. Parteitag der DKP…….. 57
Reflexion der aktuellen Situation…… 61
Irene Eckert: Historischer Umbruch am Horizont…… 61
Cuba-Solidarität…….. 67
Regionalgruppe Essen der Freundschafsgesellschaft BRD-Kuba e.V. (FG): 25 Jahre Cuba-Solidarität in Essen – Blick zurück nach vorn... 67
Heinz W. Hammer: Zu: »Das „Trojanische Pferd im Anmarsch“ – Zur neuen Strategie der USA gegen Cuba« – von Professor James Petras in: offen-siv Nr. 06-2015…….. 70
Erfreuliche Entwicklungen…… 71
Grover Furr: Dear friends…… 71
Miclas Lacorn: Domain kommunistische-geschichte.de……. 73
Fernstudium…… 74
Frank Flegel: Fernstudium – Probleme der Öffentlichkeitsarbeit….. 74
Rechenschaftsbericht 2015…… 76
Frank Flegel: Rechenschaftsbericht für das Jahr 2015…… 76

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel
Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel
Druck: Druckservice orbital, Reichenau.
Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.
Redaktion offen-siv, Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572 – 999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net
Spendenkonto:
In- und Ausland: Konto Frank Flegel,
IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;
Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Liebe Genossinnen und Genossen, es wird nicht schöner und nicht leichter werden in diesem neuen Jahr 2016 und voraussichtlich auch nicht in den Jahren danach.

Der Rassismus nicht nur in Deutschland nimmt bisher nicht gekannte Ausmaße an, die Faschisten gewinnen in hohem Tempo an Einfluss. Noch braucht die deutsche Bourgeoisie keinen offenen Faschismus, aber wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass es dann, wenn sich die Bourgeoisie für einen neuen Faschismus entscheiden sollte, für uns extrem schwer und gefährlich werden wird, denn die rassistische Orientierung ist in der Bevölkerung und leider auch in Teilen der Arbeiterklasse weit verbreitet. Die Gefahr wächst, und unsere Gegenkräfte sind zu schwach.

Und international? Zusätzlich zu den bisherigen Kriegen geht der Imperialismus nun verstärkt den Iran an. Die Provokation Saudi-Arabiens ist nicht die erste und wird nicht die letzte bleiben, die Schärfe der Haltung Saudi-Arabiens und anderer „Verbündeter des Westens“ zeigt aber eine neue Qualität der Eskalation. Der Krieg gegen den Iran ist gewollt.

Deshalb ist die Gefahr des imperialistischen Krieges in diesem Heft wieder Thema, es muss so sein.

Und natürlich befassen wir uns auch wieder mit der Geschichte des Sozialismus.

Außerdem war uns eine Einschätzung des vor kurzem abgehaltenen Parteitages der DKP wichtig. Wir bringen dazu die Stellungnahme der Kommunistischen Initiative, denn sie entspricht exakt unserer Position.

Zusätzlich wollen wir auf positive Initiativen aufmerksam machen.

Der Rechenschaftsbericht für 2015 beschließt dieses Heft – er ist inhaltlich durchaus erfreulich, weist aber, wie fast immer, ein finanzielles Defizit aus.

Nun wollen wir nicht mehr viele Worte machen außer diesen: bitte helft uns bei zwei Dingen, bei der Mobilisierung für das Fernstudium (siehe Artikel und Handzettel) und, wenn es irgendwie möglich ist, bei den Finanzen.

Redaktion offen-siv

Spendenkonto Offensiv:
Konto Frank Flegel,
IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,
BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

Imperialismus heißt Krieg

Erich Buchholz: Wie das Potsdamer Abkommen unwirksam gemacht wurde. Persönliche Erinnerungen und Gedanken.

Das Potsdamer Abkommen und was aus ihm wurde, ist mit meinem Leben in vieler Hinsicht unmittelbar verknüpft. Ich habe deshalb manches zu erzählen.

I.

Die Konferenz von Potsdam - eigentlich sollte sie ja die Berliner Konferenz heißen; da aber die Hauptstadt des besiegten Deutschland so sehr zerstört war, dass dort keine Bedingungen für die Durchführung dieser Konferenz gegeben oder kurzfristig geschaffen werden konnten, wurde diese Berliner Konferenz in einem Vorort, in Potsdam, durchgeführt.

Diese Konferenz verabschiedete am 2. August 1945 das Potsdamer Abkommen. Einen Tag danach, am 3. August 1945, wurde in Berlin (jedenfalls im Zentrum) an Litfaßsäulen der vollständige Text des Abschlussdokuments, das Potsdamer Abkommen, geklebt.

Außer mir, dem jüngsten der Anwesenden (am 8 Februar war ich 18 Jahre alt geworden), standen alles ältere Männer herum und lasen, wie ich, dieses Dokument. Deren Gesichter waren finster, fast versteinert. Was mögen sie gedacht habe. Ihnen war der Versailler Vertrag nach dem ersten Weltkrieg sicher noch in schlechter Erinnerung. Die so genannte "Schande von Versailles" war ein Hauptmotto der Nazis, um Deutsche geistig auf eine Revanche vorzubereiten.

Mich beschäftigten andere Gedanken. Denn die Nazis hatten uns jungen Männern in Uniform zur Kenntnis gebrachte, dass in den USA ein Herr Morgenthau in seinem „Morgenthau-Plan“ das Ende, genauer das des deutschen Volkes, vorgesehen hatte, und zwar durch "Entmannung", durch Sterisierung - eine "medizinische" "Methode, mit der die Nazis "missliebige Personen". so auch Vergewaltiger oder andere Sexualtäter entmannt hatten.

Warum hatten die Nazis uns jungen Männern in Uniform nur diese Pläne Morgenthaus zur Kenntnis gebracht? Die Absicht war sonnenklar: Wir sollten wissen, wenn wir nicht all unsere Kräfte einsetzen und auch unser Leben für den Endsieg geben, wird es für uns keinen Zukunft geben! Mit solchen Gedanken begann ich den

an einer Litfaßsäule aufgeklebten Text dieses Abkommens zu lesen. Würde ich eine Familie gründen und Kinder haben können?

Ich las: Entmilitarisierung - das war für Deutschland, das die beiden Weltkriege vom Zaun gebrochen hatte, unerlässlich.

Entnazifizierung! Auch das war unerlässlich. Nur fragte ich mich vorsichtig, was das sein und wie das gehen sollte! Alle Mitglieder der NSDAP, der Nazipartei, von ihren Ämtern entfernen? Natürlich, aber würde das genügen? Denn bis auf wenige Ausnahmen, so die Antifaschisten, die von den Nazis verfolgt wurden, hatten doch alle mitgemacht, nicht wenige bis kurz vor 12! Die Frage schien mir offen, denn die Nazi-Ideologie war keine geschlossene Idee! Es war ein bösartiges hetzerisches Konglomerat von Nationalismus, Militarismus, Revanchismus, von Rassismus, vor allem von Antisemitismus, von Antiantikommunismus und Antisozialismus von Antisowjetismus und Antirussismus u. ä. feindseligen Geistern.

Ob die Alliierten sich dessen bewusst waren?

Denn bei diesem Konglomerat war es schwer, in greifbarer Form eine nicht nur personelle Entnazifizierung durch Entfernen von Nazis aus wichtigen Ämtern zu erreichen, sondern die geistigen Grundlagen und die gesellschaftlichen Ausgangspunkte für eine Wiederaufleben von nazistischen Ideologien zu beseitigen.

Denn nur dann, nur bei Überwindung derartigen Gedankengutes, konnte eine dauerhafte und zuverlässige Entnazifizierung erreicht werden.

Weiter. Ich begrüßte auch von ganzem Herzen die Bestimmung, dass das befreite Deutschland ein friedliebendes *neutrales* Deutschland sein sollte, das an *keinen Militärpakten* mit anderen Staaten beteiligt sein sollte!

Ja ein solches Deutschland konnte ich mir inmitten Europas sehr gut vorstellen. Mit einem solchen Deutschland inmitten Europas würde es doch niemals wieder zu einem Krige kommen, der von Deutschland ausging.

Und viele weitere Bestimmungen schienen mir begründet und gerechtfertigt.

So erschien mir völlig richtig, dass Deutschland ein Staat mit einer einheitlichen Wirtschaft sein sollte, deren wirtschaftliche Macht, so nicht zuletzt die der Rüstungsindustrie entflechtet werden müsse.

Unter diesen Voraussetzungen würde auch das deutsche Volk eine Perspektive haben, zumal es im Abkommen ausdrücklich hieß, dass das deutsche Volk eine solche Perspektive haben solle!

Anfang August las ich, wie andere Berliner auch, erstmals den Text des von den Alliierten (USA, Großbritannien und UdSSR) verabschiedeten „Potsdamer Abkommens“ vom 3.8.1945. (Frankreich schloss sich dem Abkommen einige Tage später an.)

Dank meines Vaters und aufgrund vieler eigener Eindrücke und Erfahrungen war ich zunehmend zu einem überzeugten Gegner des Naziregimes geworden und sah mich deshalb nicht als von den Alliierten besiegt, sondern als jemanden, der von der Verbrecherbande Hitlers befreit worden war.

Ich las das Abkommen mit diesen Augen. Im Unterschied zu anderen war ich beruhigt. Ich las es noch einmal und las dort: *“Es ist nicht die Absicht der Alliierte, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven.“* Also doch keine Morgenthauplan, der die über Jahrzehnte sich hinstreckende genozidartige Vernichtung des deutschen Volkes durch Entmannung aller Männer vorsah, wie es uns 1944 die Nazis, um den Kampfeswillen der Deutschen zu stärken, zur Kenntnis gebracht hatten.

Ich las weiter: *„Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedliebenden Grundlage von neuem wieder aufzubauen.“*

Weiter war vorgesehen: Die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, die Vernichtung der Nazipartei, der NSDAP, mit allen ihren Gliederungen. Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage, die Aufhebung aller nazistischen Gesetze Die Verhaftung der Kriegsverbrecher und aller Mitschuldigen, um sie dem Gericht zu übergeben, die demokratische Umgestaltung des Erziehungswesens, des Gerichtswesen und der Verwaltung und demgemäß die Entfernung aller Nazis aus diesen Institutionen.

Weiter las ich: *„Während der Besatzungszeit ist Deutschland* ***als eine wirtschaftliche Einheit*** *zu betrachten“. „Die höchste Regierungsgewalt in Deutschland wird durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der vier Alliierten ausgeübt“* und hierfür ein alliierter Kontrollrat gebildet

Ich war sehr beruhigt, zumal ich, wie mein Vater, vor allem den Worten Roosevelts traute und hoffte, dass auch Churchill in seinem Sinne handeln würde (Stalin war für mich kein Begriff). Indessen unterzeichneten statt Roosevelt Truman und statt Churchill Attlee dieses völkerrechtliche Abkommen, das durch die Konferenzen von Teheran und Jalta konzeptionell vorbereitet worden war, die Ergebnisse dieser Konferenzen spezifizierte, konkretisiert.

Jedenfalls keine Entmannung!

Ich könnte, so hoffte ich, auch persönlich eine Zukunft haben: ich wollte ja nunmehr ordentlich Jura studieren, nachdem ich noch im März - nach Zuerkennung der Reife (statt eines Abis) - bereits eine Fernimmatrikulation an der juristischen Fakultät der Friedrich Wilhelm Universität erhalten hatte.

Das lief dann aber alles ganz, ganz anders, als ich das als Nazigegner hatte hoffen dürfen.

II.

Kurze Zeit nach Abschluss der Konferenz wurde bekannt, dass auf Befehl Trumans am 6. August 1945 Atombomben auf japanische Städte, nämlich Hiroshima und etwas später auch auf Nagasaki, abgeworfen wurden. In Nagasaki wurden über die Hälfte der Einwohne ermordet und zahlreiche andere schwer oder gefährlich verletzt, von den Spätfolgen auf nachfolgende Generationen ganz abgesehen.

Was sollte das? Japan lag am Boden. Seine Kapitulation oder sonst endgültige Niederlage stand unmittelbar bevor, zumal die Rote Armee nach der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands ausreichend kampferprobte, gerade auch im Erdkampf und in Häuserkampf bewährte Truppen an den Stillen Ozean in Marsch gesetzt hatte.

Also eine militärische Notwendigkeit zu diesem Abwurf von Atombomben gab es wirklich nicht! Der Einsatz der beiden Atombomben war ein ganz schweres Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ein Kriegsverbrechen erster Ordnung !! Ich hatte viele Jahre später Gelegenheit zu sehen, was der US-Pilot auf Trumans Befehl dort angerichtet hatte. Es seien ja nur - hörte ich im Geiste des damals in den USA verbreiteten Rassismsus` - „Asiaten“ gewesen - ganz so, wie es viele Jahre später beim Einsatz von Splitter- und Kugelbomben sowie giftigen Entlaubungsmitteln gegen den vietnamesischen Befreiungskrieg hieß, es seien ja nur Asiaten gewesen!

Welche Gründe - keineswegs Argumente - für diesen menschenverachtenden verbrecherischen Einsatz von Atombomben konnte es gegeben haben? Eine Antwort liegt auf der Hand: Bisher konnte man die Wirkungen der Atombomben nur in der Wüste von Nevada in den USA beobachten. Jetzt ergab sich - solange der Krieg gegen Japan noch lief! - die seltene Chance, unter dem "Deckmantel des Krieges" diese neue Waffe an lebenden Objekten, an Menschen, und zwar an Zivilpersonen, an Frauen und Kindern und deren Behausungen beobachten und erproben zu können.

Wenigen Wochen später, nach der Besiegung oder Kapitulation Japans hätte es diese Möglichkeit nicht mehr gegeben. Daher musste man sich sputen!

Ein weiterer Grund für diesen verbrecherischen Abwurf zweier Atombomben unmittelbar vor Ende des zweiten Weltkriegs bestand augenscheinlich darin, durch

diesen Einsatz von Atombomben aller Welt vorzuführen: Seht, wir sind die einzige Macht auf der Welt, die über diese Waffe verfügt, wagt es nicht, Euch mit uns anzulegen! Mit diesem verbrecherischen, menschheitsfeindlichen Einsatz von Atomwaffen bewiesen die USA nicht nur ihr Atomwaffenmonopol, sondern auch ihre Anspruch, ihren Weltmachtstatus zu verteidigen und auszubauen, ihre Pläne zur Erringung ihrer Weltherrschaft greifbar zu machen und bei der Verfolgung dieser Ziele vor nichts zurückzuschrecken.

Diese Drohgebärde war unbestreitbar an die Adresse der anderen Großmacht in der Welt, die Sowjetunion gerichtet, die die maßgebliche Gegenkraft gegen die USA war.

Für mich war dies die Eröffnung des **"kalten Krieges".** Er begann somit noch im Sommer 1945 - als Spuren des zweiten Weltkrieges noch überall sichtbar waren.

Entsprach das dem Sinn des Potsdamer Abkommen?

Viel später zeigte mir ein Potsdamer Kollege das Gebäude, in dem Truman während dieser Konferenz sein head-quarter in Drewitz aufgeschlagen hatte und von dem aus er den Befehl zum Abwurf der Atombomben erteilt hatte.

Ob das berühmte „tete-a-tete“ mit Stalin auch dort stattgefunden hatte, weiß ich nicht, aber bei diesem Treffen wollte Truman "auf den Busch klopfen", indem er eine versteckte Andeutung machte. Nahm Truman wirklich an, dass er mit einer Anspielung auf "seine" Atombomben einen politisch so erfahrene Mann wie Stalin würde aus der Reserve locken können? Natürlich verriet Stalin kein Minenspiel.

Aber fällig und angebrachte wäre es gewesen, wenn Truman "Klartext" gesprochen und seinem wichtigsten Alliierten seine Absicht kundgetan hätte. Dass Truman solches unterließ, zeigte, dass er hinter dem Rücken seines wichtigsten Alliierten selbstherrlich das Zeitalter der Atombomben eröffnete.

Dass die USA alsbald ihr Atomwaffenmonopol verloren, war absehbar. In der Militärtechnik gibt es kein Waffenmonopol auf Ewigkeit!

III.

Was erlebte ich in den ersten Monaten nach diesem Abkommen in Westberlin, wo wir - nach zweimaliger Ausbombung - eine Bleibe in der Claudiusstraße hatten.

Da mein "Reifevermerk" vom März 1945 nicht anerkannt wurde, musste ich das "Abi" nachholen. Das Gebäude meines Luisengymnasiums war zerstört, so hatten wir dieses Abi an der "Menzel"-Oberschule nachzuholen. Wir begegneten unseren alten Lehrern. Das Abi war eher ein Entgegenkommen für die Kriegsteilnehmer - also eigentlich auch nicht ernst gemeint. Einer unserer früheren Lehrer, ein Pfarrerssohn,

der ständig als "strammer Nazi" aufgetreten war, nahm mich bei einer sich bietenden Gelegenheit zur Seite und sagte: „Sie wissen doch, dass ich immer dagegen war!"

Ging so eine Entnazifizierung?

Parallel hörte ich von Bekannten, die eine "Neulehrerfernausbildung" begonnen hatten, was mir deutlich machte, dass anderswo, nämlich in Ostberlin, nazistisch Lehrer durch neue abgelöst wurden. Auch aufgrund meiner persönlichen Erlebnisse war ich entschieden dafür, Lehrer alten Stils, alter nazistischer Denkweise zu entfernen und durch andere, nicht nazistisch belastete Personen zu ersetzen. Nach außen zur Schau getragene "Gehirnwäsche" hilft da nicht!

Aus dem Osten hörte ich dann Ähnliches auch von neuen Richtern, die Volksrichterkurse zu besuchen hatten, um als neue Richter tätig zu werden. Ohne nähere Einzelheiten damals gewusst zu haben, konnte ich mir ausrechnen: Wenn die Richter vor 1945 den Eid auf den Führer geschworen hatten und in riesigem Umfang an der Verfolgung von Nazigegnern mitgewirkt hatten, war es ganz offensichtlich, dass ein Deutschland im Sinne des Potsdamer Abkommens ein andere Richterschaft nötig hatte.

Wegen einer wässrigen Lungenentzündung verbrachte ich viele Wochen in einem Moabiter Krankenhaus. Bei dieser Gelegenheit bekam ich unmittelbarer als zuvor mit, was die Leute (die Männer mit ihren Kriegserfahrungen) so dachten und was sie den Westberliner Zeitungen entnahmen.

Der Jargon, das Vokabular, die Denkweise war die, die ich während der 12 Jahre der Naziherrschaft schon zu erleben hatte. Sie war geprägt von Nationalismus, Antisowjetismus, Antikommunismus. Bloß den Hitlergruß, (den "deutschen“ Gruß !?), die Vokabel „Volksgenosse“ und das Hakenkreuz wurden weggelassen. In Übereinstimmung mit vielen anderen Eindrücken und nicht zuletzt durch die Presseerzeugnisse in Westberlin kam ich zu dem Schluss, dass von Entnazifizierung keine Rede sein konnte.

Ich spürte in meinem ganzen Körper: Es hatte sich seit der militärischen Niederschlagung des Hitlerfaschismus in den Köpfen dieser Deutschen nichts oder fast gar nichts geändert, von Entnazifizierung und Überwindung des Faschismus vermochte ich in Westberlin kaum etwas zu erkennen.

Als ich einige Jahre später von der Ehrenerklärung Bundeskanzler Adenauers für die „Deutsche Wehrmacht“ **und die Waffen-SS** vor dem ersten Bundestag hörte, die von den Abgeordneten der maßgeblichen Parteien mit Beifall bekräftigt wurde, ergab sich für mich: Da diese Abgeordneten für ihre Wähler auftraten, war für mich klar und

unwiderlegbar, dass in der Mehrheit der Westdeutschen das **überkommene Denken der Nazizeit fortbestand.** Von Entnazifizierung konnte keine Rede sein!!

Der alte Geist lebte fort, so als wenn die Menschen nur auf einen "neuen Führer" warteten!

IV.

Die separate Währungsreform und ihre Auswirkungen auf das Leben der Berliner.

Währungsumstellungen sind immer mit größeren oder kleineren Problemen für die Allgemeinheit oder den Einzelnen verbunden. Derartige Probleme werden riesig, wenn eine solche Währungsumstellung nur in einem Teil des einheitlichen Landes und auch einer einheitlichen Stadt langfristig hinter dem Rücken der Betroffenen vorbereitet wird. Diese separate Währungsreform war der **Axthieb an die Wurzel oder ins Herz** des vor gar nicht so langer Zeit gemeinsam verabredeten Potsdamer Abkommens. Durch diesen Schlag wurde dieses Abkommen wert-, ja auch weitgehend gegenstandslos. Es gab nun kaum noch gemeinsame Aktivitäten, um dieses Abkommen zu erfüllen, zu verwirklichen.

Ich spreche von der **separate Währungsreform** vom Sonntag, dem 20. Juni I948.

Sie steht ganz unmittelbar in Zusammenhang mit den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, namentlich der, dass Deutschland während der Besatzungszeit als wirtschaftliche Einheit zu behandeln sei.

Da ich immer und immer wieder nicht zum juristischen Studium zugelassen wurde, hatte mich mein Vater beim Finanzamt Alexander in Berlin-Mitte als Dienstanwärter angemeldet. Ich war ja noch nicht volljährig, noch nicht 21 Jahre alt. Da zu dieser Ausbildung auch ein Abschnitt an einem Bezirksamt vorgesehen war, gelangte ich an mein örtliches Bezirksamt "Tiergarten". Ich war also an diesem historischen Datum am 20. Juni 1948, diesem Tage als Dienstanwärter im Bezirksamt Tiergarten in Westberlin zum Geldumtausch eingesetzt worden. Bevor ich die ersten - dem Dollar ähnlich aussehenden - neuen Banknoten ausgab, las ich auf den Banderolen ein Datum: **I7. Nov. I947**.

Ich überlegte: Wenn diese neuen Banknoten am 17. Nov 1947 fertig gedruckt waren, mussten sie doch einige Zeit zuvor entworfen usw. worden sein und musste vor allem die strategische politische Entscheidung der Durchführung einer separaten Währungsreform einige Monate zuvor, womöglich Anfang 1947 - oder evtl. sogar noch früher von der Regierung der USA getroffen worden sein! Also in einer Zeit, als alle vier Besatzungsmächte in der Runde der Außenminister über die Ausgestaltung einer einheitlichen Währungsreform für ganz Deutschland beraten hatten.

Wieder einmal hatten die USA - als die tonangebende der drei westlichen Besatzungsmächte - wie damals beim Abwurf der Atombomben die SU hintergangen!

Als ich am 20.Juni 1948 in meinem Stadtbezirk diese separate Währungsreform praktisch durchzuführen hatte, kamen mir diese Worte des von mir später immer wieder gelesenen Potsdamer Abkommens in den Sinn: **Deutschland war als wirtschaftliche Einheit zu betrachten, zu behandeln!**.

Die neuen Banknoten waren also ein halbes Jahr vor der Ausführung der separaten Währungsreform bereits **in den USA** gedruckt worden. Dem waren - vorstellbar - über Monate die politischen Planungen zu dieser bis zum letzten Augenblick geheim gehaltenen Aktion vorangegangen. - zu einer Zeit, als die vier Besatzungsmächte über die dringend notwendige **gesamtdeutsche** Währungsreform verhandelten.

Diese von den USA insgeheim vorbereitete separate Währungsreform war **ein offener und offensichtlicher Bruch des Potsdamer Abkommens, des maßgeblichen völkerrechtlichen Dokuments für die Nachkriegs-Zukunft Deutschlands durch die USA** und die anderen westlichen Besatzungsmächte.

Wie zu zeigen sein wird, war diese separate Währungsreform ein besonders krasser Schritt zur Einbeziehung der Westzonen in die **Weltherrschaftsvorhaben der USA, und dazu unmittelbar in die NATO**.

Die Tatsache, dass diese separate Währungsreform der USA in jenen Monaten vorbereitet und dann ausgeführt wurde, in denen die Außenminister der Alliierten das wahrlich komplizierte Problem einer objektiv dringenden Währungsreform gemeinsam berieten, beraten hatten, manifestiert die Heimtücke und Bösartigkeit der USA ihrem östlichen Alliierten und Vertragspartner, der SU, gegenüber.

Das war die Aufkündigung des Potsdamer Abkommens und aller damit verbundene Vereinbarungen seitens der USA.

Nur: eigentlich und letztlich mussten sie an diesem Abkommen festhalten. Denn nur unter dieser Voraussetzung gab es für sie einen Rechtsgrund für ihre Anwesenheit in Westdeutschland und in Berlin. Dort aber krallten sie sich mit all ihren Zähnen ganz massiv fest.

Was bedeutete diese Währungsreform für Westdeutschland?

Die westdeutschen Länder wurden durch diese ihnen auferlegte neue, der US-Währung nahe Währung in das westliche Währungssystem einbezogen, besonders in das der USA.

So konnten diese nicht nur auf die Währung, sondern vor allem auf die Wirtschaft in Westdeutschland Einfluss nehmen. Besonders deutlich trat dies in der

„Marshallplan-Hilfe“ in Erscheinung, mit der westdeutsche Unternehmen, vornehmlich die großen, nicht nur mit Kapital versorgt wurden, so dass der in den westdeutschen Ländern weitgehend unberührt fortbestehende Kapitalismus sich alsbald wieder entfalten konnte. Wir erlebten eine Restauration des westdeutschen Kapitalismus sondergleichen, zumal die Umtauschquoten und Relationen für die Wirtschaft günstig waren - nicht für die „kleinen Leute“. Die Bürger der westdeutschen Länder, die die Zusammenhänge nicht durchschauten, erfreuten sich des größeren Warenangebots, das sich statistisch in außergewöhnlich hohen Zuwächsen der jährlichen individuellen Konsumtion in den 50er Jahren von über 7 % reflektierte (um danach schrittweise auf unter 0% abzusinken), was ihnen als „Wirtschaftswunder“ suggeriert wurde – zumal die westlichen Schaufenster gegenüber dem spärlichen und noch lange Zeit durch Rationierung beschränkten Warenangebot in Ostdeutschland besonders auffiel.

Was bedeutete diese urplötzlich durchgeführte separate Währungsreform für die Wirtschaft Ostdeutschlands, der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)?

Unabhängig von der Situation dieser ostdeutschen Wirtschaft bewirkte eine solche von heute auf morgen eingeführte neue Währung, dass das „alte Geld“, die Reichsmark (RM), ihre Geltung – jedenfalls im Währungsgebiet der neuen Währung – verlor, es aber im Gebiet der SBZ zunächst weiter fort galt: Unmengen alten, eigentlich wertlosen Geldes wurden aus dem Westen in die SBZ verbracht, geschmuggelt, was eine gefährliche Inflation hätte bewirken können – wenn nicht in der SBZ in aller Eile provisorisch gültiges Geld in Umlauf gebracht worden wäre: das war die „Tapetenmark“, nämlich alte Geldscheine mit aufgeklebten kleinen Papier wie Briefmarken. Sie wurden den Bürgern der SBZ in einem sozialen Umtauschsystem ausgehändigt.

Diese schädlichen, ja gefährlichen Auswirkungen für die ostdeutsche Wirtschaft waren von den USA nicht nur vorhersehbar, nein sie wurden ausdrücklich angestrebt. So war die Währungsreform nicht nur ein Bruch des Potsdamer Abkommens, sondern zugleich ein Schlag gegen die sich nach dem Kriegsende erst mühselig aufrappelnde Wirtschaft Ostdeutschlands. Es war ein weiterer Angriff mit dem Ziel, die ostdeutsche Wirtschaft zu schwächen und für die von Adenauer angezielte "Befreiung der Soffjetzone", also die Einverleibung in den westdeutschen Teilstaat, reif zu machen.

Was bedeutete diese separate Währungsreform für uns Deutsche?

Für uns Deutsche war diese separate Währungsreform **die Spaltung unseres Landes.**

Denn die Spaltung einer Währung ist die Spaltung der Wirtschaft. Die Spaltung der Wirtschaft aber war - und ist überall - die Spaltung der Gesellschaft des jeweiligen Landes. Immer und überall folgt die Politik der Ökonomie. Aber wir alle - in Ost und West - wollten keine Spaltung Deutschlands, wir wollten die **Einheit Deutschlands.**

Wir wollten sie erhalten - und später, als die Spaltung feste Formen angenommen hatte **– wollten wir sie wiederherstellen.** Das Streben nach Erhaltung eines einheitlichen, aber anderen, nämlich friedliebenden antifaschistischen demokratischen Deutschlands war in Ost und West sehr stark ausgeprägt.

Deshalb fand die bereits 1946 eröffnete Diskussion um eine entsprechende Verfassung für ganz Deutschland überall großen Widerhall. Vorstellungen zu Inhalten und Festlegungen einer solchen Verfassung finden sich demgemäß in den 1946/47 verabschiedeten Länderverfassungen in Ost und West

Das wussten auch die USA. Aber - wie auch sonst in der Nachkriegsgeschichte - kümmerten sie sich **niemals** um die Wünsche und Hoffnungen der Völker, der Menschen.

An dieser Stelle erinnere ich mich, wie es denn eigentlich dazu gekommen war, dass die drei westlichen Besatzungsmächte nach Berlin gelangten?

Die Befreiung der Reichshauptstadt von den Nazis und ihres Militärs wurde ausschließlich durch die Rote Armee erreicht. Als ich Mitte Mai 1945 wieder nach Hause kam, begegneten uns auf der Straße über Wochen und Monate nur Rotarmisten. Eines Tages im August, als ich im Tiergarten Kräuter wie Melde, als Ersatz für Spinat sammelte, hörte ich mir fremde Töne. Bei näherem Hinsehen wurde mir klar, dass die US-Army auf der Ost-West-Achse, die später in „Straße des 17. Juni(!)“ umbenannt wurde, paradierte und so ihre Anwesenheit in Berlin, in Westberlin, vorführte.

Von nun an regierten in den Westsektoren die westlichen Sektoren-Befehlshaber im Einklang mit den westlichen Zonenbefehlshabern – auf Weisungen ihrer Regierungen! Jedenfalls wurde, auch für einen Berliner, immer deutlicher, dass die Politik und Entwicklung in den vier Zonen (bzw. in Berlin in den vier Sektoren) **zunehmend unterschiedlich** verlief. Das betraf vor allem die konsequente Entnazifizierung und auch die strafrechtliche Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrecher. In den Ländern der sowjetischen Besatzungszone wurden – im Lande Sachsen durch Volksentscheid, in den anderen durch Gesetze der Landesparlamente – die Nazi- und Kriegsverbrecher (die ja vor allem die Kriegsgewinnler waren) enteignet, wodurch ihnen die ökonomische Grundlage ihres verbrecherischen Wirkens entzogen wurde. Das war der Akt, die Wurzeln des deutschen Faschismus auszurotten. In diesen Ländern, teilweise auch in Berlin,

wurden im Sinne der konsequenten Entnazifizierung gemäß dem Potsdamer Abkommen neue antifaschistische Kräfte für die Schulen, für die Verwaltung und die Justiz gefunden und ausgebildet. (Ich nenne nur die Neulehrer- und Volksrichterausbildung).

Auch in der Folgezeit fand ich mich immer wieder – besonders im Justizwesen der DDR – darin bestätigt, dass in Ostdeutschland, dann in der DDR, gut und richtig gewesen war, das Personal auszutauschen: So wurde in Ostdeutschland etwa 90% der Richter und Staatsanwälte aus der Justiz entfernt, währen in Westdeutschland etwa 90% übernommen wurden! Das führte u. a. auch dazu, dass in einigen westdeutschen Gerichten mehr ehemalige Mitglieder der NSDAP hitlertreu ihren Dienst taten (also fortsetzen!), als solche dort vor 1945 tätig gewesen waren! Es ist unbestritten, dass im Gegensatz zu den konsequenten Entnazifizierungsmaßnahmen in Ostdeutschland die Entnazifizierung in den westlichen Besatzungszonen vielfach halbherzig oder schleppend betrieben wurde.

Die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens waren sehr bald in Vergessenheit geraten.

Im sowjetischen Sektor Berlins (in Ostberlin) lehnte sich die gebotene gesellschaftliche Entwicklung, vor allem hinsichtlich Entnazifizierung und Überwindung der Wurzeln des deutschen Faschismus an die Umwälzungen in der sowjetischen Besatzungszone, in den ostdeutschen Ländern, an.

Demgegenüber war die Nachkriegsentwicklung in den drei westlichen Sektoren völlig anders. Entnazifizierung wurde klein geschrieben oder völlig unterlassen.

V.

Greifbare Konsequenzen und Auswirkungen der separaten Währungsreform für die Berliner):

Die Luftbrücke und der UGP-Putsch

Der Leser möge nicht vergessen, dass ich im Jahre 1947 Westberliner war, wie eh und je. Ich kam im Krankenhaus Moabit im Stadtbezirk Tiergarten zur Welt und kam erst viele, viel Jahre nach Abschluss meines Studium und Aufnahme einer Tätigkeit als Assistent an der Humboldt-Universität durch Wohnungszuweisung dazu, in Ostberlin Wohnsitz zu nehmen.

Was erlebte ich? Was sah und spürte ich im Spätsommer 1947?

(Über die mehr oder weniger bekannten, zwangsläufig kriminellen Aktivitäten, Spekulationen usw. und die dagegen erlassenen Strafbestimmungen spreche ich hier nicht. Das kann man nachlesen oder per Internet in Erfahrung bringen)

Plötzlich gab es in meiner mir seit meiner Kindheit vertrauten **einen** Stadt **zwei Währungen!!**

In den drei Westberliner Sektoren war das neue Geld das gesetzliches Zahlungsmittel, im Ostsektor, dem sowjetischen, galt die alte Reichsmark, die nur - um gültig zu bleiben - mit einem Kupon beklebt war, die sog, "Tapetenmark". Also zu unterscheiden war das Geld schon.

Aber es gab substantielle Unterschiede!

Die neue Westwährung wurde sofort, schon ab 21. 7., zu einer **Vorzugswährung** gemacht: Kartoffeln und Brot und andere solche notwendigen Lebensmittel bekam man in Ost und West für das "alte"Geld, für die Tapetenmark. Aber Schokolade, Bohnenkaffee und amerikanische Zigaretten bekam man nur gegen das neue Westgeld.

Eines Tages fand ich auf meinem Schreibtisch einen offenbar politischen Text vor - ohne eine Erklärung oder gar einen mündlichen Hinweis. Da ich dieses Blatt Papier nicht als ein zu meinen dienstlichen Aufgaben gehöriges ansah, legte ich es zur Seite oder in die Ablage. Zwei/drei Tage später bekam ich eine fristlose Kündigung meines Dienstverhältnisses, mit der Begründung, ich hätte mich **undemokratisch** verhalten. Später merkte ich, dass man dieses eigenartige Papier meinte, das ich einfach ablegte. Auch jetzt sprach niemand mit mir - auch nicht mein unmittelbarer Vorgesetzter. Jedenfalls begriff ich: **Meinungsfreiheit** gibt es in Westberlin jetzt - so wie in den 12 Jahren Nazizeit - nicht!!

Ein oder zwei Tage später meldete sich - unaufgefordert - meine Gewerkschaft, der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund /FDGB) , dem ich Anfang 1946 beigetreten war, als ich als Bauhilfsarbeiter am Wiederaufbau der zerstörten Uni mitarbeite. Ehe ich nachdenken und mich entscheiden konnte, meldete sich ein Ostberliner Bezirksamt (ich glaube Weißensee) bei mir mit der Order, mich am.. um.. dort zur Fortsetzung meines Dienstes als Dienstanwärter zu melden. Also gab es damals in ganz Berlin irgendwelche internen Kanäle oder Verbindungen in Berlin zwischen den Ost- und Westberliner Bezirksämtern.

Ehe ich das "verdaut" hatte, erreichte mich in diesen Tagen der Beschied über meine **Zulassung zum Jurastudium** an der Humboldt Universität. War das eine Freude! Meine Entscheidung - und damit die Erledigung meiner fristlosen Kündigung - ergaben sich von selbst. Immerhin hatte ich gelernt, im Westen lieber den Mund zu halten.

Übrigens erfuhr ich erst zufällig und viel später, warum ich erst zum Wintersemester 1948/49 zum Studium zugelassen wurde; offenbar war meine Biografie (als

Nazigegner von klein auf) und was ich zur Bodenreform geschrieben hatte, nicht im Sinne der Professoren (so des Dejans) , die damals (noch=) das Sagen hatten. Ich war nämlich nur über ein Sonderkontingent der "Deutschen Zentralverwaltung für Justiz" der ostdeutschen Länder (Vorläufer des späteren Justizministeriums der DDR) zu dem von mir so heiß ersehnten Jurastudium zugelassen worden.

Also wieder: Mund halten - wie in der Nazizeit!

Auch hatte ich später "mitgekriegt", warum ich fristlos entlassen wurde. Offenbar hatte ich die gerade eben geschaffene Luftbrücke nicht begrüßt und musste deshalb vom Dienst entfernt werden!

Was war die "*Luftbrücke*" mit ihren „**Rosinenbombern“,** wie diese US-Transportmaschinen im Volksmund - nicht so ganz falsch - hießen und derentwegen mir fristlos gekündigt wurde?

Berlin wurde über Jahrhunderte von seinem - landwirtschaftlichen - Umland versorgt. Fast alles, was da angebaut wurde, kam auch nach Berlin . Das war nach 1945 nicht anders, nur dass vieles nur auf Lebensmittelkarten ge- und verkauft werden durfte. Auch nach der überraschend durchgeführten separaten Währungsreform hätten die Westberliner - wie ja auch die Ostbeeliner - mit landwirtschaftlichen Produkten aus dem Berliner Umland versorgt werden können. Nur musste man, da diese Lieferung nun über zwei unterschiedliche Währungsgebiete ging, darüber verhandeln, wie dies legal und ordnungsgemäß geschehen könne. Nur eben dies, mit der sowjetischen Besatzungsmacht verhanden - wollten die USA nicht!

Ihre "Rosinenbomber" standen schon bereit und warteten auf den Befehl, die Westberline mit allem Möglichen zu versorgen. Vor diesem Befehl musste eine Rechtfertigung unter die Leute gebracht werden: Diese war die **Lüge**, dass die Sowjets die Westberliner "verhungern lassen wollten!"

Viel später, als die "Rosinenbomber " ihre **militärische Aufgabe** - nämlich zu beweisen, dass man im Bedarfsfall eine ganze Stadt versorgen könne, erfüllt hatten und dieses provokatorische Manöver sein Ende finden musste (es war auf die Dauer zu teuer) wurde eine mehr oder weniger normale Versorgung der Westberliner aus dem "Osten" mittels Verhandlungen realisiert. Ohne Verhandeln konnte auch später keines der Probleme Westberlins gelöst werden!!

Aber nochmal einen Schritt zurück: weil ich den "tiefen Sinn" der Luftbrücke nicht begriffen und ich sie nicht begrüßt hätte, wurde ich fristlos entlassen. So konnte es einem ergehen, wenn man das Potsdamer Abkommen begfrüßt hatte und später nicht dessen Grundlagen zu zerstören bereit war!

Die "Luftbrücke" war nicht das einzige Experiment am Rande eines dritten Weltkrieges.

Ein Beispiel: Der **innerstädtische öffentliche Verkehr,** S-Bahn, Busse und Straßenbahn, hatte sich über die Jahrzehnte entwickelt. Sollte das nicht mehr so weitergehen? Nein. Eines Tages holten Westberliner "Beamte" die Straßenbahnfahrerinnen, die aus Ostberlin kommend in den Westen zu fahren hatten, am Potsdamer Platz vom Fahrerstand. Begründung: "Frauen könnten nicht sicher Straßenbahn fahren!" Offenbar hatte man in Westberlin von dem Menschenrecht der Gleichberechtigung der Frau noch nichts gehört.

Indessen gab es ein anderes, sachlich begründetes Problem im Bereich der BVG, der Berliner Verkehrsbetrieb, also der Omnibusse und Straßenbahnen. Da die Linienführung der BVG sich nach den Bedürfnissen der Fahrgäste richtete, waren die seit eh und je bekannten Linien nicht nach Ost und West getrennt. Die Linien führten durch Berlin, von Nord nach Süd und von Ost nach West und umgekehrt. Infolge der separaten Währungsreform war es nun notwendig, dass die Fahrgäste in der Währung zahlten, in deren Gebiet sie eingestiegen waren. So hatten die Bahnen, die in Ostberlin starteten, Ostgeld bekommen, was die Schaffner in ihren "Brustkassen“ sammelten: aber die Bahnen, die vom Westen in den Osten fuhren, Westgeld in der "Brust-Kasse". Aber dass konnte man regeln, wenn man nur wollte und in Verhandlungen eintrat, jedenfalls, wenn auch die "Westseite" zu Verhandlungen bereit war.

Ganz anders war die Sach- und Rechtslage bei der S-Bahn, einem Unternehmen der "Deutschen Reichsbahn." Denn dieses und das dazu gehörende Gleis- und Streckennetz unterstand nach den frühzeitigen Vereinbarungen unter den vier Besatzungsmächten in ganz Ostdeutschland, also auch in Berlin der sowjetischen Verwaltung. Insoweit war - eigentlich - alles klar. Aber auch auf diesem Gebiet ging es dem „Westen“ um Störungen und nicht um Verhandlungen. Da die S-Bahn, die ja auch in Westberlin fuhr, dort Westgeldeinnahmen hatte, standen ihr Gelder in beiden Währungen zur Verfügung. Diese benötigte sie, da sie sowohl Eisenbahner mit Wohnsitz in Ostberlin als auch solche mit Wohnsitz in Westberlin beschäftigte. Demgemäß bekamen die Ostberliner Eisenbahner Ostgeld und die Westberliner Eisenbahner vor allem Westgeld, aber zu Teilen auch Ostgeld. Dies war darin begründet, dass diese "Westberliner" Eisenbahner vor allem ihre Miete und andere notwendige Kosten in Westgeld bezahlen mussten, während ihnen auch Ostgeld zur Verfügung stand, mit dem sie in Ost oder Westberlin verschieden Waren erwerben konnten. Diese Regelung entsprach dem Leben, der Wirklichkeit in Berlin.

Nun traten Eisenbahner auf, die der "Unabhängigen Gewerkschaftsopposition" (UGO) folgten und - grundlos - mehr Westgeld forderten. Nicht, um ein besseres

Ergebnis für ihre Kollegen zu erreichen, sondern **um zu stören**, riefen sie zu einem S-Bahn-Streik auf, der später unter dem Namen UGO-Putsch bekannt wurde, denn nur wenige Eisenbahner folgten den UGO-Leuten.

Jedenfalls erlebte ich folgendes:

Eines Nachmittags fuhr ich wie normal mit der S-Bahn vom Bahnhof Friedrichstraße, um mit diesem Zug Hohenneuendorf zu erreichen, wo ich in einem Studentenheim wohnte. Nach der normalen Fahrt gab es auf dem Bahnhof Frohnau - der letzten Station in Westberlin - großen Tumult. Ich begriff, dass dieser Zug (heute?) nicht weiter fahren würde. Die Fahrgäste hatten also auszusteigen und den Bahnhof zu verlassen! Wie sie ihr Ziel erreichen würde, wäre ihre Sache: Ich hatte bis Hohenneuendorf ein mächtiges Stück zurückzulegen, aber ich war ja noch jung.

Nachdem ich den Bahnhof und auch den Bahnsteig verlassen hatte, um meinen Fußweg anzutreten, sah ich östliche Transportpolizei den Bahnsteig und Bahnhof räumen. Dafür war die Transportpolizei zuständig, da das Reichsbahngebiet unter sowjetischer Verwaltung stand.

Dabei sah und hörte ich, was ich mir nicht vorstellen wollte: Westberliner Polizei, die das Reichsbahngelände offiziell nicht betreten durfte, schoss mit Pistolen auf die Angehörigen der Transportpolizei! Westpolizei schoss auf Ostpolizei!! Ich dachte: Ist das der Anfang des Dritten Weltkrieges? Auch die beiden vorhergehenden Weltkriege hatten ja mit "Kleinigkeiten" angefangen. All so etwas waren Auswirkungen und Folgen der das Potsdamer Abkommen in seinem Kern verletzenden, von den USA inszenierten separaten Währungsreform.

Aber die Pläne der USA gingen im Sinne ihrer Weltherrschaftspläne noch viel weiter. Nur hatte ich das damals noch nicht geahnt!

VI.

Die politische Spaltung der deutschen Hauptstadt als Vorstufe der definitiven politischen und staatlichen Spaltung Deutschlands:

Inzwischen kam es zu weiteren massiven Störungen in unserem Leben als Berliner. Diese waren zwar nicht durch diese Währungsreform verursachte, aber durch den "Trubel" ausgelöst, den diese Währungsreform in unser Leben gebracht hatte. Ja, es war schon ein eigenartiges Erlebnis: Die fast 700-jährige Stadt (ursprünglich aus "Berlin" und "Kölln" bestehend) war durch die separate Währungsreform faktisch zweigeteilt.

Es blieb aber nicht dabei. Das genügte den USA, dem "Westen" nicht. Sie wollten **auch die politische Spaltung Berlins**.

Ich meine die politische Spaltung unserer Stadt nachdem diese Währungsreform unsere Stadt wirtschaftlich gespalten hatte. Und persönlich durfte ich diese Spaltungsprozesse an der Universität erleben: die Sezession einiger Studenten unserer alma mater.

Das vollzog sich nicht minder kriminell.

Wie kam es also zur politischen Spaltung Berlins, der Berliner Verwaltung ? Wie erlebte ich sie als Ausdruck der zwangsläufigen Folge der währungspolitischen Spaltung Berlins? Nur in aller Kürze:

Um dieses von den USA geförderte und gewünschte Ergebnis zu erreichen, wurde in Berlin von den Spaltern und den an einer solchen Spaltung Interessierte der Weg einer **Sezesson** beschritten - oder musste beschritten werden. Denn bis dato bestand in Berlin eine einheitliche Stadtverwaltung, die ihren Sitz im Roten Rathaus nahe dem Alexanderplatz hatte, mit einer Berliner Stadtverordneten-Versammlung, die von allen wahlberechtigten Bürgern Berlins gewählt worden war, einem Oberbürgermeister und einem Berliner Magistrat an der Spitze – das alles für Gesamt-Berlin.

In der Folgezeit wurde für Westberlin ein Regierender Bürgermeister mit einem Senat und Senatoren "kreiert", dem alle westberliner Bezirksämter unterworfen, unterstellt wurden.

VII

Die Schaffung einer Konteruniversität.

Als ich zum Wintersemester 1948 als zugelassener Jurastudent wieder in das Hauptgebäude und die auch für mich bestimmten Vorlesungssäle kam, fiel mir zunächst auf, dass Frauen oder Mädchen fast gar nicht zu sehen waren. Etwas später merkte ich und erfuhr es dann auch, dass die Studenten in den Hörsälen zum ganz großen Teil ehemalige Offiziere der Hitler-Wehrmacht waren. Sie waren also zum Jurastudium zugelassen worden, während ich als Nazigegner immer wieder warten musste. Die Professoren, bei denen wir Zivilrecht, Staatsrecht und andere Fächer hörten, waren erkennbar die, die bereits vor 1945 eine Professur hatten.

Aus meiner Sicht und Wahrnehmung waren es vor allem jene reaktionären, offen antisowjetisch wirkenden Studenten, darunter viele ehemalige Offiziere der Nazi-Wehrmacht, die nun auf die Errichtung dieser Konteruniversität hingewirkt hatten.

Eine bedeutende Rolle in diesen Entwicklungen spielten die Studentenratswahlen im Frühjahr 1949. Jene reaktionären Studenten, die mir in den Vorlesungen aufgefallen waren, traten mit Hetzreden gegen die sowjetische Besatzungsmacht auf, die sich aber

erkennbar nicht in die inneren Angelegenheiten der Universität eingemischt hatte. Dann traten diese Studenten vor allem mit der Forderung auf, den Studenten der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät (ABF) eine Teilnahme an den Studentenratswahlen zu versagen. Dabei gehörte auch diese Fakultät - wie alle anderen - zur HU, und somit waren auch diese Studenten zur Teilnahme an den Studentenratswahlen berechtigt. Die reaktionären Studenten, die entsprechende Vertreter in den Studentenrat gewählt wissen wollten, wollten uns ABF-Studenten ausschließen, weil klar war, das wir deren reaktionären Kandidaten nicht wählen würden.

Jedenfalls: nach diesen Wahlen hatte eine entsprechende Gruppe von Studenten - mit offensichtlicher Unterstützung durch die USA, die als eine der vier Besatzungsmächte in Berlin den amerikanischen Sektor beherrschten -, in Dahlem eine neue Universität "gegründet". Die Mission dieser „neuen“ Uni war klar: Es war eine **Konterruniversität** gegen die international anerkannte, nun wieder nach ihren Gründern Wilhelm und Alexander von Humboldt benannte Humboldt-Universität. So gab es nach der politischen Spaltung Berlins - abgesehen von der Technischen Universität (TU) in Berlin formell zwei Universitäten: die Humboldt-Universität und die so genannte „Freie Universität“.

Bei Semesterbeginn fiel uns auf, dass Professoren der HU an dieser zweifelhaften **Sezession** *nicht teilnahmen.* Dass die diese Sezessionsgründung veranlassende Feindseligkeit zu ihrer "alma mater", der HU, ein Zusammenwirken der HU mit der "FU" ausschloss, verstand sich von selbst.

VIII

Die politische und staatliche Spaltung Deutschlands.

Wenige Wochen nach der Durchsetzung der separaten Währungsreform am 20. Juni 1948 hinter dem Rücken der SU, also die währunspolitische Spaltung Deutschlands und Berlins, erging seitens der westlichen Besatzungsmächte der an die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder adressierte Befehl zur Einberufung eines Konvents zur Ausarbeitung einer Verfassung für einen westdeutschen Staat.

Jetzt wurde klar: Die Durchsetzung der separaten Währungsreform war lediglich der Aufhänger, die Vorstufe zur staatlichen Spaltung Deutschlands, genauer der Schaffung eines westdeutschen Separat-Staates, der der NATO beizutreten haben würde.

War die separate Währungsreform bereits die Aufkündigung des Potsdamer Abkommens, das vorgab, während der Besatzungszeit Deutschland wirtschaftlich als eine Einheit zu betrachten, so wurde nun klar, dass dieses Abkommen von den USA torpediert wurde. Denn der angestrebte und später auch durchgesetzte Beitritt dieses

zu schaffenden westdeutschen Staates - es war dann die BRD – zur NATO sah für diesen westdeutschen Staat keine Neutralität vor, sondern die durch das Potsdamer Abkommen ausdrücklich verbotene Eingliederung in ein - übrigens zweifellos gegen die SU gerichtetes - Militärbündnis.

Damit war bereits durch diesen Befehl, einen westdeutschen Teilstaat zu schaffen, das Potsdamer Abkommen zu einem Nichts geworden. Es war durch die USA, im Bunde mit den anderen westlichen Alliierten **vernichtet** worden.

Angemerkt sei: Im Falle des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland zur Beendigung seiner Besatzung hätten alle Alliierten deutschen Boden verlassen müssen.

Die beispiellos vorzügliche militärische Position der USA, mitten in Europa erhebliches militärisches Potential aller Art, auch Atomwaffen, stationiert zu haben, würde zunichte gemacht worden und damit ein außerordentlich wichtiges Standbein für die Verwirklichung ihre Weltherrschaftspläne entfallen.

Da Truman bereits während der Potsdamer Konferenz den Befehl zum Abwurf von Atombomben erteilt hatte, was aus meiner Sicht nicht nur die Eröffnung des „Kalten Krieges“ war, sondern auch der Auftakt für deren Weltherrschaftspläne, ist für mich schlüssig, dass Truman seine Unterschrift unter das Potsdamer Abkommen nicht ehrlich und aufrichtig setzte, sondern unter einem geheimen Vorbehalt.

Truman als "newcomer" in der Weltpolitik war angesichts der weltweiten Stimmung nach dem Sieg über den Faschismus und nach dem Verlauf der Potsdamer Konferenz polotisch genötigt, für die USA zu unterscheiben, was Roosevelt und Stalin gemeinsam mir Churchill in Teheran und Jalta skizziert und entworfen hatte. Unterschreiben musste er schon für die USA - nur für verbindloch wollte er dieses Abkommen nicht ansehen.

Aber zurück zur Bildung des westdeutschen Separatstaates: Bereits am 1. Juli 1948, also wenige Tage nach der separaten Währungsreform, was der Zusammenhang unübersehbar macht, verlangten die drei westlichen Militärgouverneure, voran General Lucius D. Clay, von den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder, bis zum 1. September des gleichen Jahres, also binnen zweier Monate, eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen. Es sollte umgehend ein westdeutscher Separatstaat gebildet werden, der, wie oben schon angedeutet, mit seinem weitgehend unangetastet ökonomischen und militärischen Potential ein Hauptsäule der NATO in Europa zu werden hatte.

Aber die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder **wussten um die Stimmung in ihren Ländern** und wollten deshalb keine separate westdeutsche Verfassung und

keinen separaten westdeutschen Staat, der die **Spaltung Deutschlands** über die Währungsspaltung hinaus weiter vertiefen würde.

Was tun? Dem Befehl der Besatzungsmächte zu widersprechen und ihn nicht zu befolgen, ging nicht. Was konnten die westdeutschen Ministerpräsidenten tun? Adenauer wusste einen Ausweg, den er den westlichen Militärgouverneuren, vor allem Clay, schmackhaft machen konnte. Er **erfand** einen "Parlamentarischen Rat", ließ durch die Länderparlamente in diesen Vertreter entsenden und nahm - als Ältester der Anwesenden - ohne jede Abstimmung den Vorsitz dieses Rates ein. Für dieses Gremium gab es weder in den Länderverfassungen, noch in der Weimarer Verfassung, auf die das GG mehrfach Bezug nimmt, eine Rechtsgrundlage und erst recht nicht im Potsdamer Abkommen. Meine Formulierung "**erfand**" ist somit mehr als zutreffend.

Am 23. Mai I949 wurde das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" - nachdem die westlichen Besatzungsmächte es mit einigen Änderungen, die vor allem ihre Rechte an und auf Berlin gewährleisteten, versehen hatten und nachdem die Länderparlamente binnen einer Woche ihr Ja (oder Nein) zu diesem GG kundtun durften, von diesem in keiner Verfassung vorgesehenem "Rat" angenommen, ausgefertigt und verkündet. Es wurde in einem "Bundesgesetzblatt" eines Staates, den es noch gar nicht gab, auf S. I ff veröffentlicht.

Dieses Datum des 23. Mai galt in der Folgezeit vielfach als Gründungsdatum der BRD, obzwar diese erst fast ein halbes Jahr später gegründet wurde.

Den Bürgern der westdeutschen Länder wurde dieses GG als amtliches fertiges Produkt **vorgesetzt. Sie hatten es zur Kenntnis zu nehmen und - wie eine Verfassung - zu respektieren!** Diesem Grundgesetz wurden die Westdeutschen - wie einem Befehl – unterworfen. Dabei waren sich Adenauer und die Mitglieder seines Rates dessen bewusst, dass dieses Produkt nur ein "Provisorium sein konnte.

Sie sahen im Art. 146 ausdrücklich dessen Ablösung durch eine **Verfassung** vor, die vom gesamten deutschen Volk in freier Entscheidung anzunehmen wäre. Als der richtige Zeitpunkt für diese rechtliche Möglichkeit - im Jahre 1990 - herangekommen war, blockte Kohl diese Möglichkeit ab.

Keiner der unabhängigen bundesdeutschen Richter, bis zu denen des BVerfG, hat jemals das Zustandekommen des GG und damit der BRD hinterfragt! Es sei dahingestellt, ob Adenauer jemanden über seine geheimen Pläne aufgeklärt hatte, aber im Nachhinein wird sein weit reichender Schachzug nachvollziehbar. Aufgrund seiner politischen und Lebenserfahrung wusste er: Es kommt stets auf das Ergebnis an. Wenn es allgemein akzeptiert wird, fragt niemand mehr, wie es zustande kam, ob rechtmäßig oder rechtswidrig.

Da das Produkt, das GG, bei allen für die Entwicklung Westdeutschlands mächtigen und maßgebenden Kräften und Mächten Billigung erfuhr, so vor allem bei den USA und den anderen westlichen Besatzungsmächten, weil ja nun der Weg zu einem westdeutschen Staat eröffnet war, ebenso bei allen Adenauer politisch nahestehenden reaktionären Kräften, weil sie nun eine Macht sahen, die die "Befreiung der Soffjetzone" bewirken könnte, fragte niemand von diesen mehr, wie das GG zustande gekommen war.

Wir hatten wieder das in der bürgerlichen Rechtslehre anerkannte Ergebnis: Die **normative Kraft des Faktischen,** also die geschaffene Tatsache, herrscht über das Recht und die Rechtlichkeit. Ganz so, wie nach einem Krieg: Der Sieger hat nichts zu befürchten!

Da es in diesem Text um das Potsdamer Abkommen geht und was daraus geworden ist, sind zum GG keine weiteren Bemerkungen zu machen.

Aber im Hinblick auf das hier zu erörternde Thema sind indessen zwei Bemerkungen erforderlich:

Durch Art. 102 GG wurde die Todesstrafe - ohne jeden kriminalpolitischen Grund - abgeschafft. Denn die Nachkriegskriminalität war, besonders was die schweren Verbrechen wie Mord und Totschlag angeht, sehr hoch. Federführend dabei war Adenauer. War ihm nicht bekannt, dass die westdeutschen Bürger keine Abschaffung der Todesstrafe wollten? Adenauers Entscheidung war nicht krimimalpolitisch begründet, sondern klassenpolitisch: Adenauer ging es darum, dass den Nazi- und Kriegsverbrechern das Leben erhalten blieb! Denn er brauchte sie für Justiz, Militär und Wirtschaft. Dem entsprechend auf der gleichen Linie lag die Abfassung des Art. 13.1, der den "alten Beamten", so auch Nazi-Richtern und Nazi-Staatsanwälten, die weitere Ausübung ihres Berufs zusicherte. So ergab sich, dass in mehreren westdeutschen Gerichten nach 1945 mehr Richter waren, die der Nazipartei angehörten, als vor 1945.

So sah also die im Potsdamer Abkommen vorgesehene Entnazifizierung in Westdeutschland aus!!

Und nun ging alles wie am Schnürchen: Beitritt zur NATO, militärische Aufrüstung und allgemeine, auch ideologische Remilitarisierung - trotz entschiedenen Widerstandes von Friedenskämpfern, Kommunisten und deren Sympathisanten, die keinen Bruderkrieg und überhaupt keine neuen Krieg wollten, die also im Sinne des Potsdamer Abkommens auftraten.

Da die Kommunisten die entschiedensten Widersacher der Politik Adenauers waren, ließ er ein besonderes Strafgesetz (das 1. Strafrechtsänderungsgesetz) 1950 vom

Bundestag annehmen, mit dem gegen diese Kommunisten - wie in der Nazizeit - strafrechtlich vorgegangen werden konnte. Diese Strafverfolgung diente der "Absicherung" des von Adenauer sehr intensiv erwirkten KPD-Verbots. Als das BVerfG dieses Verbot ausgesprochen hatte, erkannte einige Zeit später ein anderer Senat dieses BVerfG, dass die maßgeblichen Strafbestimmungen in dem vorgenannten Strafrechtsänderungsgesetz verfassungswidrig und damit nichtig seien. Mithin waren all diese Strafurteile bundesdeutscher Gerichte gegen Kommunisten und ihre Sympathisanten **Unrecht**! Aber es ging ja nicht um Recht, sondern um Klassenkampf. Das Potsdamer Abkommen existierte ja - nach dem Verhalten der USA - für die BRD nicht mehr! Zwangsläufig musste der Osten, die SU und auch die DDR reagieren, antworten.

Da Stalin mit Roosevelt ein anderes, ein friedfertiges Deutschland und ein ebenso friedfertiges Europa wollte, sandte Stalin noch - einige Zeit vor seinem Tode - die bekannte Stalin-Note an den Westen, Es war sein letzter Versuch im Geiste des Potsdamer Abkommens.

Solange die UdSSR eine klare Politik betrieb, konnte die **Bipolarität** in der Weltpolitik, das Kräftegleichgewicht zwischen dem Imperialismus und dem Block der sozialistischen Staaten mit der SU an der Spitze im Interesse der Welt und aller Menschen weitgehend den Frieden sichern.

Als infolge der durch den Revisionismus hervorgebrachten politischen Schwäche der SU und dank des Verrats Gorbatschows und nach dem Staatsstreich eines Jelzin diese segensreiche Bipolarität nicht mehr gewährleistet war, sah die Welt völlig anders aus: Seit diesem Jahr kam es - bis heute - auf der Welt zu zahlreichen Kriegen, die es bis 1990 nicht gegeben hatte und auch heute nicht gäbe, wenn der Sozialismus nicht durch die innere Konterrevolution, den modernen Revisionismus, zerstört worden wäre.

Die segensreiche friedensfördernde Wirkung des Potsdamer Abkommens, seit 1948 durch die USA und danach auch durch den BRD- und EU-Imperialismus fortschreitend mit Füßen getreten, kam 1990 zum Erliegen.

Schluss: was blieb vom Potsdamer Abkommen, von der so hoffnungsvollen Potsdamer Konferenz?

Die vorgesehene Entmilitarisierung und das Verbot, sich Militärkoalitionen anzuschließen, also das Postulat einer deutlichen Neutralität, die Konstruktion eines friedliebenden deutschen Staates waren mit der durch die USA veranlassten Einbeziehung der BRD in die NATO vom Tisch.

Genau das Gegenteil wurde seitens der USA, die mit dem menschenrechtsfeindlichen, verbrecherischen Atombombenabwurf den „kalten Krieg“ einläuteten, eröffnet, eine dem Potsdamer Abkommen diametral zuwiderlaufende, auf Frieden in der Welt gerichtete Weltpolitik. Die ganz deutlich erkennbare Politik der USA war auf die Errichtung ihrer Weltherrschaft gerichtet. Dazu brauchten sie - mehr als andere - eine in die NATO integrierte westdeutsche BRD. Diesem Ziel und natürlich auch dem deutschen Großkapital dienend war von Entnazifizierung und Strafverfolgung der Nazi- und Kriegsverbrecher in ganz Deutschland keine Rede mehr.

Aufgrund der zunehmende Schwäche der UdSSR entfiel der maßgebende Kontrahent der USA in der Weltpolitik als Ausdruck eines bipolaren Gleichgewichts der beiden Machtzentren: Nach der Konterrevolution arbeiten die USA verstärkt an der Realisierung der von ihr ihr erstrebten Weltherrschaft. Und deshalb gilt: wer dem im Wege steht, wird mit den unterschiedlichsten zur Verfügung stehenden Mitteln angegriffen, seien es ökonomisches Erwürgen, Destabilisierung der staatlichen Strukturen, Aufrüsten der inneren Opposition, Bewaffnung von Mörderbanden oder offener Krieg.

Statt der vom Potsdamer Abkommen angestrebten Friedenssicherung beherrschen nun, besonders seit 1990, Krieg und Kriegsgefahr das Leben der Völker der Welt!

Erich Buchholz

Dimitris Koutsoumbas: Eingangsreferat der KKE beim Europäischen Kommunistischen Treffen am 7. 12. 2015 in Brüssel

"Wir verstärken den Kampf der Arbeiterklasse und des Volks gegen die kapitalistische Barbarei, die Kriege, Armut, Flucht und Migration verursacht.

Für das Europa des Sozialismus, des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit".

Liebe Genossinnen und Genossen,

die KKE heißt euch beim Europäischen Kommunistischen Treffen herzlich willkommen, das den kommunistischen und Arbeiterparteien Europas die Gelegenheit bieten wird, Meinungen und Gedanken zu den Entwicklungen und zu unserem gemeinsamen Kampf auszutauschen.

Unter den heutigen Bedingungen messen wir der Begegnung und dem Meinungsaustausch zwischen den Kommunisten Europas eine große Bedeutung bei, unabhängig davon, ob unsere Länder der imperialistischen EU angehören oder nicht,

oder ob unsere Parteien im EU-Parlament oder in den nationalen Parlamenten vertreten sind. Diese Begegnungen sind besonders in der heutigen Zeit wichtig, in der die kapitalistische Aggressivität wächst und bewiesen wird, dass das System mit der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit, der Armut, den imperialistischen Kriegen, dem Leiden der Flucht und der Migration einhergeht. Es bestätigt sich heute, dass dieses ausbeuterische Gesellschaftssystem, der Kapitalismus, unfähig ist, elementare Bedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen, wie soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung. Mehr noch, es hat alle zeitgemäßen Bedürfnisse der Menschen zum Feld der Profitsteigerung der Monopole verwandelt. Aus den sozialen Sackgassen des Kapitalismus tritt die Aktualität und die Notwendigkeit des Sozialismus noch deutlicher hervor.

Liebe Genossinnen und Genossen!

In dem einen Jahr nach dem letzten Europäischen Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien erleben wir rasche Entwicklungen, nicht nur in Europa, sondern auch in der erweiterten Region, auf der ganzen Welt. Wie das Beispiel der Millionen Flüchtlinge aus Syrien oder der in den „wasserdichten“ Stabsstellen der Kapitalisten ausgeheckten TTIP zeigt, beeinflussen diese Entwicklungen eindeutig das Leben Millionen Werktätiger Europas.

Die Konkurrenzkämpfe zwischen den imperialistischen Mächten sind in vollem Gange vielerorts in der Welt, von der Arktis bis nach Afrika, von Europa bis zum Südchinesischen Meer. Das östliche Mittelmeer ist eine solche Region, die das Interesse großer Monopole, starker imperialistischer Mächte und ihrer Verbündeten wie ein Magnet anzieht.

Die seit 2011 stattfindenden Intervention der USA, der EU, der Türkei, der Golfmonarchien und anderer Mächte in der Region führten, wie erwartet, zum russischen Militäreingreifen in Syrien, das am 30. September los ging. Diese Entwicklungen signalisieren die weitere Verschärfung der innerimperialistischen Gegensätze in der Region des Nahen Ostens und des östlichen Mittelmeers.

Die KKE verurteilte von Anfang an diese Intervention, die schwerwiegende Folgen für die Völker Syriens und anderer Länder der Region hat. Als bürgerliche und opportunistische Parteien über den „Arabischen Frühling“ jubelten, enthüllte unsere Partei die durch die imperialistischen Mächte organisierte Operation der Finanzierung und Aufrüstung der so genannten syrischen Opposition, die unter anderem die Bildung und Ausbreitung des Ungeheuers des "Islamischen Staates" und die Entstehung riesiger Flüchtlingsströme als Folgen hatten.

Die KKE brachte ihre Solidarität mit dem französischen Volk, die Anteilnahme mit den Familien der Opfer des barbarischen Massakers durch den IS in Paris zum

Ausdruck und warnte gleichzeitig von Anfang an davor, dass diese Anschläge kein Alibi für die Eskalierung der imperialistischen Interventionen in der Region, für einen imperialistischen Krieg und für Interessenskonflikte sein dürfen, die die Völker der Region teuer bezahlen werden. Sie dürfen nicht als Alibi für neue Maßnahmen zur Einschränkung der demokratischen Freiheiten des Volkes, zur Militarisierung des politischen Lebens der europäischen Länder genutzt werden, als Alibi für eine neue Welle der Ausländerfeindlichkeit, des Rassismus und rechtsextremer faschistischer Auffassungen gegen unsere Mitmenschen, die als Flüchtlinge und Migranten ein Überleben suchen.

Wenn die eine oder andere imperialistische Auseinandersetzung bereits vom Zaun gebrochen ist, ist es nach unserer Auffassung irreführend, darüber zu diskutieren, wer zuerst begann oder wer das "internationale Recht" einhält, das immer reaktionärer wird, aber auch wie ein "Gummi" ist, auf das sich alle imperialistischen Mächte berufen.

Die Propaganda, die gegenwärtig international geführt wird, unter Ausnutzung des barbarischen Vorgehens der fanatischen Dschihadisten, um ein kriegstreiberisches Klima innerhalb der Arbeiterklasse und zwischen den Völkern unter dem Vorwand der Religion zu erzeugen, ist gefährlich.

Wir als Kommunisten müssen uns darüber klar sein, dass der „Boden“, worauf dieser Krieg geführt wird, nichts anderes ist als das Interesse der Monopole. Man muss analysieren, welche Kräfte gegeneinander vorgehen,- und diese Kräfte haben einen konkreten Klasseninhalt.

Unter diesen Bedingungen erhebt die KKE die Forderung, dass das Volk und besonders die Jugend keinen Tropfen Blut für die Interessen des Kapitals und der Ausbeuter vergießen darf. Das wird nicht durch die Beteiligung unserer Länder an den imperialistischen Vereinigungen wie der NATO und der EU gewährleistet, die alle bürgerlichen, liberalen und sozialdemokratischen Parteien, "linke" sowie rechte, unterstützen, wie in Griechenland die Unterstützung der NATO von SYRIZA über Nea Dimokratia, bis zur nazistischen "Goldenen Morgendämmerung" reicht. Das wird nicht gewährleistet durch die Logik der Präferenz eines Blocks imperialistischer Mächte, eines Blocks internationaler geopolitischer Bündnisse gegen einen anderen. (…)

Wir sind der Auffassung, dass die kommunistische Bewegung die innerimperialistischen Gegensätze nutzen soll, um die imperialistischen Bündnisse zu schwächen, die kapitalistische Herrschaft im eigenen oder in anderen Ländern anzugreifenden, zum schwanken zu bringen oder auch nur, um sich selbst zu verteidigen.

Damit eine KP die innerimperialistischen Gegensätze richtig nutzen kann, darf sie sich nicht in den Planungen eines imperialistischen Zentrums einwickeln lassen, sondern muss die ureigensten Interessen der Arbeiterklasse in ihrem Land, in der Region und weltweit verteidigen.

Unsere Partei stellt direkt die Frage des Austritts Griechenlands aus allen imperialistischen Vereinigungen wie der NATO und der EU.

Gleichzeitig bringt unsere Partei auch ihre materielle Solidarität für die Zehntausenden Menschen zum Ausdruck, die nach dem Überlebenskampf im Meer in unserem Land angekommen sind und zu anderen europäischen Ländern aufbrechen. Kein Mensch will aus seinem Ort entwurzelt werden. Wir wissen genau, wer so viele Menschen aus ihrer Heimat vertrieben hat: es ist die kapitalistische Barbarei, die Armut, Arbeitslosigkeit und Kriege verursacht.

Die KKE kämpft gegen die Ursachen der Flucht und der Auswanderung, sie kämpft gegen den Neofaschismus und ihre heutigen Vertreter in Griechenland, die versucht haben, unter anderem das große Thema der Migrationsbewegungen dazu zu missbrauchen, beim Volk Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zu schüren. Unsere Partei ruft die Arbeiter- und Volksbewegung auf, die Solidarität mit den Flüchtlingen und Migranten zu verstärken.

Dieses Problem wird kein Ende finden, wenn die imperialistischen Interventionen und Kriege der EU, USA und NATO nicht gestoppt werden. Wir kämpfen darum, dass Griechenland keine Beteiligung daran hat! Die Repressionsmaßnahmen der EU-Apparate können genausowenig eine Lösung darstellen. Deswegen fordern wir die Abschaffung der Dublin-Verordnung, des Schengen-Abkommens und der Frontex! Die Flüchtlinge sollen anständige Aufnahme- und Unterbringungsbedingungen haben. Wir kämpfen für den Ausbau des Personals und der Infrastruktur, die für die Rettung, Registrierung, Unterbringung, Versorgung und sicheren Beförderung der Flüchtlinge von den Inseln zu den Grenzübergangsstellen notwendig sind.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die kapitalistische Krise walzt nicht nur die sozialen Recht und Errungenschaften der Werktätigen in Europa nieder, sondern mischt die Karten der Kräfteverhältnisse zwischen den kapitalistischen Staaten neu auf. Das findet sowohl innerhalb der EU statt, als auch in den Beziehungen zwischen der Staaten der kapitalistischen Welt insgesamt.

Es bestätigt sich, dass die sogenannte "multipolare Welt" nichts zu tun hat mit dem "Frieden", der "Sicherheit" der Völker, der Lösung der Konflikte, wie ihre Verfechter propagierten. Jede "Architektur" der internationalen Beziehungen trägt als

Geburtsmal den Drang zur internationalen Intervention und zum Krieg, wenn sie Staaten im monopolistischen Stadium, d.h. unter den Bedingungen des Imperialismus, als Eckpfeiler hat. Wir sprachen im letzten Jahr ausführlicher über die offene und unverfrorene Intervention der USA und der EU in der Ukraine - im Rahmen ihres Konkurrenzkampfes mit Russland - um die Kontrolle der Energietransportwege, der Rohstoffe, der Marktanteile. Diese Konkurrenzkämpfe und die Übernahme von Regierungsverantwortung durch nationalistische und antikommunistische Kräfte hatten tragische Folgen für das Volk der Ukraine, das seinem Land beim Zerfallen zusah, einen Bürgerkrieg um fremde Interessen erlebte und mit neuen volksfeindlichen Maßnahmen und Repressionsmaßnahmen konfrontiert wurde, wie der geplanten Operation für das Verbot der KP und der kommunistischen Ideologie.

Auch von diesem Podium aus möchten wir unsere Solidarität an die Kommunistinnen und Kommunisten der Ukraine zum Ausdruck bringen, die diesen volksfeindlichen Entwicklungen gegenüberstehen. Wir verurteilen die Entscheidung des ukrainischen Präsidenten, vor einigen Monaten drei KKE-Funktionäre, unter ihnen unseren EU-Parlamentsabgeordneten, S. Zarianopoulos, und den Vizepräsidenten des Griechischen Parlaments, G. Lambroulis, in eine "schwarze Liste" aufzunehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

gestattet mir, in Kürze zwei weitere internationale Fragen aufzuwerfen, die für die Völker Europas und für die Organisierung unseres Kampfes von großer Bedeutung sind.

Erstens: In der letzten Zeit begannen die USA und die NATO Tests für ihr „Antiraketenschild“ in Europa. Dieses Antiraketensystem, obwohl es als eine „Schutzmaßnahme“ vor dem Iran oder vor „Terroristen“ dargestellt wird, zielt eindeutig darauf, den USA den nuklearen Erstschlag gegen Russland zu ermöglichen, ohne dass sie das Risiko eines Gegenschlags eingehen. Es handelt sich um einen besonders gefährlichen Schritt, weil dadurch der europäische Boden zu einem Schauplatz eines Nuklearkrieges und Konflikts mit Russland verwandelt wird. Hier ist das Handeln der Kommunisten und anderer Kämpfer gefragt, um diese Stützen des US-amerikanischen NATO-Plans und jedes anderen entsprechenden imperialistischen Plans „aufzulösen“.

Zweitens: Das Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen EU und USA (TTIP), das auch die „Wirtschafts-NATO für die Monopole“ genannt wird und unter höchster Geheimhaltung vorangetrieben wird, ruft Reaktionen hervor. Auch von bürgerlichen politischen Kräften kommen Teilbedenken zum Ausdruck, die bestimmten Kreisen des Kapitals dienen, und die noch mehr Vergünstigungen für sich erzielen wollen.

Die neuen eifrigen Sozialdemokraten von SYRIZA, von den Podemos, sowie andere Opportunisten, hauptsächlich vertreten durch die ELP, repräsentieren Interessen von Teilen des Kapitals und sprechen sich gegen das Zustandekommen von TTIP aus. Sie konzentrieren ihre Ablehnung auf bestimmte Teile dieses Abkommens und nicht auf sein Wesen. Sie verteidigen das Profitstreben der Monopolgruppen und führen das Märchen über eine „nachhaltige" Konjunktur an. Sie betrachten TTIP als eine „Hürde", dem Kapitalismus „Regeln, Kontrollen und Vorschriften" aufzuerlegen, die die Monopole „zügeln" könnten. Sie verheimlichen bewusst die Tatsache, dass TTIP kein einzelner Auswuchs, sondern eine Bestätigung des Wesens, des ausbeuterischen Charakters dieses Systems darstellt.

Dieses Abkommen ebnet den Weg für die Infragestellung und die Abschaffung der wenigen Arbeiterrechte, die der barbarische Angriff des Kapitals, der EU und der bürgerlichen Regierungen unter Ausnutzung der kapitalistischen Krise noch verschont ließ. Ihr Ziel ist es, die Rechte der Werktätigen auf das niedrigst mögliche Niveau zu senken, da das gemeinsames Streben der USA und der EU die drastische Reduzierung des Preises der Arbeitskraft ist.

Auch hier ist das Handeln der Kommunisten erforderlich, vor allem die Enthüllung dieser Pläne sowie der irreführenden Debatte über den angeblichen Verlust der „Souveränität" der EU oder ihrer Mitgliedsstaaten wegen des TTIP. Sie verschleiern dadurch, dass dieses Abkommen auch von den bürgerlichen EU-Regierungen angestrebt wird, gewiss durch Verhandeln mit den USA, damit die europäischen Monopole ihre Stellungen in der internationalen Konkurrenz absichern und ausbauen können. Die KKE kämpft gegen dieses volksfeindliche Abkommen und betont, dass weder Verbesserungshinweise noch Korrekturen etwas Positives bewirken können. Die KKE ruft das Volk auf, für die Zurückweisung dieses Abkommens zu kämpfen, in der Richtung des Kampfes für den Sturz des ausbeuterischen Systems, dem es dient.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Vor einem Jahr, als wir über die Entwicklungen in Griechenland sprachen und als SYRIZA noch in der Opposition war, haben wir von diesem Podium aus den Kurs dieser Partei beschrieben, falls die Bourgeoisie ihr das Steuer der bürgerlichen Macht anvertrauen würde. Heute können wir euch in die Augen schauen, weil die KKE für die Verteidigung der Interessen des Volkes kämpfte und weiterhin kämpft, und zudem, weil alle Voraussagen unserer Partei bestätigt wurden.

Mit der Regierung SYRIZA-ANEL steht unser Volk einem neuen frontalen Angriff des Kapitals gegenüber. Die Vollendung dieses Angriffs übernahm die Regierung der „linken" SYRIZA und der angeblich „patriotischen" ANEL. Sie setzen das

barbarische volksfeindliche Memorandum um, das sie im Sommer gemeinsam mit den Parteien ND, PASOK und POTAMI unterzeichnet hatten.

Jeden Tag setzen sie durch neue Gesetzesentwürfe, die das Parlament passieren, Maßnahmen noch nie da gewesener Härte um. Es geht um Maßnahmen, die den Familien aus den Volksschichten mehr Steuern aufbürden, besonders den Bauern und Kleinselbständigen, während Steuererleichterungen für das Kapital gefestigt werden. Mit der Erhöhung des Renteneintrittsalters gerät in ihr Kreuzfeuer alles, was vom Recht auf Sozialversicherung stehen geblieben ist. Sie bereiten den Angriff auf das Streikrecht und auf andere gewerkschaftliche Rechte vor; sie forcieren die Privatisierungen. Dieser Angriff ist der Beleg dafür, dass die Ausbeutung der Arbeitskraft die Voraussetzung für die kapitalistische Konjunktur ist.

Die SYRIZA-ANEL-Regierung beteiligt sich aktiv an den Planungen der NATO, der USA und der EU in der Region, sie stellt ganze Regionen des Landes für die Errichtung neuer NATO-Stützpunkte und militärischer Offensivstrukturen zur Verfügung.

Die angeblich „linke“ Regierung erwies und erweist dem System große Dienste. Hinter dem „linken“ Schleier, hinter der Behauptung, dass sie innerhalb der EU kämpft, versucht sie in Verbindung mit Erpressungen und Illusionen, einen großen Teil des Volkes zu überzeugen, dass die heutige Politik eine Einwegstraße ist und dass es dem Volk nichts anderes übrig bleibt, als zwischen verschiedenen Regierungen und Verwaltern des Memorandums für die Umsetzung der volksfeindlichen Politik zu wählen. Damit trägt sie zur konservativen Wende kämpferischer Kräfte bei, die sich in den vergangenen Jahren gegen die volksfeindlichen Maßnahmen gewehrt hatten.

Zum wiederholten Mal bestätigt sich der Fakt, dass die sogenannten linken Regierungen, die sog. Parteien der linken „Erneuerung“, die in ihren Reihen auch „reformierte“ ehemalige Kommunisten haben, zu einem gegebenen Zeitpunkt die Drecksarbeit für das Kapital besser verrichten können und gleichzeitig das Volk und seine Bewegung in die Enttäuschung und danach in die Passivität führen können.

Auch auf diesem Wege bestätigt sich die konsequente Haltung der KKE, die in all diesen Jahren beharrlich ihre Beteiligung an solchen Regierungen der kapitalistischen Systemverwaltung, der volksfeindlichen EU-Politik und der NATO-Aggressivität abgelehnt hatte. Auch von diesem Podium aus möchten wir allen kommunistischen und Arbeiterparteien danken, die unsere Partei bei den wiederholten wichtigen Wahlkämpfen des Jahres 2015 unterstützt haben.

Die KKE hielt stand, konnte aus diesen Kämpfen ideologisch, politisch und organisatorisch erfahrener und gestärkter herauskommen, behielt ihre Kräfte im

Parlament. Heute kämpfen wir zusammen mit den Kräften der KNE in der ersten Reihe des Kampfes in den Betrieben und anderen Arbeitsorten, in der Arbeiter- und Volksbewegung. Wir kämpfen auch dafür, dass die Pläne der Regierung und der anderen bürgerlichen Parteien, der bürgerlichen Stabsstellen enthüllt werden, die gemeinsam gegen die Arbeiterklasse vorgehen, um sie billiger und fügiger zu machen. Wir sollen den Charakter der Memoranden aufdecken, der bedeutet, dass auch die kleinste Erholung der kapitalistischen Wirtschaft, der Profitmacherei des Kapitals, die Abschaffung von Errungenschaften der Arbeiterklasse voraussetzt und keinesfalls zu einem Anstieg des Lebensstandards und zu einer Erleichterung der Familien aus den Volksschichten führen wird. Das ist umso wichtiger, da die Lage sich noch mehr verschlechtern kann, da die Zeichen für den Ausbruch einer neuen synchronisierten Wirtschaftskrise sichtbar werden und die innerimperialistischen Gegensätze sich weiterhin verschärfen.

Heute, wie auch der große erfolgreiche landesweite Streik vom 12. November gezeigt hat, können bessere Voraussetzungen für die Organisierung und Wiederkonstituierung der Arbeiterbewegung und die Stärkung des Volksbündnisses geschaffen werden. Das kann bei den heutigen Kräfteverhältnissen in Griechenland und weltweit Risse geben.

Dazu muss das Volk seine Erfahrung nutzen, und sie in eine Kraft des Kampfes und des Sturzes verwandeln. Die Gewerkschaften in unserem Land bereiten sich schon unter den Fahnen der PAME für einen neuen landesweiten Streik vor. Die Bauern sind schon mit ihren Traktoren auf den Straßen und bereiten sich für die Blockaden vor. Die Studierenden und die Schüler organisieren ihre eigenen Großkundgebungen. An der Spitze der Kampfziele sind die neuen volksfeindlichen Maßnahmen der SYRIZA-Regierung auf der Grundlage ihrer Vereinbarung mit der EU, der EZB, der Quadriga, auf der Grundlage des Memorandums, das von ihr umgesetzt wird. Ein neuer Schlag gegen die Sozialversicherungssysteme wird vorbereitet, es kommen Zwangsversteigerungen von Wohnungen von Werktätigen und Menschen aus den Volks- und aus den Mittelschichten, Stromabschaltungen für Stromschuldner, untragbare Steuern für Familien, während die Steuerbefreiung von Großindustriellen, Reedern und Unternehmern ausgeweitet wird.

Wir sind fest davon überzeugt, dass es eine Lösung gibt, damit das arbeitende Volk besser leben kann, wie es dies verdient, auf der Grundlage der zeitgemäßen Möglichkeiten der Gesellschaft. Dieser Weg braucht die Bildung eines starken und großen gesellschaftlichen Volksbündnisses, das gegen die neuen volksfeindlichen Maßnahmen kämpfen wird und seinen Kompass konsequent auf den Kampf gegen die Monopole und den Kapitalismus, gegen den Imperialismus ausrichten wird. Seine Bildung und Stärkung kann auch heute dazu beitragen, dass das negative Kräfteverhältnis geändert wird, dass die Organisierung, die Kampfbereitschaft, der

Kampfgeist der Arbeiterklasse und der anderen Volksschichten, gegen die Resignation und die Schicksalsergebenheit des Volkes vor den alten und neuen Verwaltern der kapitalistischen Barbarei, im Kampf für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für den Sozialismus.

Und wie die Praxis beweist, wenn man den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau der neuen Welt, des Sozialismus, als Ziel hat, kämpft man noch entschlossener und effektiver für die Organisierung und Emanzipation der Arbeiterklasse. Nur auf dieser Grundlage und in diese Richtung kann man unter den heutigen Bedingungen Errungenschaften für die Rechte und die zeitgemäßen Bedürfnisse der Werktätigen, des Volkes erzielen.

Dimitris Koutsoumbas, 7.12.2015.

Irene Eckert: Für den Erhalt des syrischen Staates - wider Anarchie und de-konstruktivistische Staatsauffassung

Höchst willkommen ist das streitbare Argument, es schult unser Denken.

Beim Streit um den richtigen Weg und die richtige Methode im Friedenskampf muss es uns darum gehen, die Realität adäquat zu erfassen, um friedenspolitisch angemessen zu reagieren. Nicht die abstrakte Idee von der Problematik, sondern die reale Lage, die Situation der Menschen, das Verhalten der Akteure und seine Auswirkung auf Menschenschicksale interessieren.

Eine fehlerhafte Theorie, die zu einer falschen Analyse führt, kann aber sehr belangvoll sein, da sie unser Denken und letztlich unser Handeln desorientiert.

Die postmoderne, dem De-Konstruktivismus entlehnte Staatsauffassung ist fatal. Die grundsätzliche Ablehnung des Staates, staatlicher Rechts-und Ordnungsprinzipien, staatlicher Gewalt, staatlicher Hoheitsrechte bieten den jeweils Mächtigsten Einfallstore dafür, ihre Willkürherrschaft einzuführen und an Stelle staatlich legitimierter Organe zu handeln. Das Theorem von den 'failed states', den angeblich gescheiterten Staaten, ist eine solche von den USA in die Völkerrechtsordung eingeführte Figur, mit Hilfe derer sie ihre falsche Ordnung zu etablieren suchen. So geschehen auf dem Balkan, nach der militärischen Zerschlagung Jugoslawiens, so geschehen in Afghanistan, so geschehen im Irak, so geschehen in Libyen und so derzeit mit brachialer Gewalt versuchsweise in Syrien.

Da, wo Anarchie herrscht, die man erst willkürlich herbeiführen muss durch Zerschlagung von souveränen Staaten, also ein Zustand völliger Rechtlosigkeit durch das Fehlen jeglicher staatlich-legitimierten Ordnung, gilt das Faustrecht des

Stärkeren. Zu solcher Anarchie treibt uns aber seit dem aus seiner Sicht erfolgreichen Krieg gegen Jugoslawien das Imperium. Es lässt in seinem Hegemonialanspruch keine Ebene aus. Es strebt die totale Herrschaft an. Diese beginnt mit der alles steuernden Theorie. Spätestens nach 1989 begann das Konzept der „Postmoderne“ zu greifen, das schon vorher gestreut war durch Denker wie Derrida, Julia Kristeva und ähnliche Intellektuelle. Mithilfe des sogenannten De-Konstruktivismus zerschlug man Sinnzusammenhänge und gewachsene administrative und auch kulturelle Strukturen. Begriffe wie "kreatives Chaos" und "Regime"-Change, also Regimewechsel von außen, gehören hier durchaus in einen Sinnzusammenhang.

Da wo Anarchie herrscht, gibt es auch im Reiche der Gedanken keinen Zusammenhalt mehr, da gilt subjektive Willkür, da fehlt jeder Ordnungsrahmen. "Anything goes" war die Parole oder auch die "Phantasie an die Macht". Im totalen Chaos setzt sich dann das Recht der Macht durch. Jetzt herrschen Millionäre wie Sorros anstelle gewählter Repräsentanten. Diesem Zustand sind wir im Jahre 2015 weltweit schon gefährlich nahe. Die Aushebelung des Völkerrechts und damit des in der UN-Charta verbrieften und verbindlichen Gewaltverbotes wird seit Jahren systematisch von den USA und ihren Vasallen betrieben, große Überschrift : „UN-Reform“.

Die UN-Charta kennt aber nur eine - auch nur temporäre - Ausnahme des Gewaltverbots in Kap. VII und das ist das Recht auf Verteidigung im Falle eines Angriffskrieges! Dieses Selbstverteidigungsrecht ist nur solange rechtens, solange der Sicherheitsrat keine anderen Maßnahmen getroffen hat. Zur Selbstverteidigung darf ein Staat sich auch Hilfe holen, so geschehen durch Syrien, das sich an Rußland wandte.

Aggressor und Opfer der Gewaltanwendung sind in der Wirklichkeit klar unterscheidbar, genauso wie der Einbrecher und der Bestohlene zu unterscheiden sind.

Die Gerichtsbarkeit eines Staatswesens dient dazu den Bürger vor willkürlichen Übergriffen zu schützen. Es hat die Aufgabe in einer Strafsache den Täter zu ermitteln.

Mit Hilfe kriminalistischer Methoden, mit Hilfe von Satellitenbildern und durch Zuhilfenahme geopolitischer Analysen von Interessenkonstellation kann man genau ermitteln, wer einen Krieg beginnt, wer ein Land unrechtmäßig besetzt, wer den Terror finanziert etc.

Wo ein politischer Wille vorhanden ist, da gibt es auch einen Weg zum Frieden ohne Gewaltanwendung. Wo dieser Wille fehlt, muss im Falle gezielter Aggression auch mit allen Mitteln Widerstand geleistet werden. Ein Widerstandsrecht billigt das Völkerrecht übrigens den unter Besatzung leidenden Völkern ebenso zu, wie es mit

Recht bewaffnete Verteidigung im Falle eines Angriffskrieges ausdrücklich gelten lässt. Der Angriffsfall ist auch völkerrechtlich klar definiert worden.

Leider gibt es keine glaubwürdige parlamentarische Opposition mehr in Deutschland, noch sonst wo in Europa, Japan oder den USA. Deswegen oder aus Opportunitätsgründen argumentiert selbst eine Sarah Wagenknecht falsch, sträflich falsch. Sie setzt in ihrer jüngsten Bundestagsrede zum Tornado-Einsatz in Syrien ungerechtfertigter Weise das russische Vorgehen mit dem des Westens in Syrien gleich. Sie bezeichnet Assad immer noch als schlimmen Diktator und sie übernimmt die Diktion des Imperiums, indem sie die Terroristenbanden mit der Eigenbezeichnung islamistischer "Staat" etikettiert und zwar immer fort. Damit wird einer brandgefährlichen Entwicklung Raum gegeben. Wenn diese Verbrecherbanden erst einmal als „Staat“ durchgehen, dann darf man sie womöglich so behandeln!

Staaten sind aber völkerrechtlich, Gott sei Dank, geschützte Gebilde, sie genießen unantastbare Hoheitsrechte. Das Imperium und seine „verbündeten“ Vasallen wollen eben diese Rechte umstürzen und ein von ihnen zu kontrollierendes Chaos schaffen, siehe Jugoslawien, Irak, siehe Libyen. Das ist aber ganz und gar nicht im Interesse der in diesen Räumen lebenden Menschen und auch nicht in unserem Interesse. Wo Menschen keinen staatlichen Schutz mehr finden, da fliehen sie, da tragen sie das Chaos in die Welt hinaus und agieren am Ende ihres verzweifelten Weges gar als Terroristen. Grundlegende Sicherheitsinteressen der Bürger zu schützen, ist, wie gesagt, staatlicher Grundauftrag. Gleiches gilt für die zur Verfügung Stellung von Infrastruktur wie Polizei, Straßen, Schulen, Gesundheitswesen, Passwesen und dergleichen. Im Zeichen neoliberaler und neokonservativer Zerschlagung des Staates wird überall zum Leidwesen der Bürger staatliche Administration, staatliche Planung abgebaut. Staaten, die sich diesen imperialen Ziel-Vorgaben der freiwilligen Zerstörung der eigenen staatlichen Strukturen widersetzen, werden gewaltsam zerschlagen. Aber nur diese! Andere, viel fraglichere kolonial geschaffene Kunst-Staaten, wie etwa Saudi Arabien und die übrigen reaktionären Golfmonarchien, lässt man unangetastet. Die Opfer der pseudohumanitären 'Regime-Wechsel'-Politik unterliegen der imperialen Schutzverantwortung „R2P“. Die neoliberale, postmoderne Staatstheorie hat den Auftrag, solche Politik ideologisch salonfähig zu machen.

Wir müssen doch wirklich froh sein, dass die Sowjetunion einst unter großen Opfern Hitlerdeutschland besiegt hat, mit nur geringer Hilfe der Alliierten. Dazu bedurfte es modernster Waffen. Das dafür bereit zu stellende Geld hätte der Sowjetstaat gut und gerne für menschenfreundlichere Zwecke einsetzen mögen. Man ließ ihm keine Gelegenheit.

Obwohl wir also den Frieden wollen und friedliche Strukturen, obwohl wir Waffen verachten, müssen wir froh sein, dass die Russische Föderation schon wieder

Unsummen dafür ausgibt, modernste Waffen gegen die Terrorbanden in Syrien bereit zu stellen. Die Syrer allein könnten das nicht schaffen, da die halbe Welt gegen sie aufgestellt ist. Erst jetzt seit dem russischen September-Eingreifen zeichnet sich eine erhebliche Besserung in Syrien ab. Erst jetzt werden die Russen ernstgenommen vom Imperium, halbwegs zumindest oder doch von einigen seiner unzuverlässigen Getreuen. Die Opfer, die die Russen erbringen, auch Opfer an Menschenleben, sind tragisch und müssten uns Anlass sein, uns noch entschiedener auf ihre Seite zu stellen oder ihnen wenigsten argumentativ nicht auch noch in den Rücken zu fallen.

Kapitulation ist keine Lösung! Niemals. Sie verschlechtert die Lebensbedingungen für alle. Selbst radikale Pazifisten machen sich an ihren Mitmenschen schuldig, wenn sie die genannten Zusammenhänge ausblenden. Die Russen, die Syrer, die Iraner und die Chinesen dürfen einfach nicht kapitulieren, weil dann ihr ganzes Volk wieder blutet wie ehedem und wir mit.

Seien wir also konsequent in unserer friedenspolitischen Diskussion und machen wir keine untragbaren Zugeständnisse. Denken wir global, historisch und nehmen wir den ganzen Zusammenhang zur Kenntnis.

Irene Eckert

Zur Geschichte des Sozialismus

Gruver Furr: Die fortdauernde Revolution in der sowjetischen Gesellschaft während der Stalin-Zeit

Einleitung

Einer Einladung der Kommunistischen Partei Großbritanniens (Marxistisch-Leninistisch) folgend, hielt der US-amerikanische Akademiker und Autor des Buches (das vor wenigen Monaten auch in Deutschland in der Eulenspiegel-Verlagsgruppe erschienenen ist; d.Red.) „Chruschtschows Lügen", Grover Furr, am Freitag, den 20. Juni 2015 einen Vortrag vor einem großen Publikum in der Londoner Kneipe „Lucas Arms". In seinem Beitrag, der sich auf etwa 50 Minuten erstreckte, entlarvte Grover Lügen über die sowjetische Geschichte, vor allem hinsichtlich Stalins, die durch anti-kommunistische, trotzkistische und revisionistische Ideologen verbreitet werden. Wir geben hier fast seinen gesamten Vortrag, der unserer Ansicht nach für die Arbeiterbewegung in diesem Land und anderswo sehr nützlich sein wird, wieder.

CPGB-ML, Harpal Brar

Die Geschichte der Sowjetunion während der Führung Josef Stalins war seit den 1920ern das Thema von Lügen, Fälschungen, Verfälschungen und Verleumdungen. Seit dem Ende der UdSSR im Jahr 1991 wurden sehr viele Primärquellen aus vormals geschlossenen sowjetischen Archiven veröffentlicht. Diese Beweislage erlaubt es uns zu sehen, dass die geschichtliche Beschreibung der „Stalinzeit", die wir gelernt haben, und die „ins Grundwasser gesickert" ist, zum „Allgemeinwissen" wurde – dass diese geschichtliche Beschreibung vollkommen falsch und eine monströse antikommunistische Verfälschung ist.

Heute werde ich kurz über meine eigenen aktuellen Untersuchungen über zehn Themen der sowjetischen Geschichte der 1930er – der „Stalin"zeit – berichten. Sie zeigen, wie falsch die vorherrschende Darstellung der Stalinzeit der sowjetischen Geschichte ist. Andere, vor allem in Russland, forschen in ähnliche Richtungen.

1. Stalin und Demokratie

2005 veröffentlichte ich einen langen, zweiteiligen Artikel mit der Überschrift „Stalin und der Kampf um demokratische Reformen" (in Deutschland veröffentlicht in offen-siv, Heft 4-2014; d.Red). Er betrifft Stalins Ringen darum, die sowjetische Kommunistische Partei aus dem Tagesgeschäft der Führung des Landes zu entfernen und diese Arbeit den Sowjets anzuvertrauen. Stalins Ziel wurde schließlich in der sowjetischen Verfassung von 1936, die gleiche, allgemeine und geheime Wahlen mit – hier ist der Kernpunkt – Gegenkandidaten vorsah, verkörpert.

Stalin und seine Unterstützer trafen auf großen, offenen Widerstand innerhalb der Parteiführung und dem Zentralkomitee. Wahlen mit Gegenkandidaten waren für Dezember 1937 vorgesehen. Aber der Widerstand gegen sie war innerhalb des Zentralkomitees so stark, dass die Bestimmungen über Gegenkandidaturen praktisch in der letzten Minute, am 11. Oktober 1937, zurück genommen wurden. Sie wurden nie verwirklicht.

Es sieht so aus, als ob Stalin in den 1940ern diese demokratische Bewegung erneut beleben wollte, aber dabei erfolglos blieb.

2. Chruschtschow hat gelogen

In Hinsicht auf ihrem praktischen Einfluss auf die Weltgeschichte ist Chruschtschows „Geheimrede" die einflussreichste Rede des 20. Jahrhunderts, vielleicht sogar aller Zeiten. In ihr schildert Chruschtschow Stalin als einen blutrünstigen Tyrannen, der für eine mehr als zwei Jahrzehnte andauernde Terrorherrschaft verantwortlich ist. Als direktes Resultat dieser Rede trat etwa die Hälfte aller Mitglieder der Kommunistischen Parteien, die nicht an der Macht waren, aus ihren Parteien aus.

Nach dem 22. Parteitag im Jahr 1961, auf dem Chruschtschow und seine Gefolgsleute Stalin mit noch größerer Wut angriffen, verfeinerten sowjetische Historiker Chruschtschows Lügen. Diese Unwahrheiten wurden von Antikommunisten des Kalten Krieges wie Robert Conquest wiederholt. Sie drangen in den „linken" Diskurs nicht nur durch die Schriften von Trotzkisten und von Anarchisten ein, sondern auch durch die von Kommunisten, die sich auf die KPdSU und den Warschauer Pakt bezogen und die natürlich Chruschtschows Version akzeptieren mussten.

Chruschtschows Lügen wurden zu Zeiten von Gorbatschow und Jelzin durch professionelle sowjetische und danach russische Historiker erweitert. Gorbatschow inszenierte eine Lawine antikommunistischer Unwahrheiten, die als ideologischer Deckmantel für die Wiedereinführung ausbeuterischer Praktiken innerhalb der UdSSR und letztendlich für die Aufgabe sozialistischer Reformen und die Rückkehr zum räuberischen Kapitalismus diente.

Zwischen 2005 und 2006 habe ich Recherchen betrieben und das Buch *Chruschtschows Lügen* geschrieben, dessen langer Untertitel „Der Beweis, dass jede ‚Enthüllung' von Stalins (und Berias) ‚Verbrechen' in Nikita Chruschtschows berüchtigter ‚Geheimrede' auf dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion am 5. Februar 1956 nachweislich unwahr ist" lautet.

In meinem Buch habe ich 61 Anschuldigungen ausgemacht, die Chruschtschow gegen Stalin oder, in einigen Fällen, Beria richtet. Danach untersuchte ich jede einzelne auf der Grundlage der Beweise, die in den ehemaligen sowjetischen Archiven verfügbar sind. Zu meinem eigenen Erstaunen stellte ich fest, dass 60 von 61 Anschuldigungen nachweislich unwahr sind.

Die Tatsache, dass Chruschtschow alles verfälschen und für über 50 Jahre ungeschoren davonkommen konnte deutet an, dass wir andere angebliche „Verbrechen" von Stalin und der UdSSR zu seiner Zeit genau untersuchen müssen.

3. Der Mord Sergei Kirows

Etwa um 16.30 Uhr am 1. Dezember 1934 schoss Leonid Wassiljewitsch Nikolajew, ein arbeitsloses Parteimitglied, Sergei Mironowitsch Kirow, erster Sekretär der Bolschewistischen Partei in Leningrad, in den Hinterkopf. Danach versuchte Nikolajew sich selbst in den Kopf zu schießen, verfehlte sein Ziel aber und verlor das Bewusstsein.

Zuerst scheint er behauptet zu haben, Kirow allein getötet zu haben. Noch bevor eine Woche verging, gab Nikolajew zu, dass er Teil einer Verschwörung einer geheimen Gruppe von Parteimitgliedern war, die in Opposition zu Josef Stalin stand und Grigorij Sinowjew, den erster Sekretär Leningrads vor Kirow, bevorzugte.

Verhöre derer, die Nikolajew nannte, und dann der Personen, die diese nannten, ergaben eine Reihe von Teilgeständnisse und einige vollständige Geständnisse. Drei Wochen nach dem Mord wurden vierzehn Männern wegen der Bildung einer Verschwörung für die Ermordung Kirows angeklagt. Sie wurden am 28. und 29. Dezember vor Gericht gestellt, verurteilt und sofort hingerichtet.

Die größere Bedeutung des Kirow-Mordes entfaltete sich schrittweise während der nächsten drei Jahre. Die Fäden, die die Kirow-Verschwörer mit Sinowjew und Kamanew verbanden, führten zu den drei Moskauer „Schauprozessen" von 1936, 1937 und 1938, und zu den Gerichtsverfahren der militärischen Kommandeure von 1937, die als „Tuchatschewski-Affäre" bekannt ist.

In seiner „Geheimrede" stellte Chruschtschow die offizielle Version des Kirow-Mordes in Frage. Chruschtschows Leute gaben sich große Mühe, irgendeinen Beweis zu finden, der Stalin für den Mord verantwortlich gemacht hätte. Da es ihnen nicht gelang, gaben sie sich mit der Geschichte zufrieden, nach der Nikolajew auf eigener Initiative gehandelt hätte. Jedoch war die Version, nach der Stalin hinter dem Mord stand, weiterhin im Umlauf, und wurde sowohl innerhalb als auch außerhalb der Sowjetunion von vielen geglaubt.

Seit 1990 ist der in Russland offiziell akzeptierte Standpunkt der, dass Stalin Kirows Mord „nutzte", um ehemalige oder vermeintliche Gegner zu beschuldigen; sie dadurch zwang, Verbrechen zu gestehen, die sie nie begangen hatten; und sie. sowie letztendlich viele weitere Tausende, hinrichtete.

Mein Ziel ist es, den Kirow-Mord zu lösen. Ich untersuche alle Beweise so objektiv wie möglich, mit angemessener Vorsicht, ohne ein vorgefasstes Resultat im Kopf zu haben. Das Hauptergebnis meiner Untersuchung ist, dass Nikolajew kein „Einzeltäter" war. Die sowjetischen Ermittler und Staatsanwaltschaft lag im Dezember 1934 richtig. Eine geheime sinowjewsche verschwörerische Organisation, deren Mitglied Nikolajew war, tötete Kirow.

Implikationen

Chruschtschow zielte darauf ab, die zur damaligen Zeit kanonische Darstellung der sowjetischen Geschichte der 1930er zu widerlegen und eine neue zu fabrizieren, eine, in der Stalin der Verbrecher war, der sehr viele unschuldige Parteimitglieder fälschlich bezichtigte und hinrichtete. Chruschtschow wurde sich bewusst, dass die von ihm begehrte vollständige Neuschreibung der sowjetischen Geschichte eine Umkehrung der Urteile im Kirow-Fall erfordern würde.

Die ursprünglichen Urteile bedeuteten nämlich, dass die Angeklagten in den darauffolgenden Verschwörungsprozessen (der Prozess des Moskauer Zentrums vom

Januar 1935, die Kremlin-Affäre von 1935, die drei Moskauer „Schau“prozesse von 1936, 1937 und 1938, und die Tuchatschewski-Affäre vom Juni 1937) auch schuldig sein könnten. Da die Zeugenaussagen in allen drei „Schau“prozessen und in der Tuchatschewski Affäre Leo Trotzki belasteten, besteht die Möglichkeit, dass Trotzki auch schuldig gewesen sein könnte. Dies deutet ebenfalls darauf hin, dass andere Parteiführer, die nach nicht-öffentlichen Gerichtsverhandlungen hingerichtet wurden, auch schuldig gewesen sein könnten.

4. Timothy Snyder, *Bloodlands. Europe Between Hitler and Stalin* (N.Y.: Basic Books, 2010)

Synder, ein ordentlicher Professor der osteuropäischen Geschichte an der Yale Universität, hat dutzende Artikel für führende intellektuelle Zeitschriften wie die NY Review of Books geschrieben. 2010 veröffentlichte er *Bloodlands.* Dieses Buch stellt den bislang mit Abstand erfolgreichsten Versuch dar, Stalin mit Hitler, die Sowjetunion mit Nazideutschland gleichzusetzen. Es hat in buchstäblich dutzenden Zeitungen und Zeitschriften schwärmerische Rezensionen geerntet, Preise für Historiographie bekommen, und wurde in mehr als 20 Sprachen übersetzt.

Synder hat über die Nazis nicht viel zu sagen. Sein Hauptziel ist Stalin, die sowjetische Politik und Kommunisten im Allgemeinen. Seine weitgefasste Behauptung ist die, dass die Sowjets zwischen sechs und neun Millionen, und die Nazis etwa 14 Millionen unschuldige Zivilisten töteten. Synder findet Parallelen zwischen sowjetischen und Naziverbrechen auf Schritt und Tritt.

Ich habe ein ganzes Jahr damit verbracht, jede einzelne Fußnote, jedes Zitat zu Allem, was als Verbrechen Stalins, der UdSSR oder prosowjetischer Kommunisten gedeutet werden könnte, methodisch zu überprüfen. Synders Hauptquellen sind auf Polnisch und Ukrainisch, in schwierig zu findenden, seltenen Büchern und Artikeln. Ich habe sie trotzdem gefunden.

Ich habe herausgefunden, dass jedes einzelne von Synder geltend gemachte „Verbrechen“ eine Fälschung ist. Synder lügt sehr oft wissentlich über das, was seine Quellen sagen. Noch häufiger zitiert er antikommunistische Polnische und Ukrainische Zweitquellen, die das Lügen für ihn erledigen. Auch hier zeigt sich, dass keine einzige Behauptung ist wahr.

Diese große Fälschung hat eine wichtige Bedeutung. Zum einen wird Synders Buch jetzt als zuverlässige Quelle zitiert. Synder hat es in *Bloodlands* „gesagt“, also ist es als Tatsache anerkannt.

Aber die breitere Bedeutung von Synders rücksichtsloser Lügerei und Fälscherei ist die folgende: Synder wurde von einer aus antikommunistischen polnischen und

ukrainischen nationalistischen Forschern bestehenden Arbeitsgruppe geholfen. Im Grunde genommen ist es ihre Arbeit, die er dem englischsprachigen Publikum „wiederverkauft".

Synder selbst hat viele Jahre damit verbracht, Osteuropa zwischen den zwei Weltkriegen zu erforschen. Und trotzdem ist Snyder nicht in der Lage, ein einziges echtes „Verbrechen" der UdSSR, von Stalin oder wenigstens prosowjetischen kommunistischen Gruppen aufzufinden! Sicherlich hätte diese Arbeitsgruppe aus engagierten Antikommunisten, mit der Unterstützung ihrer postsowjetischen Staaten, dem Zugang zu Archiven, und der Kenntnis aller osteuropäischen Sprachen, **wirkliche** Verbrechen Stalins oder der UdSSR aufgedeckt – wenn es welche geben hätte. Das bildet vermutlich den besten Beweis, den wir jemals dafür haben werden, dass es solche „Verbrechen" nicht gab.

Mein Buch über Snyders *Bloodlands*, welches ich vorläufig *Blood Lies* benannt habe, wird diesen Monat veröffentlich.

5. Trotzki in den 1930ern

Der Block der Rechten und Trotzkisten

Kurz nach der Öffnung von Leo Trotzkis Archiven in der Houghton Bibliothek der Harvard Universität im Januar 1980 entdeckte der Trotzkistischer Historiker Pierre Broué einen Briefwechsel zwischen Lew Sedow und seinem Vater Trotzki, der die Existenz eines Blocks der Trotzkisten und anderen oppositionellen Gruppen innerhalb der UdSSR belegte. Mitte 1932 informierte Sedow seinen Vater wie folgt:

„[Der Block] ist organisiert. Sinowjewleute, die Gruppe Sten-Lominadse und die Trotzkisten (ehemalige „[Kapitulanten]") sind ihm beigetreten. Die Gruppe von Safarow-Tarchanow ist ihm noch nicht formell beigetreten – sie beziehen eine zu extreme Stellung ein; sie werden in kürzester Zeit beitreten. – Die Erklärung von Z. und K. über ihren gewaltigen Fehler im Jahr 27 erfolgte während den Verhandlungen mit unseren Leuten über den Blok, gleich vor der Verbannung von Z. und K."

Zur etwa gleichen Zeit entdeckte Arch Getty, dass Trotzki insgeheim Briefe an mindestens Radek, Sokolnikow, Preobraschenski, Kollontai und Litwinow geschickt hatte. Die ersten drei waren Trotzkisten gewesen, bevor sie öffentlich ihre Ansichten widerriefen. Getty hat die Briefe nicht gefunden – nur die Quittungen für eingeschriebene Briefe. Getty erkannte, dass dies bedeutete, dass das Trotzki-Archiv „gesäubert" worden war. Diese Briefe waren entfernt worden. Zweifelsohne waren auch andere Dokumente „gesäubert" worden.

Der einzige Grund, die Archive zu „säubern", kann sein, die Dokumente, die belastend erschienen – die Trotzkis Ansehen negativ beeinflusst hätten – , zu

entfernen. Wie eine Betrachtung der Frage des Briefes an Radek zeigt, belegen die Briefe, von denen wir wissen, dass sie entfernt wurden, zumindest, dass Trotzki in den 1930ern log, als er behauptete, nie Beziehungen zu den Oppositionellen innerhalb der UdSSR gepflegt zu haben, während er in Wirklichkeit dies tat, und er log auch, als er behauptete, dass er nie einem geheimen Block zwischen seinen Unterstützern und anderen oppositionellen Gruppen zustimmen würde, obwohl er genau dies tat.

Offenbar empfand Broué die Auswirkungen dieser Tatsache als sehr beunruhigend. Er erwähnte nie Gettys Entdeckung von Trotzkis Briefen an seine Unterstützer und andere in der UdSSR oder die Säuberung von Trotzkis Archiv, obwohl Broué dieselben Veröffentlichungen Gettys (einen Artikel und ein Buch) auf eine sehr positive Art zitiert.

In einem Gespräch mit der niederländischen sozialdemokratischen Zeitung *Het Volk* (=das Volk) in der zweiten Januar-Hälfte 1937, zu der Zeit des zweiten Moskauer Prozesses, sagte Sedow, einen lapsus linguae begehend, dass „die Trotzkisten" mit den Angeklagten des ersten Moskauer Prozesses in Verbindung gestanden hatten. Sedow nannte ausdrücklich Sinowjew, Kamanew und Smirnow. In Bezug auf Radek und Pjatakow führte Sedow weiter aus, dass „die Trotzkisten mit ihnen viel weniger Kontakt gehabt haben als mit den anderen. Um genauer zu sein: gar keinen Kontakt." Sprich: Sedow versuchte, seinen Lapsus Linguae über Radek und Pjatakow zurückzunehmen.

Aber Sedow versuchte nicht einmal, die Information, die ihm [dem Lapsus] voranging, zurückzunehmen, nämlich, dass „die Trotzkisten" tatsächlich mit „den anderen" (Smirnow, Sinowjew und Kamanew) in Verbindung gestanden hatten. Dieses Gespräch, einschließlich des Lapsus Linguae, wurde in einer Regionalausgabe von *Het Volk* am 28. Januar 1937 veröffentlicht. Es wurde von der kommunistischen Presse entdeckt, die auf Sedows „Lapsus Linguae" aufmerksam machte (Arbeideren, Oslo, 5. Februar 1937; Abejderbladet, Kopenhagen, 12. Februar 1937). Dank Getty wissen wir jetzt, dass die kommunistische Presse Recht hatte. Sedows Bemerkung war tatsächlich ein Lapsus Linguae. Wir wissen, dass Sedow gelogen hatte, weil Getty Beweise über Trotzkis Brief an Radek fand. Trotzki stand tatsächlich in Kontakt mit Radek. Sedows erste Bemerkung über „viel weniger Kontakt", war richtig.

Daher haben wir gute, nicht-sowjetische Beweise, bestätigt durch das Trotzki-Archiv, über folgendes:

- Ein „Block", bestehend aus Sinowjewleuten, Trotzkisten und anderen, mindestens die Sten-Lominadse- und, vielleicht, die Safarow-Tarchanow-Gruppe (mit denen sie zumindest im Kontakt standen), in den Sinowjew und Kamanew selbst verwickelt waren, wurde 1932 tatsächlich gegründet.

- Trotzki stand tatsächlich in Kontakt mit Sinowjew, Kamanew und weiteren Personen, vermutlich mittels seines Sohnes und leitenden Vertreters Sedow.
- Trotzki stand tatsächlich in Kontakt mit zumindest Radek und Pjatakow.
- Trotzki schrieb im Frühjahr 1932 wirklich einen Brief an Radek, der zu der Zeit in Genf war, genau wie es Radek im Moskauer Prozess vom Januar 1937 bezeugte.
- Es gibt keinen Grund, die Schlussfolgerung des trotzkistischen Historikers Pierre Broué, dass dieser Block nur „vorübergehend" war und kurz nach seiner Gründung verschwand, zu akzeptieren, weil wir wissen, dass das Trotzki-Archiv irgendwann gesäubert wurde, während Broué keine Beweise für seine Behauptung hatte.

6. Der Beweis, dass Trotzki wirklich mit den Deutschen und Japanern konspirierte

Vor etwa fünf Jahren begann ich, Primärquellen über die Frage zu sammeln, ob Leo Trotzki tatsächlich mit dem deutschen und japanischen Militär konspirierte, wie es in den zweiten und dritten Moskauer Prozessen behauptet wurde. Ich tat dies, weil ich bei der Recherche über andere Themen und im Allgemeinen beim Lesen der von mir auffindbaren Primärquellen aus den ehemaligen sowjetischen Archiven über die wichtigen Ereignisse der 1930er hier und da auf derartige Beweise stieß.

Ich fand dieses Projekt faszinierend. Alle Beweise über diese angebliche Verschwörung sind Indizienbeweise. Wir sollten keine unmittelbaren Beweise erwarten – sagen wir, einen vertraulichen Brief oder ein Vermerk Trotzkis oder seines Sohnes Leon Sedow, oder eine unmittelbare Bestätigung in irgendeinem deutschen oder anderen Archiv. Ich argumentiere, entsprechende Beweise benutzend, dass kein kompetenter Verschwörer jemals solches Material schriftlich festhalten würde. In meinem in Kürze erscheinenden Buch zitiere ich einen Brief von Professor Charles A. Beard, ein anerkannter US-amerikanischer Historiker der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in dem Beart sagt, dass Trotzki selbst, als erfahrener Verschwörer, niemals Belastungsmaterial schriftlich festhielt.

Nun ist es durchaus möglich, dass eine erfolgreiche Verschwörung vielleicht keine schriftlichen Beweise ihrer Existenz hinterlassen hätte. Es gibt ein Prinzip der Geschichtsforschung, das, besagt „das Fehlen von Beweisen ist nicht der Beweis des Fehlens". Das heißt, ein Ereignis – sagen wir, ein Verbrechen oder eine Verschwörung – kann durchaus stattfinden, obwohl es keine Beweise zurücklässt, und daher kann der Mangel an Beweisen darüber, dass es stattgefunden hat, nicht dahingehend gedeutet werden, dass eine solche Verschwörung niemals stattgefunden hat. Doch obwohl dieses Prinzip der Geschichtsforschung gut bekannt ist, behaupten

antikommunistische und trotzkistische Autoren durchwegs, dass der Mangel an Beweisen über so eine Verschwörung bedeuten muss, dass solch eine Verschwörung nicht stattgefunden hat.

Wie ich in meinem Artikel betone, gibt es tatsächlich solche Beweise aus den ehemaligen sowjetischen Archiven. Damit meine ich Beweise zuzüglich zu den Aussagen, die in den Moskauer Prozessen gemacht wurden. Es gibt keine Gründe dafür, diese Aussagen im Allgemeinen anzuzweifeln, wir haben aber auch andere Beweise, die sie bekräftigen. Außerdem gibt es auch erhärtende Beweise aus anderen, nicht-sowjetischen Quellen, die die Existenz der militärischen Verschwörung, in der Trotzki verwickelt gewesen sei, bestätigen.

2010 veröffentlichte ich meinen Artikel in der Onlinezeitschrift *Cultural Logic* (die Ausgabe von 2009). Es gibt viele Beweise, und ich verbrauche noch mehr Platz dafür, es zu untersuchen. Nun muss das Vorhandensein dieser Beweise irgendwie erklärt werden. Natürlich kann jeder einzelner Beweis auf mehreren Wegen, durch unterschiedliche Hypothesen erklärt werden. Aber es gibt nur zwei Hypothese, die alle Beweise erklären können:

1. Trotzki konspirierte tatsächlich mit den Deutschen und Japanern

2. Alle diese Beweise wurden fabriziert, von Stalin und/oder den NKWD-Chefs Jagoda und Jeschow gefälscht.

Diese zweite Hypothese erfordert auch Beweise: Beweise, dass diese Vortäuschung oder Fälschung stattfand – zu verschiedenen Zeitpunkten und an unterschiedlichen Orten in der UdSSR; in Dokumenten, die nie veröffentlicht wurden und nie für die Veröffentlichung bestimmt waren.

Ich empfehle allen diesen Artikel, da, zum jetzigen Zeitpunkt, er den einzigen ernsthaften Versucht darstellt, die Beweise zu sammeln, dass Trotzki mit den Deutschen und Japanern konspirierte. Er ist ein Beispiel für die „Detektivarbeit“ mit Primärquellen, die die Gesichtsforschung, wenn sie sorgfältig betrieben wird, so spannend macht.

Wir wissen, dass Trotzki über sehr viele Angelegenheiten der 1930er log. Wenn er mit den Deutschen und/oder Japanern konspiriert hätte, hätte er dies sicherlich auch abgestritten. Trotzki hätte diesen Vorwurf ebenso abgestritten, wenn er mit den Deutschen und/oder Japanern nicht konspiriert hätte. Trotzkis Leugnungen stellen also keine Beweise dar. Aber sie sind die einzigen „Beweise“, die bisher vorgebracht wurden! Jetzt haben wir mehr.

Bevor ich zum nächsten Punkt übergehe, möchte ich noch erwähnen, dass ich in meinem in Kürze erscheinenden Buch über Trotzki in den 1930ern zwei Kapitel der

Dewey-Kommission widme. Wie Sie wissen, war dies eine Gruppe, die angeblich gegründet wurde, um die in dem ersten (August 1936) und zweiten (Januar 1937) Moskauer Prozess gegen Trotzki erhobenen Anschuldigungen zu untersuchen. Die Dewey-Kommission veröffentlichte schließlich zwei dicke Bänder, der erste mit den Protokollen der Anhörungen selbst, *The Case of Leon Trotsky* [Der Fall Leo Trotzki] betitelt, der zweite mit den Beweisuntersuchungen der Kommission und ihren Ergebnissen, *Not Guilty!* [Nicht Schuldig!] betitelt.

Ich entdeckte, dass keiner dieser beiden Untersuchungen unter Berücksichtigung der jetzt verfügbaren Beweise aus dem Trotzki-Archiv der Harvard Universität und den ehemaligen sowjetischen Archiven erneut geprüft wurde. Obwohl seit dem Ende der Sowjetunion 1991 zehn umfassende Trotzki-Biographien veröffentlicht wurden, wurde in keiner von ihnen der Versuch unternommen, die Dewey-Kommission erneut zu überprüfen. Außerdem entdeckte ich viele andere Probleme der Dewey-Kommission – Probleme, die die Aufmerksamkeit eines jeden vorsichtigen Lesers schon längst erweckt haben sollten.

Ich werde in meinem Buch über Trotzki in den 1930ern auf alle diese Einzelheiten eingehen.

7. Die Moskauer Prozesse

Die neuerdings zugänglichen Beweise bestätigen die folgenden Schlussfolgerungen:

Die Angeklagten der Moskauer Prozesse vom August 1936, Januar 1937 und März 1938 waren zumindest schuldig der Verbrechen, zu denen sie sich bekannten. Einen „Block der Rechten und Trotzkisten“ gab es tatsächlich. Sie planten die Ermordung von Stalin, Kaganowitsch, Molotow und anderen im Rahmen eines Staatsstreiches, den sie eine „Palastrevolte“ nannten. Der Block ermordete tatsächlich Kirow.

Alle antikommunistischen Forscher behaupten, dass die Aussagen, die in den drei Moskauer Prozessen gemacht wurden, durch das NKWD irgendwie fabriziert wurden. Aber weder liefern sie dafür Beweise, noch stellen sie irgendwelche Argumente vor, um diese sehr erheblichen Unterlassungen zu rechtfertigen.

Tatsächlich ist es bisher niemandem gelungen, zu beweisen, dass die Moskauer Prozesse verfälscht wurden. Auf dem Gebiet der hochpolitisierten und parteiisch dargestellten sowjetischen Geschichte aber ist der Standpunkt, dass alle Moskauer Prozesse Verfälschungen waren und alle Angeklagten „fälschlich bezichtigt“ wurden, nicht nur der „etablierte“ Standpunkt – er ist der einzige geduldete Standpunkt. Jeder, der nahelegt, dass möglicherweise die Moskauer Prozesse keine Verfälschungen waren, muss mit Gespött oder noch Schlimmerem rechnen. Es gibt also großen

beruflichen Druck, die Prozesse als Verfälschungen anzuerkennen und wenig Anreiz dafür, seriöse Forschung über sie zu betreiben.

Jede objektive Untersuchung muss sich zwangsläufig mit der Frage des Nachweises auseinandersetzten. Daher werden wir in diesem Kapitel zwei Fragen erörtern. Erstens: was sind Kirows Aussagen im ersten Moskauer Prozess? Zweitens: inwieweit können wir die Aussagen des ersten Moskauer Prozesses bestätigen oder widerlegen?

Sehr viele Untersuchungen gingen dem ersten öffentlichen Moskauer Prozess vom 19. bis 24. August 1936 voraus. Nur sehr wenige der Dokumente, die diese Untersuchungen ergaben – Geständnisse, Aussagen und auch einige objektive Beweise – wurden jemals veröffentlicht. Der weitaus größere Teil ist heute in Russland immer noch streng geheim. Kein Forscher hat Zugang zu der Gesamtheit der Unterlagen. Wir auch nicht, natürlich.

Wie jeder Forscher oder Ermittler, stehen wir vor der Aufgabe, alle diese Beweise anhand objektiver Kriterien zu bewerten. Antikommunistische Forscher gehen einfach davon aus, dass es keine Anhaltspunkte für diese Beschuldigungen gibt und Stalin nur darauf aus war, die „ehemaligen" Oppositionellen zu vernichten. Tatsächlich gibt es keinen Beweis dafür, dass Stalin sich zum „Ziel setzte", ehemalige Oppositionelle „zu zerschlagen" oder „zu vernichten". Solche Beweise gab es niemals. Im Gegenteil: es gibt gute Beweise, dass vor Kirows Mord Stalin versucht hatte, ehemalige Oppositionelle – oder Personen, von denen er glaubte, dass sie Oppositionelle gewesen waren und deren Opposition in der Vergangenheit lag, wie sie es versprochen hatten – wieder zu integrieren.

Fragen der Methodologie

Wie kann die Echtheit dieser Materie beurteilt werden? Was können wir erwarten, aus ihr zu lernen? Auch alle antikommunistischen Forscher stehen vor diesem Problem, obwohl sie es nicht direkt ansprechen. Sie verfügen über einige Verhör- und Prozessprotokolle sowie Untersuchungsmaterialien, also verfügen auch wir das Material, welches sie uns gegenüber offenlegen. Außerdem verfügen wir alle Beweise die sie, aus welchem Grund auch immer, weglassen.

Eine vollständige Untersuchung der Moskauer Prozesse fällt außerhalb des Rahmens dieses Vortrages. Ich möchte aber den folgenden Punkt betonen: es gibt keine Beweise dafür, dass irgendein Angeklagter dieser Prozesse fälschlich bezichtigt und verurteilt wurde, oder unschuldig war. Nie wurde auch der kleinste Beweis dafür geliefert, dass die Angeklagten der drei Moskauer Prozesse nicht der Beschuldigungen, die sie gestanden, schuldig waren. Es wurde von niemandem jemals irgendein Beweis dafür vorgebracht, dass die Angeklagten gezwungen wurden,

auf irgendeine Weise von der Staatsanwaltschaft oder dem NKWD diktierte Geständnisse abzulegen. Keine der „Rehabilitierungs“unterlagen und -berichte, die zu Chruschtschows und besonders Gorbatschows Zeiten erstellt wurden, beinhaltet Beweise, dass die Angeklagten unschuldigen gewesen waren. Alle Schlussfolgerungen dieser Rehabilitierungsberichte sind nur Behauptungen.

Es gibt gute Belege, dass einige der Angeklagten zumindest nicht „die ganze Wahrheit“ sagten, und dass Jagoda und andere Angeklagte, sowie Jeschow, während der Prozesse einige Sachverhalte verzerrten und verbargen. Aber keine dieser Irreführungen deutet auf eine Entlastung irgendeines Angeklagten hin. Sie vergrößert ihre Schuld und das Bild der Verschwörungen, über das wir bereits verfügen, nur um eine zusätzliche Ebene. Unser aktueller Kenntnisstand lässt darauf schließen, dass die Aussagen der Angeklagten das widergeben, was sie sagen wollten.

Ein Hauptproblem bei der Bewertung der Moskauer Prozesse ist die Frage der unabhängigen Bestätigung der im Prozess gemachten Aussagen durch Beweise, die die Staatsanwaltschaft nicht organisiert, fabriziert oder auf sonstiger Weise selbst geschaffen haben könnte. Natürlich bedeutet das Fehlen unabhängiger Bestätigung nicht, dass die während des Prozesses gemachten Aussagen und Geständnisse durch die Staatsanwaltschaft fabriziert wurden. Im Falle einer geschickten Verschwörung gibt es unter Umständen überhaupt keine unabhängigen Belege. Dies würde nur bedeuten, dass wir keine Möglichkeit hätten, diese Aussagen mit unabhängigen Belegen zu vergleichen. Selbst wenn wir keine unabhängige Bestätigung hätten, könnten wir die innere Kohärenz der Aussagen, die von verschiedenen Angeklagten zu unterschiedlichen Zeiten gemacht wurden, bewerten.

Glücklicherweise gibt es einige Beweise, die nicht in den Moskauer Prozessen vorgebracht wurden und sogar nicht aus der UdSSR stammen. Alle diese externen Beweise bekräftigen eher die Aussagen der Angeklagten.

Wurden die Prozessaussagen verfälscht?

Alle antikommunistischen Wissenschaftler „betrachten das zu Beweisende als feststehend“. Sie gehen davon aus, dass die Prozessaussagen auf irgendeine, von ihnen nicht näher erläuterte Weise verfälscht wurden. In dieser Hinsicht folgen sie dem Beispiel ideologisch antikommunistischer Forscher. Es ist leicht, Historiker der sowjetischen Geschichte zu finden, die diese Annahme machen. Es gibt aber keinen, der dies belegt oder irgendwelche Beweise hierfür vorbringt. Es gab dort nie irgendwelche Beweise dafür, dass die Aussagen der Moskauer Prozesse verfälscht wurden, dass die Angeklagten gezwungen wurden, von anderen verfassten oder diktierten Aussagen zu machen.

Es gibt zwar keine Beweise, dass die Aussagen in diesen Prozessen verfälscht wurden, aber es gibt viele Belege für das Gegenteil, dafür: dass sie authentisch sind. Hier sind einige Beispiele der Übereinstimmung zwischen den Aussagen, die im Prozess vom Januar 1937 gemacht wurden, und anderen anerkannten Tatsachen:

- Radek und andere sagten aus, dass sie mit der Ermordung von Person nicht einverstanden waren. Dies stimmt mit Jagodas unabhängig gemachter Aussage überein, wie wir in dem ihm gewidmeten Kapitel sehen werden.
- Radeks Aussage, dass er im Frühjahr 1932 einen Brief von Trotzki erhielt, ist durch die Quittung für einen eingeschriebenen Brief, die Getty im Trotzki-Archiv der Harvard Universität fand, bestätigt.
- Radek sagte aus, dass Bucharin ihm gesagt habe, er [Bucharin] habe „den Pfad des Terrorismus eingeschlagen". Wir wissen anhand Jules Humbert-Droz' 1971 in der Schweiz veröffentlichten Memoiren, dass Bucharin schon lange vor diesem Zeitpunkt sich dazu entschlossen hatte, Stalin zu ermorden.
- Sokolnikow sagte aus, dass das „vereinte Zentrum" der Sinowjewleute und Trotzkisten „schon im Herbst 1932" beschlossen habe, Terrorakte gegen Stalin und Kirow zu planen. Dies stimmt überein mit den Aussagen des Bucharin-Anhängers Valentin Astrow, von dem ein Geständnis veröffentlicht wurde. Astrow besaß die Gelegenheit, seine Aussagen nach dem Fall der UdSSR zurückzuziehen, weigerte sich aber ausdrücklich, dies zu tun. Astrow bestand auch auf seiner Aussage, dass die Ermittler des NKWD ihn rücksichtsvoll behandelt und keinen Zwang anwandt hatten.
- Muralow erklärte, Iwan Smirnow habe ihm über sein [Smirnows] Treffen im Ausland mit Sedow berichtet. In seinem Buch *Livre Rouge* gab Sedow zu, dass er sich mit Smirnow getroffen hatte, obgleich er behauptete, dass das Treffen völlig harmlos gewesen war.
- Muralow erklärte, Schestow habe 1932 einen Brief Sedows mit einer geheimen Botschaft, in Geheimtinte geschrieben, mitgebracht. Wir wissen, dass Sedow Phenazon benutzte, um geheime Botschaften zu schreiben, da mindestens ein solcher Brief von Sedow im Trotzki-Archiv der Harvard Universität erhalten geblieben ist. Im Brief empfiehlt er seinem Vater Trotzki, auch in Geheimtinte zu schreiben.
- Radek erklärte, dass er es gewesen sei, der Trotzki empfohlen hatte, dem Trotzki gegenüber loyalen Militärkommandeur Witowt Putna den Auftrag zu geben, die Verhandlungen mit den Deutschen und Japanern in Trotzkis Nahmen zu führen. Dies stimmt überein mit Putnas späteren Geständnissen, wie sie von Marschall Budjonny dokumentiert wurden.

Die meisten dieser Beweise könnten vielleicht als fabriziert betrachtet werden – wenn es irgendwelche Beweise dafür geben würde, dass die Geständnisse und die vermeintlichen Komplotte von dem NKWD inszeniert wurden. Es gibt aber keine Beweise solch einer Verschwörung, die Prozesse zu verfälschen, während wir sehr wohl Beweise dafür haben, dass sie nicht inszeniert wurden.

In Anbetracht dieser Tatsachen ist es für jeden kompetenten und objektiven Forscher unzulässig, die sehr aussagekräftigen Beweise, die im Prozessprotokoll angegeben sind, ohne Berücksichtigung einfach abzuweisen.

8. Die „Jeschowschtschina" oder „der Große Terror" vom Sommer 1937 bis Herbst 1938

Seit der Niederschrift meines zweiteiligen Artikels „Stalin und der Kampf für demokratische Reformen" 2004-2005 wurde eine große Menge weiterer Beweise bezüglich folgender Themen veröffentlicht: die Opposition, die Moskauer Prozesse der Jahre 1936, 1937 und 1938, die Militärsäuberungen/"Tuchatschewski-Affäre" und die darauffolgende „Jeschowschtschina", oft „ der Großer Terror" genannt, nach dem Titel eines zuerst 1968 veröffentlichten äußerst unehrlichen Buches von Robert Conquest.

Die neuerdings zugänglichen Beweise bestätigen folgende Schlussfolgerungen:

- Wie schon oben dargestellt: Die Angeklagten der Moskauer Prozesse vom August 1936, Januar 1937 und März 1938 waren zumindest schuldig der Verbrechen, zu denen sie sich bekannten. Einen „Block der Rechten und Trotzkisten" gab es tatsächlich. Sie planten die Ermordung von Stalin, Kaganowitsch, Molotow und anderen im Rahmen eines Staatsstreiches, den sie eine „Palastrevolte" nannten. Der Block ermordete tatsächlich Kirow.
- Sowohl Rechte und Trotzkisten wie auch die Verschwörer im Militär konspirierten mit den Deutschen und Japanern. Wäre die „Palastrevolte" nicht gelungen, erhofften sie sich, durch die Unterstützung von Deutschland oder Japan im Falle einer Invasion zur Macht zu gelangen.
- Auch Trotzki und einige seiner Unterstützer konspirierten mit den Deutschen und Japanern.
- Nikolai Jeschow, NKWD-Leiter von 1936 bis 1938, konspirierte ebenfalls mit den Deutschen.

Jeschow

Wir haben jetzt viel mehr Beweise über die Rolle des NKWD-Leiters Nikolai Jeschow als wir 2005 hatten. Jeschow, Leiter des NKWD (Volkskommissariat für

innere Angelegenheiten), betrieb seine eigene Verschwörung gegen die sowjetische Regierung und Parteiführung. Jeschow wurde auch von dem deutschen Geheimdienst rekrutiert. (Siehe: offen-siv 9-2014; d.Red.)

Wie die Rechten und Trotzkisten zählten Jeschow und seine Männer an der Spitze des NKWD auf eine Invasion durch Deutschland, Japan oder ein anderes wichtiges kapitalistisches Land. Dies hätte die Grundlage für innere Aufstände gegen die Sowjetregierung geschaffen.

Jeschow log Stalin sowie die Partei- und Regierungsführer über all dies an. Die wirklich entsetzlichen Massenexekutionen von fast 680.000 Menschen in den Jahren 1937 und 1938 waren größtenteils nicht zu rechtfertigende Exekutionen unschuldiger Menschen, wissentlich von Jeschow und seinen Spitzenmänner betrieben, um Unmut in der sowjetischen Bevölkerung zu schüren.

Stalin und die Parteiführung bemerkten schon im Oktober 1937, dass ein Teil der Repressionen widerrechtlich durchgeführt worden war. Nach Anfang 1938, als Pawel Postyschew hart kritisiert wurde, und anschließend erst aus dem Zentralkomitee, dann aus der Partei ausgeschlossen, angeklagt und hingerichtet wurde, wuchsen diese Vermutungen.

Als Lawrenti Beria zum Nachfolger von Jeschows Stellvertreter ernannt wurde, erkannten Jeschow und seine Leute, dass Stalin und die Parteiführung ihnen nicht mehr vertraute. Für den 7. November 1938, den 21. Jahrestag der Bolschewistischen Revolution, planten sie ein letztes Mal, Stalin zu ermorden. Aber Jeschows Leute wurden rechtzeitig festgenommen.

Jeschow musste zurückzutreten. Eine intensive Untersuchung wurde eingeleitet und eine beträchtliche Anzahl von Missbräuchen seitens des NKWD aufgedeckt. Eine große Anzahl der Fälle derjenigen, die zu Zeiten Jeschows angeklagt oder bestraft wurden, wurde überprüft. Über 100.000 Menschen wurden aus Gefängnissen und Lagern entlassen. Viele Mitarbeiter des NKWD wurden festgenommen; sie gestanden, Unschuldige gefoltert zu haben, und wurden vor Gericht gestellt und hingerichtet. Viele weitere NKWD-Mitarbeiter wurden entlassen oder zu Haftstrafen verurteilt.

Zur Zeit Berias 1939 und 1940 sank die Zahl der Hinrichtungen auf weniger als 1% der Hinrichtungen, die es 1937 und 1938 unter Jeschow gab, und viele derer, die hingerichtet wurden, waren NKWD-Leute, einschließlich Jeschow selbst, der wegen der massiven, unvertretbaren Repression und der Hinrichtung Unschuldiger schuldig gesprochen wurde.

Einige der dramatischten Beweise, die seit 2005 veröffentlicht wurden, sind die Geständnisse von Jeschow und seinem Stellvertreter Michail Frinowski. Ich habe einige ins Netzt gestellt, sowohl die russische Originaltexte als auch die englischen Übersetzungen. Es sind auch viele weitere Geständnisse und Verhöre Jeschows, die meisten unvollständig, verfügbar geworden. In diesen macht er viele weitere Geständnisse. Sie wurden 2007 in einer halbamtlichen Fassung von Alexei Pawliukow veröffentlicht.

Antikommunistische Wissenschaftler verbergen die Wahrheit

Alle etablierten – das heißt, antikommunistischen – und trotzkistischen Forscher behaupten fälschlicherweise, dass es keine Verschwörungen gab. Ihnen zufolge waren alle Angeklagten der Moskauer Prozesse, alle angeklagten Militärs, und alle, die wegen Spionage, Verschwörung, Sabotage und anderen Verbrechen angeklagt und verurteilt wurden, unschuldige Opfer. Einige behaupten, Stalin habe geplant, alle diese Menschen zu töten, da sie im Falle eines Angriffs auf die UdSSR eine „fünfte Kolonne" darstellen würden. Andere Antikommunisten ziehen die Erklärung vor, Stalin habe nur versucht, die Bevölkerung durch Terrorisierung zum Gehorsam zu zwingen.

Dies ist eine ideologische, antikommunistische Haltung, die sich als geschichtswissenschaftliche Schlussfolgerung ausgibt. Sie beruht nicht auf geschichtlichen Beweisen und widerspricht diesen Beweisen. Antikommunistische Historiker übergehen die verfügbaren Primärquellen. Sie übergehen sogar die Beweise, die sich in den Dokumentensammlungen, die sie selbst zitieren, befinden.

Warum ignorieren die antikommunistischen „Forscher" sowohl in Russland als auch im Westen alle diese Beweise? Warum fördern sie weiterhin die falsche Vorstellung, dass es keine Verschwörungen gegeben hat und dass Stalin, nicht Jeschow, sich dazu entschloss, hunderttausende Unschuldige hinzurichten? Die einzig mögliche Erklärung hierfür ist, dass sie dies allein aus ideologischen Gründen tun. Die durch eine Untersuchung der Primärquellen inzwischen verfügbare Wahrheit würde Stalin und die Bolschewiki in den Augen der meisten Menschen als „gut" erscheinen lassen. Ihr Auftrag ist, das zu verhindern.

Bucharin und nicht Stalin ist für die massiven Repressionen verantwortlich

Nikolai Bucharin, ein Vordenker und einer der Anführer der Rechten, wusste zur Zeit der „Jeschowschtschina", dass sie sich ereignete und lobte sie in einem Brief an Stalin, den er im Gefängnis geschrieben hatte. Bucharin wusste, dass Jeschow, genau wie er selbst, ein Mitglied der rechten Verschwörung war. Ohne Zweifel war dies der Grund, warum er die Ernennung Jeschows zum Leiter des NKWD begrüßte – eine Ansicht, die seine Frau in ihren Memoiren dokumentierte.

In seinem ersten Geständnis, dem mittlerweile berühmten Brief an Stalin vom 10. Dezember 1937, und während seines Prozesses im März 1938 behauptete Bucharin, er habe sich vollkommen „entwaffnet“ und alles gesagt, was er wusste. Jetzt können wir aber belegen, dass dies eine Lüge war. Bucharin wusste, dass Jeschow ein führendes Mitglied der rechten Verschwörung war – zeigte ihn aber nicht an. Jeschows Stellvertreter Michail Frinowski zufolge hat Jeschow Bucharin vermutlich versprochen, ihn nicht hinrichten zu lassen, wenn er seine (Jeschows) eigene Beteiligung [an der Verschwörung] nicht erwähnen würde (vgl. Frinowskis Geständnis am 11. April 1939). (siehe offen-siv 9-2014, d.Red.)

Wenn Bucharin die Wahrheit gesagt hätte, hätte er also Jeschow angezeigt, dann hätten Jeschows Massenmorden rechtzeitig Einhalt geboten werden können. Das Leben hunderttausender Unschuldiger hätte gerettet werden können. Aber Bucharin blieb seinen Mitverschwörern treu. Er wurde hingerichtet – dies habe er, seiner eigenen Aussage zufolge, zehn Mal verdient – ohne Jeschows Beteiligung an der Verschwörung offen zu legen.

Die Wichtigkeit dieses Punktes kann nicht genug unterstrichen werden: das Blut hunderttausender, von Jeschow und seinen Leuten 1937-1938 niedergemachter Unschuldiger, klebt an Bucharins Händen.

Objektivität und Beweise

Ich stimme mit dem Historiker Geoffrey Roberts überein, wenn er sagt: „In den letzten etwa 15 Jahren […] wurde eine große Menge neues Material über Stalin aus russischen Archiven zugänglich. Ich sollte klarstellen, dass ich als Historiker eine starke Neigung habe, über die Vergangenheit die Wahrheit zu sagen, ganz gleich wie unbequem oder schmackhaft sie sein mag […] Ich denke nicht, dass es hier ein Dilemma gibt: man sagt einfach die Wahrheit, wie man sie sieht.“ ("Stalin’s Wars", Frontpagemag.com February 12, 2007. At http://hnn.us/roundup/entries/35305.html)

Meine Schlussfolgerungen über die “Jeschowschtschina” werden für viele ideologisch motivierten Menschen inakzeptabel sein. Ich gelangte zu diesen Schlussfolgerungen nicht durch irgendeinen Wunsch, die Politik Stalins oder der Sowjetregierung zu „entschuldigen“. Ich glaube, anhand der verfügbaren Beweise, dass sie die einzig möglichen objektiven Schlussfolgerungen sind.

9. Der Molotow-Ribbentrop Pakt vom August 1939

Auf einer Konferenz vor einigen Jahren haute mir ein liberaler Antikommunist den Molotow-Ribbentrop Pakt, von Antikommunisten oft „Hitler-Stalin Pakt“ genannt, um die Ohren. „Wie können Sie hinter ihm stehen!“ rief er mir geradezu ins Gesicht.

Mir wurde klar, dass ich nicht annähernd so viel über ihn wusste, wie ich hätte wissen müssen. Deswegen verbrachte ich den Sommer 2009 damit, ihn zu recherchieren. Das Resultat ist ein Artikel in Monographielänge mit dem Titel „Überfiel die Sowjetunion Polen im September 1939?“ (Die Antwort: nein, das tat sie nicht). Sie können den Artikel zusammen mit 17 Internetseiten mit Beweisen und Dokumenten auf meiner Homepage lesen.

Ich habe viel dazugelernt! Zum einen erfuhr ich, dass der Pakt keine „Allianz“ war. Ich erfuhr, dass die Sowjetunion Polen im September 1939 nicht überfiel und dass die Alliierten zu dieser Zeit dies auch so sahen.

Ich erfuhr, dass die UdSSR das einzige Land war, dass sich in der Vorkriegszeit richtig verhielt. Das ist die einzige Schlussfolgerung gewesen, die ich erreichen konnte.

Ich erörtere diese Frage ausführlich in *Blood Lies*, mein in Kürze erscheinendes Buch über Timothy Snyders *Bloodlands.*

10. Das Massaker von Katyn

Im April 1943 behaupteten die hitlerfaschistischen Behörden, sie hätten die Leichen tausender polnischer Offiziere, von sowjetischen Beamten erschossen, im Wald von Katyn, in der Nähe Smolensks (in Westrussland), gefunden. Die Nazi-Propagandamaschine organisierte eine riesige Kampagne um diese vermeintliche Entdeckung. Nach dem sowjetischen Sieg bei Stalingrad im Februar 1943 war es für alle klar, dass, außer im Falle einer Spaltung der Alliierten, Deutschland den Krieg verlieren würde. Der offensichtliche Zweck der Nazis war es, einen Keil zwischen die westlichen Alliierten und die UdSSR zu treiben.

Die von Josef Stalin geführte sowjetische Regierung bestritt vehement die deutschen Vorwürfe. Als die stets antikommunistische und anti-russische polnische Exilregierung mit der Propagandamaschine der Nazis zusammenwirkte, brach die sowjetische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu ihr ab.

Während des Kalten Krieges unterstützten die westlichen kapitalistischen Länder die Darstellung der Nazis, die jetzt durch die antikommunistischen Polen gefördert wird. Die Sowjetunion und ihre Alliierten bezichtigten weiterhin die Deutschen bis 1990-1992, als Michail Gorbatschow und Boris Jelzin erklärten, die Sowjetunion unter Josef Stalin habe wirklich die Polen erschossen.

Anfang 2013 erfuhr ich von archäologischen Funden, die auf einer Ausgrabungsstätte eines von Deutschen begangenen Massenmordes in der Ukraine gemacht wurden. Da ich den Streit über das Massaker von Katyn seit vielen Jahren verfolgte, erkannte ich die Implikationen dieser Funde. Sie liefern materielle Beweise dafür, dass die

Sowjetunion nicht 14.800 oder 22.000 – oder wie viele kriegsgefangene polnische Offiziere es 1940 gab – erschossen haben konnte. Die Funde auf den Massengräbern bei Wolodimir-Wolinskii stellen einen tödlichen Schlag gegen die „offizielle" Version des Katyn-Massakers dar. Dies sollte uns alle interessieren. Katjn ist das berühmteste Verbrechen, das Stalin und der sowjetischen Regierung vorgeworfen wird. Es galt bis jetzt auch als das Verbrechen, welches als am besten durch Beweise gesichert galt. Es galt zum Beispiel nicht, wie der vermeintliche „Holodomor" (die angeblich bewusste Ermordung durch Hungertod von Millionen Ukrainern seitens Stalins in der Hungersnot von 1932-1933, für die keine Beweise jemals gefunden wurden), nur als eine Legende, sondern, wie gesagt: Katyn galt als das am besten nachgewiesene „Verbrechen des Stalinismus". Aber es ist eine Lüge.

Fazit

In diesem Vortrag bin ich nur auf wenige der wichtigen Ereignisse der sowjetischen Geschichte der 1930er Jahre eingegangen. Als Fazit möchte ich etwas über Objektivität sowie den Versuch, die Wahrheit herauszufinden, sagen.

Fast alle Bücher und Artikel, die heute über die sowjetische Geschichte der Stalinzeit veröffentlicht werden, sind durch das „Anti-Stalin-Paradigma", wie ich es nennen würde, geformt und daher kontrolliert. Im westlichen akademischen Diskurs ist es obligatorisch, dass ein Forscher zu Schlüssen kommen muss, die die antikommunistische Darstellung Stalins als brutalen, bösen Mörder und Diktator, sowie der Sowjetunion als Ort von Massenmord und Grausamkeit bestätigen. Ist man nicht bereit, seine Forschung innerhalb dieses tendenziösen Rahmens zu platzieren, kann man einfach keine akademische Karriere einschlagen.

Mir wurde von zwei guten Forschern der sowjetischen Geschichte – Forscher, die nicht Linke sind, aber nach Objektivität streben – bestätigt, dass kein Buch, welches Stalin gegenüber nicht feindlich gesinnt ist, durch einen akademischen Verlag veröffentlicht würde. Dies ist auf jeden Fall im Westen der Fall, und ich glaube, dass es auch in Russland so ist.

Anders ausgedrückt: wären Sie auf dem Gebiet der sowjetischen Geschichte tätig, würden Sie sowjetische Geschichte an einem Geschichtsinstitut irgendwo im Westen unterrichten, wären Sie nicht in der Lage, die von mir betriebene Forschung zu betreiben. Würden Sie es tun, könnten Sie nicht in den einschlägigen Zeitschriften oder den mainstream-akademischen Verlagen veröffentlichen, und Sie wären bald nicht mehr auf dem Gebiet der sowjetischen Geschichte tätig, da Sie keinen Job mehr haben würden! Darum ist meine Stellung ungewöhnlich. Ich lehre an einem Englischinstitut. Mein akademischer Lebensunterhalt hängt in keiner Weise von meinen Forschungen zur sowjetischen Geschichte ab.

Dies ist es, was ich zu bieten habe. Und viele Menschen aus aller Welt denken, dass das wichtig ist. Nicht nur Menschen aus dem linken Spektrum, wie Sie. Auch die Antikommunisten merken, dass es wichtig ist. Aber ihnen gefällt es nicht.

Viele Leute aus dem bürgerlichen/rechten Spektrum möchten nicht, dass die Wahrheit über die Geschichte der kommunistischen Bewegung in der UdSSR während der Stalinjahren ans Licht kommt. Sie möchten weiterhin die kommunistische Bewegung dämonisieren, mit Hitler und dem Faschismus gleichsetzen und über sie Lügen verbreiten. Und sie tun es.

Marx‘ Lieblingsspruch war „De omnibus dubitandum“ – „An allem ist zu zweifeln“, vor allem an Deinen vorgefassten Ideen und Vorurteilen. Wenn man die Wahrheit herausfinden möchte, muss man dies tun.

Darüber hinaus ist dies etwas, was jeder bürgerlicher Detektiv in jeder Detektivgeschichte weiß. Wie Sherlock Holmes zu sagen pflegte: Halte deinen Geist frei von voreiligen Schlüssen. Hol dir die Tatsachen, bevor du deine Hypothesen aufstellst. Sei bereit, eine Hypothese aufzugeben, die die Tatsachen nicht erklären kann.

Wenn man dies nicht tut – wenn man nicht von Anfang an versucht, die Wahrheit herauszufinden – dann wird man nicht einfach so im weiteren Verlauf auf die Wahrheit treffen. Das, was man entdecken wird, wird nicht die Wahrheit sein.

Ich versuche unnachgiebig, dies zu tun. Keiner der Verteufeler Stalins und der Sowjetunion, keiner der antikommunistischen „Experten“ der Geschichte der kommunistischen Bewegung versuchen objektiv zu sein. Sie entdecken daher nicht die Wahrheit, weil sie dies nicht möchten. Sie möchten „Propaganda mit Fußnoten“ schreiben. Und dies ist, was ihre Werke sind.

Auf meinen Vorträgen in den Vereinigten Staaten zitiere ich eine Zeile eines berühmten und satirischen Sängers namens „Weird Al Yankovich“. Eines seiner Lieder heißt „Everything You Know Is Wrong“ (Alles was du weißt, ist falsch). Und das ist die Situation der sowjetischen Geschichte heutzutage. Alles, was uns über die sowjetische Geschichte der Stalinzeit gelehrt wurde, zumindest seit Chruschtschows Tagen, ist falsch, beruht auf antikommunistischen Lügen.

Aber hinsichtlich der Fälle, in denen wir jetzt Beweise haben, hauptsächlich aus ehemaligen sowjetischen Archiven, aber auch aus dem Trotzki-Archiv der Harvard Universität, finden wir ausnahmslos – immer, in jedem einzelnen Fall – heraus, dass die Antikommunisten von Leo Trotzki über Chruschtschow bis Gorbatschow, einschließlich aller antikommunistischer „Forscher“ falsch liegen, und in dem meisten Fällen wissentlich lügen.

Meiner Meinung nach liegt die Wichtigkeit aller neuen Beweise und Forschung hauptsächlich darin, dass sie die vollkommene Unehrlichkeit der „mainstream"-Darstellungen der sowjetischen Geschichte belegt. Diese Darstellungen gelten als „Wahrheit" nicht nur unter Antikommunisten des Kalten Krieges, nicht nur unter Trotzkisten, sondern stellen auch die „mainstream"-Ansicht unter Marxisten und Kommunisten dar!

Wir Marxisten sollten erleichtert sein! Auf der ganzen Welt werden die Horrorgeschichten über Stalin und die Stalinzeit eingesetzt, um den Marxismus, Sozialismus und Kommunismus zu diskreditieren. Jetzt können wir sehen, dass diese Horrorgeschichten Lügen sind.

Die Bolschewiki beschritten einen neuen Pfad, „gingen dahin, wohin niemand zuvor gegangen war."

Aber wir, die nach ihnen kommen, müssen vorsichtig erforschen, was sie gemacht haben. Wir werden nie diejenigen Taten der Bolschewiki entdecken, die richtig, bewundernswert und nachahmungswürdig waren, es sei denn, wir wissen, was wirklich geschah. Eine neue und bessere kommunistische Bewegung kann nur auf dem festen Fundament der historischen Wahrheit, nicht auf dem Sand antikommunistischen Lügen erbaut werden. Ich bin froh, eine kleine Rolle bei den Versuchen, diese wahre Geschichte zu enthüllen, zu spielen.

Mein nächstes Buch (es ist in den USA gerade erschienen!) wird sich mit Lew Trotzkis Schriften der 1930er Jahre, vor allem mit der Zeitspanne zwischen Dezember 1934 und seinem Tod 1940, beschäftigen. Beweise aus Trotzkis eigenem Archiv, wenn im Zusammenhang mit den Beweisen aus den ehemaligen sowjetischen Archiven betrachtet, erlaubt uns zu sehen, dass Trotzki während diese Zeit wissentlich über die Sowjetunion und Stalin, über den Mord an Kirow sowie über die Moskauer Prozesse gelogen hat. Er tat dies, um seine eigene Verschwörung zu bewahren. Natürlich muss man lügen, wenn man ein Verschwörer sein möchte. Aber Trotzkis Lügen wurden zuerst von seinen eigenen Anhängern und später, nach Chruschtschows Geheimrede, von einer großen Anzahl weiterer Personen geglaubt. Daher denke ich, dass diese Untersuchung von breitem Interesse sein wird.

Die Fragen, die man stellt, enthüllen und spiegeln zwangsläufig die eigenen politischen Belange wieder, und meine sind da keine Ausnahme. Ich glaube, dass die Geschichte der Bolschewistischen Partei der Stalinzeit – eine von antikommunistischen Lügen vernebelte Geschichte, die noch geschrieben werden muss – den kommenden Generationen vieles lehren wird. Politische Aktivisten, die zur Vergangenheit blicken, um Rat zu schöpfen, sowie politisch bewusste Forscher, die glauben, dass ihr größter Beitrag zu einer besseren Welt in der Untersuchung

solcher Kämpfe in der Vergangenheit liegt, können aus dem Vermächtnis der Sowjetunion sehr Vieles lernen.

Vielen Dank dafür, dass Sie mir zugehört haben. Ich werde versuchen, Ihre Fragen so gut wie möglich zu beantworten und Ihre Kritik mit Demut entgegenzunehmen.

Gruver Furr, London, 20. Juni 2015

Übersetzung ins Deutsche: Isaak Funke

Parteitag der DKP

Kommunistische Initiative: Stellungnahme zum 21. Parteitag der DKP

Die KI Deutschland sieht in dem nun gerade in Frankfurt stattgefundenen 21. Parteitag der DKP Licht und Schatten. Auf dem 20. Parteitag hatte sich die DKP eine neue Führung gegeben, die mit dem Revisionismus der alten Führung teilweise brach und einen besseren, konsequenteren Weg einschlug. Dennoch konnten wir auch die neue Führung nicht als marxistisch-leninistisch bezeichnen, da in der UZ weiterhin auch antikommunistischer Hetze Platz gegeben wurde. In der Ausgabe vom 24.10.2014 etwa wurde unkommentiert die Position der revisionistischen KP Österreichs wiedergegeben, dass das >>*autoritäre und repressive ökonomische und politische System in Nordkorea in keiner Weise unseren Vorstellungen von einer erstrebenswerten Gesellschaft [entspricht].*<< Man stelle sich vor, die Partei der Arbeit Koreas wäre einer der internationalen Gäste gewesen! Auch die positive Haltung von Teilen der DKP zum sogenannten "Marktsozialismus" in China sehen wir weiterhin kritisch[1].

Der jetzige 21. Parteitag hat nun ziemlich klar die neue Führung bestätigt. Dies bedeutet eine klare Absage an die revisionistische Minderheit um Leo Mayer. Positiv ist zu beurteilen, dass die DKP sich nun selbst als marxistisch-leninistisch bezeichnet. Aber man hat es immer noch vermieden, auch organisatorisch mit den Revisionisten zu brechen, obwohl sie sich mittlerweile deutlich fraktioniert und eine eigene Organisation geschaffen haben, die „Marxistische Linke“. Die Haltung zur ELP

[1] http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2014/06/volksrepublik-china-kapitalistisch-oder-sozialistisch/

wurde vertagt. Es bleibt abzuwarten, ob die DKP aus dem reformistischen Zusammenhang heraustritt.

Schauen wir uns stellvertretend das Referat von Patrick Köbele an. Dieses macht die Stärken und Schwächen des neuen Kurses sehr gut anschaulich.

Beginnen wir mit dem Positiven. Köbele distanzierte sich deutlich von der Anbiederei an die Sozialdemokraten: *>>Nun der Einwand – und warum dann die beobachtende Mitgliedschaft in der Europäischen Linkspartei **(ELP)** beenden. Ich will beantworten, warum ich dieser Meinung bin. Schicke aber voran, dass dieser Beschluss, falls ihn der Parteitag trifft, nichts aber auch gar nichts damit zu tun hat, dass wir die Zusammenarbeit mit Parteien, die in der ELP sind, einstellen wollen. Nein, wir bleiben bei unserer Politik der Beziehungen zu kommunistischen Parteien, wir bleiben, bei unserer Aktionseinheits- und Bündnispolitik. Aber bei der ELP geht es um eine Mitgliedschaft, ob beobachtend oder nicht und die bedeutet, ob wir wollen oder nicht, dass wir eben auch mit in einer Reihe stehen für die Dinge der ELP, die wir nun wirklich nicht mittragen können, ich nenne die unentschiedene und damit letztlich äquidistante Haltung zum Konflikt in der Ukraine, ich nenne die Unterstützung von Organisationen, die in der Gegnerschaft zu unseren Schwesterparteien stehen, wie das z.B. in Portugal, Griechenland und Luxemburg der Fall ist und ich nenne das reale Problem Griechenland auch für die Beurteilung europäischer Politik – Nein, ich stehe nicht auf Seiten der Syriza-Anel-Regierung, die ELP schon.<<*

Von besonderem Wert schätzen wir das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus, mit dem den Positionen aus der Richtung von Leo Mayer eine klare Absage erteilt werden könnte: *>>Das war nicht unwichtig, als sich diese DKP von einer frühen Form der reformistisch/revisionistischen Entwicklung in europäischen, kommunistischen Parteien, vom sogenannten „Eurokommunismus“ abgrenzte. Dieser Abgrenzung haben wir uns nicht zu schämen und ich bin sicher, ohne sie gäbe es uns heute nicht. Ich bin mir sicher, dass dies auch für die zweite notwendige Abgrenzung gilt, für die Auseinandersetzung mit den sogenannten „Erneuerern“. Diese hatte im hohen Maße ideologischen Charakter und es ging zentral um die Frage der Bedeutung Lenins für die Weiterentwicklung der marxistischen Theorie. Dabei ging es nicht um die Person Lenins, sondern um solche Dinge, wie die Analyse des Imperialismus als neues und höchstes Stadium des Kapitalismus, um die Frage der Revolutionstheorie, um die Frage des imperialistischen Staates, um die Frage der Macht und um die Frage der Parteitheorie. Es wundert nicht, dass dies dann z.B. genau die Fragen waren, die beim Übergang von der SED zur PDS die zentralen Fragen der ideologischen Veränderung der SED waren und damit auch für die Fragen, in denen wir uns damals und heute unterscheiden, weil wir eine kommunistische Partei sind und bleiben wollen.<<*

Leider hat dieses Bekenntnis ein bitteres Aber. So sehr sich Köbele zu den Prinzipien von Lenin bekennt, so sehr distanziert er sich von den angeblichen Verbrechen Stalins: *>>Die Einwände sind zweierlei, einerseits, dass es sich schon immer um eine „stalinistische" Formulierung gehandelt habe und andererseits, dass das Programm von 2006 die Aufarbeitung der Deformationen, die mit der Konterrevolution von 89/90 zu Tage gekommen wären, berücksichtigen würde. Beides halte ich für inhaltlich falsch. Die DKP war nie eine „stalinistische" Partei. Die DKP stellte sich immer in die gesamte Geschichte der kommunistischen Bewegung, mit ihren Erfolgen, Niederlagen, Fehlern, Deformationen und Verbrechen. Aber die DKP ist nie an die Geschichte der kommunistischen Weltbewegung herangegangen, indem sie die Geschichtsschreibung der Herrschenden übernommen hat, sie ist materialistisch-dialektisch herangegangen und sie ist vom Standpunkt der Beherrschten herangegangen. Deswegen ja zur Aufarbeitung unserer Geschichte und Nein zur Reduktion auf Deformationen und Verbrechen.<<*

Hier tritt dann auch erneut der schwankende Charakter der neuen DKP-Führung zu Tage. Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus ja, aber gleichzeitig wird den Revisionisten durch die Abgrenzung von Stalin wieder ein breiter Spalt geöffnet. Man gewinnt den Eindruck, dass Köbele hier möglichst beide Seiten versöhnen möchte. Die Linken in der DKP durch Ablehnung der sozialdemokratischen Anbiederei, die Rechten in der Partei dadurch, dass man sich nicht zu sehr zum Marxismus-Leninismus bekennt. Denn wer Stalin mit Verbrechen assoziiert, der tappt wieder in die revisionistische Falle und folgt gezwungenermaßen dem Weg der Chruschtschow-Revisionisten, die den Sozialismus ideologisch und ökonomisch schrittweise entwaffneten.

Köbele hob richtigerweise die Unterscheidung der DKP zur PDS hervor, da letztere Lenins Imperialismustheorie, die Frage der Macht und der Revolution, den Charakter des bürgerlichen Staates aus ihrem Programm geworfen hatte. Aber Köbele verschweigt hier eine sehr entscheidende Abgrenzung, die der PDS besonders wichtig war: Auf dem außerordentlichen Parteitag der SED/PDS am 16.12.1989 verkündete Michael Schumann: *>>Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!<<*

Die Rhetorik richtete sich gegen Stalin, gemeint war aber alles Revolutionäre von Marx, Engels, Lenin und Stalin! Jede kommunistische Partei, die sich gegen den Revisionismus behaupten will, muss sich gegen die Entstellung von Stalins Werk behaupten. Sie muss klipp und klar erkennen, wie die Sowjetunion sich im Klassenkampf durch Stalins Voraussicht bewähren konnte. Einer solchen kommunistischen Partei muss bewusst sein, dass Stalin kein Verbrecher, sondern eine konsequenter Kämpfer gegen Bürokraten war, die eine tatsächliche Gefahr für

Sowjetunion waren. Sie muss begreifen, dass sich der Klassenfeind im Sozialismus als marxistisch ausgibt, ohne es zu sein.

Diese Einsicht können wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei der DKP-Führung noch nicht erkennen. Man muss sich berechtigterweise fragen, wie viel Wert ein Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus hat, wenn auch jene in der Partei bleiben dürfen, die ganz offen den Marxismus-Leninismus ablehnen und sogar die Arbeit der gewählten Organe gezielt sabotieren: *>>Ein echtes Problem stellte nach dem 20. Parteitag dar, dass Genossinnen und Genossen, die sich der Opposition zuordneten, uns die Internetplattform enteigneten. Bei aller inhaltlicher Debatte muss man sagen, da habt ihr nur Argumente des bürgerlichen Rechts vorgebracht, ansonsten habt ihr das durchgezockt. Das war der Fakt, wir mussten damit umgehen, das haben wir, glaube ich, gut getan, dank dem Engagement von Sepp, Männe und anderen hatten wir schneller eine Internetplattform, als es zu erwarten war.<<*

Vor allem muss jeder kommunistischen Partei bewusst sein, dass Lenins Voraussage richtig war, dass der Weg zum Sozialismus kein Spaziergang ist, sondern sich der Klassenkampf sogar noch verschärft. Der scheinbar immer noch sehr sorglose Umgang mit dieser Sozialdemokraten-Truppe, die offensichtlich zu jeder Sabotage bereit ist, macht deutlich, dass diese Einsicht beim Parteivorstand noch fehlt. Ein paar Linke im Parteivorstand reichen nicht aus, um die Macht der sozialdemokratischen Parteifeinde zu brechen, die bei Missbrauch der eigenen Fahne gegen jeden Wandel in Richtung Marxismus-Leninismus Sturm laufen werden. Es ist ein Trugschluss anzunehmen, dass die Revisionisten freiwillig die Partei verlassen, wenn es ihnen hier zu ungemütlich wird. Das ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung noch nie vorgekommen. Immer haben die Revisionisten ihre Wühlarbeit so lange fortgesetzt, bis sie die Hegemonie über die Parteien ausüben konnten. Die SPD von 1914 oder die SED von 1989/1990 seien hier nur zwei mahnende Beispiele.

Wir hoffen dennoch, dass die guten Ansätze des neuen Kurses des 20./21. Parteitages ausgebaut und die negativen überwunden werden. Es muss eine umfassende Bildungsarbeit geben und das Parteiprogramm von 2006, insbesondere im III. Abschnitt >>Der Sozialismus - die historische Alternative zum Kapitalismus<<, vollständig überarbeitet werden. Auch in der DKP muss die Einsicht heranreifen, dass der Revisionismus für die Niederlage von 1989/1991 verantwortlich war. Dazu ist es nötig, dass endlich eine richtige marxistisch-leninistische Auseinandersetzung mit den Werken Stalins stattfindet und daraus der Kompass für das eigene Handeln gezogen wird. Das ist nicht unmöglich, denn auch in der DKP existieren Gruppierungen, die diesen Kompromisskurs ablehnen, das Werk Stalins anerkennen und sich auf die Bildungsarbeit besinnen.

Es ist an der Zeit, den Alleinvertretungsanspruch aufzugeben. Dieser hatte in den 1970er Jahren seine Berechtigung, als sich diverse maoistische K-Gruppen den Namen der KPD aneigneten. Damals war klar, dass es in der BRD nur die eine legitime kommunistische Partei, die DKP, gab. Analog dazu gab es in der DDR nur die eine legitime kommunistische Partei, die SED. Seit 1990 hat sich diese Situation verändert. Dem muss heute Rechnung getragen werden, da Kommunisten neben der DKP auch in anderen Parteien oder Organisationen wie der KPD organisiert oder parteilos sind.

Wir rufen die DKP auf, den Unvereinbarkeitsbeschluss mit der KI aufzugeben. Wir suchen das Gespräch mit der DKP, damit unsere Kritik diskutiert werden kann. Wir wollen nicht, dass die positive Entwicklung im Sande verläuft und die Revisionisten ihre Machtbasis durch weitere unverschämte Sabotageakte erweitern. Wir reichen der DKP die Hand für kommende Einheitsgespräche, die durch die Eisenacher Erklärung initiiert werden, und nachfolgende Gespräche.

Quelle: www.kommunistische-initiative.de

Reflexion der aktuellen Situation

Irene Eckert: Historischer Umbruch am Horizont

Jahresendzeitliche Erwägungen von Irene Eckert

Ausgangslage

Erderwärmung. Flüchtlingsdramen. Kriege in der südlichen Hemisphäre ohne Ende in Sicht.

In den westlichen Metropolen aber findet ein manchmal grotesk anmutender Weihnachtsrummel statt, so als sei nichts gewesen.

Leider fehlt es vielen Menschen der nördlichen Hemisphäre gegenwärtig an einem Gewahrsein dessen, was um sie herum in der Welt vorgeht. Es fehlt an Verständnis dafür, wie unser relativ gutes Leben verknüpft ist mit dem Elend der Anderen. Was vor allem viel zu Vielen fehlt, ist die Einsicht in die historisch-politische Verantwortung, die jeder Bürger doch am Schicksal der Erde mitträgt, so oder so. Die Blickschärfe für die Zusammenhänge und für das erforderliche Verantwortungsbewusstsein wird uns allerdings tagtäglich, stündlich, ja minütlich durch ein schier undurchdringliches Lügengespinst verstellt. Der jüdisch-britische

Autor Harold Pinter hat vor zehn Jahren in seiner Nobelpreisrede noch darauf Bezug genommen. Der in diesem Frühjahr verschiedene deutsche Literaturnobelpreisträger Günter Grass wurde noch kürzlich dafür öffentlich hingerichtet, dass er mit 'letzter Tinte' ein mahnendes Poem auf die den Weltfrieden bedrohende Rolle Israels zu publizieren wagte. Vergessen der eine, verdrängt die Worte des anderen. Ein solcher Umgang mit bekannten Persönlichkeiten schreckt intuitiv ab. Mächtig und einschüchternd tritt die Lobby jener global agierenden Eliten auf, die von dem Unheil, das sie stiftet, stets profitieren.

Für die paar übrig Gebliebenen, die trotz aller zielgerichteten Blendung etwas ahnen von dem Geschick, in das wir alle verstrickt sind und die vor allem etwas dagegen tun wollen, fehlt es spätestens seit 1989 an positiven Visionen. Das Vertrauen darauf, dass sich nachhaltig und konstruktiv eingreifen lässt in ein durchaus abwendbares Verhängnis, hat deutlich nachgelassen.

Globale Überwindungsbemühungen

Dennoch zeichnen sich jenseits von Niedergang und kriegerischer Verstrickung seit einigen Jahren auch konstruktive Umbrüche in der Welt ab und zwar wider alle Blindheit der Mehrheitsgesellschaft im globalen Norden und ihrem irrsinnigen Weiterso. Diese langfristig wirkenden, positiven Entwicklungen sind nicht mehr aufhaltbar. Der Wiedereintritt Russlands in die Geschichte seit dem Abtritt des Alkoholikers und West-Lakeien Jelzin vor nunmehr 15 Jahren ist ein Meilenstein auf dem Wege zu einer kooperativen, multipolaren Weltordnung. Die geschickte, wohlüberlegte Bündnispolitik der multiethnischen und multireligiösen Russischen Föderation unter Putins umsichtiger Führung verdeutlicht nachhaltig die Möglichkeit zu einer anderen, konstruktiveren Weltordnung. Der größte Flächenstaat der Erde mit den umfänglichsten Naturressourcen kann und wird an der Seite des volkreichsten und revolutionären Staates China die Welt in eine bessere Zukunft führen. Beide große Kulturnationen wissen, warum sie zusammenarbeiten müssen. Sie haben viele Gemeinsamkeiten und sind der gemeinsamen umfassenden Bedrohung durch imperiale Einkreisung ausgesetzt. Vor allem aber verfügen sie beide über eine reiche revolutionäre Erfahrung. Im Bunde mit allen fortschrittlichen, anti-imperialen Staaten der Erde bilden diese Länder daher schon eine ganze stille Weile ein konstruktives Gegengewicht zum hegemonialen Vorherrschaftsstreben der USA und ihrer verblendeten Vasallen. Während die westliche 'Staatengemeinschaft' des NATO-Kriegsbündnisses und die 'Koalition' von ihm unterworfener Völker ein fragiles Gebilde darstellen, das im Grunde nur durch erpresserische Gewalt zusammengehalten wird, verbindet die BRICS-Gemeinschaft das befreiende Interesse am Aufbau eines globalen Gegengewichts. Das Acronym `BRICS´ bedeutet in sinngemäßer Übersetzung `ziegelrote Bausteine´. In der Tat bauen unter dem BRICS-

Siegel Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika an einer kooperativen Weltordnung. Stein auf Stein entsteht so ein globaler Zusammenhalt, der ohne Drohgebärden auskommt und ohne pseudo-humanitäre Interventionen. Die streng am Völkerrecht der UN-Konventionen orientierte Zusammenarbeit respektiert die nationale Souveränität und die Vielfalt fremder nationaler Gebilde. Die Islamische Republik Iran steht daher fest an der Seite der BRICS-Staaten. Auch dieses Land hat sich seit 1979 mühsam aus imperialen Fesseln zu befreien vermocht.

Begründete Hoffnung auf eine alternative Weltordnung

Es gibt also eine relativ neue, vom Westen zwar allseits und bei jeder Gelegenheit diffamierte, auf globaler Ebene auch im Rahmen der UNO zusammenwirkende Staatengemeinschaft. Dieser lockere Staatenverbund verkörpert die Hoffnung für die Menschheit.

Das Wissen darum, dass eine andere Welt nicht nur nötig, sondern auch möglich ist, ist ein notwendiger Faktor für all jene Individuen und Völker, die erkannt haben, dass die Welt mit ihrem derzeitigen Kurs keine Aussicht auf Fortbestand hat. Die Hoffnung ist aber ein unverzichtbarer Kraftspender. Ohne Hoffnung verfallen wir entweder in Resignation oder in sinnlosen Lebenstaumel.

Gemeinsames Interesse an systemischer Veränderung

Während die herrschenden Eliten zu keiner Zeit ein Interesse an systemüberwindender Veränderung hatten, sind es die kolonial bedrängten Völker und die verelendeten Massen, die einen Ausweg aus ihrer Misere herbeisehnen. Während die Oberen alles zu tun bereit sind, um sich potentiellen Systemveränderungen in den Weg zu stellen, gibt es ganz unten die Sehnsucht und den Willen nach etwas Besserem als dem Tod. Die da ganz oben verbreiten deshalb Hoffnungslosigkeit und Chaos, um Oberwasser zu behalten. Zu ihren Methoden gehört in Zeiten schwerer Bedrängnis der Aufkauf verelendeter Elemente und deren Anstiftung zum die übrigen einschüchternden Terror. Es ist wichtig, ihre Machterhaltungsstrategien zu erkennen. Nur wenn wir erkennen, wer hinter dem desaströsen Terror steckt, können wir ruhig und gelassen ihre niederträchtigen Pläne durchkreuzen.

Während also in diesem Jahrtausend die noch herrschende Wirtschaftsunordnung weltweit zu Barbarei, Dekadenz, Krieg und um sich greifender Niedertracht geführt hat, wachsen an anderen Stellen die heilsamen Kräfte hervor und erstarken. *Denn wo da Gefahr ist, wächst das Rettende auch*, wir müssen es nur erkennen und beim Schopfe fassen. Jedem innehaltenden und nachdenklichen Menschen kann heute bewusst werden, dass buchstäblich alle Welt von der Ablösung dieser Unordnung nur noch profitieren kann. Das westlich angeführte hegemoniale System lässt sich im von

ihm noch beherrschten Teil der Erde nur noch mittels rücksichtlosester Gewalt aufrechterhalten. Jeder, der sich ihren Zielen in den Weg stellt, gerät gnadenlos ins Visier und man versucht ihn oder sie zu beseitigen. Dafür werden Milliardenbeträge anderweitig nicht mehr profitabel investierbarer Gelder eingesetzt. Jene Gebilde, auf die wir Unteren unsere Hoffnung setzen, versucht man auszumerzen. Mit den schwächsten Kettengliedern wird begonnen.

Aber wir sehen überdeutlich, ihre Strategie greift nicht mehr. Eigentlich greift sie schon lange nicht. Kleinere Gebilde hat man niedergewalzt und atomisiert: Jugoslawien existiert nicht mehr , in Afghanistan beherrschen die Drogenbarone mehr oder weniger das angerichtete Chaos. Auf dem Schlachtfeld des einst prosperierenden Ölstaates Irak mästen sich Terrorgebilde und nennen sich in gotteslästerlicher Weise „Islamischer Staat“. Auf dem ehemaligen Staatsgebiet des ehedem wohlhabenden Libyen und im armen Yemen geht es ähnlich zu. Flüchtlingsströme aus den bewusst vom Imperium USA samt Anhang zugrunde gerichteten Staaten bedrängen nunmehr auch den reichen Norden.

Die Vereinigten Staaten, weit weg vom Chaos, das sie angestiftet haben, fordern von ihren europäischen Partnern nunmehr die Öffnung ihrer Grenzen und fördern so den grenzüberschreitenden Terror.

Wirtschaftlich starke Partner und eigenständige Gegenüber können sie nicht gebrauchen. Ihre absichtsvolle Strategie heißt 'divide et impera', wie einst im antiken Rom. Selbstbewusste Repräsentanten stolzer Völker sind ihnen ein Graus. Damit schaufeln sie sich aber am Ende ihr eigenes Grab. Sie zerstören jene Partner, die sie in ihrem unabweisbaren Fall noch stützen könnten.

Syrien und Ukraine Hauptszenarien von Widerstand

Während das einst stolze Sowjetrußland beginnend mit 1953 von innen mittels ausländischer Unterstützung zielgerichtet kaputtgemacht und in Einzelteile zerschlagen wurde, schaffte es die Russische Föderation dank kluger Führung ab der Jahrtausendwende wieder auf die Beine zu kommen. Das einst russische Kernland Ukraine aber wurde vom Westen, vor allem von US-amerikanischen Planern und Interventen zerrüttet. Immerhin wehrten sich die mehrheitlich von Russen besiedelten Gebiete im Osten des Landes mit nachbarschaftlicher Hilfe tatkräftig gegen ihre ethnische und physische Vernichtung. Die strategisch bedeutsame Halbinsel Krim kehrte nach einer positiven Volksabstimmung zurück ins Mutterland der Russischen Föderation. Von Völkerrechtsbruch keine Spur. Die westliche Welt aber entdeckte mit dem Abfall der Krim von ihrer Bevormundung plötzlich das Völkerrecht wieder.

Während das Minsker Abkommen von Kiew mit westlicher Unterstützung nicht eingehalten wird und das ganze Land weiter verelendet, ist die Ukraine aus dem

Fokus westlicher Medien verschwunden. Das unter dem Augenarzt Bashar Al Assad dem Terror seit vier Jahren die Stirn bietende Syrien hält weiter stand. Erst der angeforderte und erfolgreiche Einsatz modernster russischer Bomber für die Zerstörung der Infrastrukturen des Terror auf syrischem Boden bringt endlich das Thema Syrien wieder auf die internationale Agenda und befördert gar eine einmütige UN-Resolution. Der US-Außenminister Kerry ersuchte in Moskau um eine Audienz, die ihm von höchster Stelle gewährt wurde. Das angeblich isolierte Russland macht Weltpolitik und dient wieder einmal dem Frieden. Die effektive Bekämpfung des Terrors muss zumindest verbal auch vom Westen als Priorität Nummer eins anerkannt werden, obwohl dessen Züchtung zur Beseitigung unliebsamer Regime des Hegemons ureigenstes Werk ist. Nicht mehr dessen Lieblingsforderung „Assad muss gehen" bestimmt heute die Agenda, sondern der Kampf gegen den Terror und die von Moskau und Peking stets kompromißbereit angestrebte politische Suche nach einer Beendigung des unheilvollen „Syrienkonflikts".

Die Politik des *'Regime Change'* in der Sackgasse

In Syrien ist die von den Vereinigten Staaten eingeführte, unheilvolle und völkerrechtswidrige Politik des von außen verordneten Regimewechsels definitiv in eine Sackgasse geraten, aus der sie sich nicht mehr wird befreien können. Das Schicksal des Niedergangs der einst stolzen, auf demokratische Werte verweisenden US-amerikanische Nation wurde von dem ersten schwarzen Präsidenten in der Landesgeschichte nicht abgewehrt. Solches von ihm zu erwarten wäre auch unrealistisch gewesen. Der scheidende Juraprofessor und noch Landeschef befindet sich fest im Zangengriff der die Nation beherrschenden Eliten. Er hat nicht einmal die Kraft sich voll und ganz hinter seinen um Ausgleich mit Russland bemühten Außenminister zu stellen. Seine mögliche weibliche Nachfolgerin im Amt, Hillary Clinton, wird das Land nur noch tiefer in Schuld verstricken und den Rutsch in den Abgrund beschleunigen. Die Politik der einst mächtigsten Nation der Erde wird nicht wie das Alternativgebilde BRICS und Co von um Ausgleich und Völkerfrieden bemühten Politikern gelenkt, sondern von egoistischen, mächtigen Interessengruppen, die sich untereinander nicht grün sind.

Diese Situation ist gefährlich und dem Weltfrieden nicht dienlich. Allerdings ist das ideologische Kapital der USA und des Westens verspielt. Sie haben keine Trümpfe mehr im Ärmel. Ihre blutige Hand wird vor der Weltöffentlichkeit immer deutlicher sichtbar, ebenso wie die unblutige Alternative.

Bedeutung einer kritischen Öffentlichkeit

Die Art und Weise, wie US-Amerika bemüht ist, all seinen Einfluss geltend zu machen, um die tonangebenden Medien der Welt auf seine Seite zu ziehen und sein

Lied zu singen, ist Ausdruck der Defensive, in die es längst geraten ist. Die Methode der Diffamierung etwa von RT-international, das mit seinem Motto „mehr Fragen stellen“ und einer höchst professionellen Darbietung ein Millionenpublikum anzieht, deutet ebenso daraufhin, dass den US-Eliten der Schwund ihres Einflusses sehr bewusst ist.

Umso bedeutender wird in der nahen Zukunft der Einfluss einer kritischen, unabhängigen Öffentlichkeit, die sich vom Einfluss des Imperiums zu lösen versteht. Dazu gehört auch, dass wir uns vom Einfluss gekaufter NGOs, gekaufter und nur pseudo-unabhängiger Alternativmedien und „Bewegungen“, die längst zu Salzsäulen erstarrt sind, freischaufeln. Es gibt sie aber, die wirklich unabhängigen Stimmen. Man erkennt sie daran, dass sie die falsche Äquidistanz zwischen Freund und Feind, zwischen Opfer und Täter aufgegeben haben. Sie beten nicht mehr die falschen Töne der imperialen Stimmleiter nach. Diese wartet noch immer mit Stichworten auf wie das 'Unrechtsregime Assad', 'der grausamer Diktator, der sein Volk verheizt', 'die Fassbomben und Giftgaseinsätze des arabischen Dikators' oder sie palavern weiter von der 'unrechtmäßigen, völkerrechtswidrigen Aneignung der Krim durch den russischen Aggressor' oder sie unterstellen die Möglichkeit der Unterscheidung von 'moderaten und rabiaten Terroristen'.

Wir müssen stattdessen lernen, uns argumentativ schützend vor jene Länder zu stellen, die auch für uns den Kopf hinhalten, die an einer Alternative arbeiten, auch wenn sie den Fernzielen manches linken Visionärs nicht zu entsprechen vermögen.

Oköpazifisten und Anhänger radikaler Gewaltfreiheit

Ähnliches gilt für Oköpazifisten oder Anhänger radikaler Gewaltfreiheit.

Das etwa unter ökologischen Aspekten heftig kritisierte China hat sich zur Priorität gesetzt, sein Volk zu ernähren und zu einem bescheidenen Wohlstand zu führen. Alles spricht dafür, dass dieses Ziel in allernächster Zukunft voll umfänglich erreicht sein wird. Das rohstoffarme, bevölkerungsreiche Land arbeitet auch zielstrebig an einem ökologischen Umbau. Noch ist es auf die Nutzung des Energieträgers und Umweltverschmutzers Kohle angewiesen. Die Problematik der Luftverschmutzung ist der Leitung des großen Landes durchaus bewusst und wird planerisch angepackt. Der größte Umweltverschmutzer weltweit bleibt allerdings nach wie vor der Westen unter Führung der Vereinigten Staaten. Auch die lange Dauer der Erdbelastung in Anbetracht der Kolonialgeschichte seitens jener Länder muss mitgedacht werden. Die Umzingelung Chinas und sein vergleichsweise geringes Militärbudget möge all jenen Kritikern ins Bewusstsein gerufen werden, die China hegemoniale Bestrebungen unterstellen.

Wer in Anbetracht unmittelbarer Aggression, in Anbetracht kolonialer Besatzung oder vor dem Hintergrund terroristischer Angriffe aus dem Hinterhalt die Opfer zur Gewaltfreiheit auffordert, macht sich mitschuldig an der Auslöschung menschlicher Existenzen.

Es gibt Widersprüche und Widersprüche. Manche Widersprüche haben einen vorantreibenden, potentiell befreienden Charakter, andere wiederum halten die Menschen vom befreienden Handeln ab.

Auf alle Fälle hilft die Aufarbeitung der Geschichte von unten her, aus der Perspektive der Unterdrückten. Es hilft der befreite Blick, der sich von der Gängelung durch die Jahrzehnte währende Gewaltherrschaft löst.

In diesem Sinne gilt es anzupacken und das uns jeweils Mögliche zu tun.

Neue Energie für ein besseres Neues Jahr!

Irene Eckert

Cuba-Solidarität

Regionalgruppe Essen der Freundschafsgesellschaft BRD-Kuba e.V. (FG): 25 Jahre Cuba-Solidarität in Essen – Blick zurück nach vorn

Die Regionalgruppe Essen der Freundschafsgesellschaft BRD-Kuba e.V. (FG) hatte eingeladen und viele alte und neue Freundinnen und Freunde waren gekommen. Anlässlich des 25. Jahrestages ihres Bestehens hatte die FG für den 28. November eine Festveranstaltung vorbereitet, die mit über 80 Gästen sehr erfolgreich im Haus der DKP in Essen stattfand.

Die Leiterin der Bonner Außenstelle der Botschaft der Republik Cuba, **Anette Chao García**, nahm in ihren Ausführungen zunächst Stellung zu der aktuellen Situation cubanischer Migranten in Costa Rica sowie dem begonnenen Normalisierungsprozess der zwischenstaatlichen Beziehungen zu den USA. In der folgenden, engagierten Diskussion antwortete sie offen und schlagfertig auf alle Fragen und Bedenken. Dabei verwies sie u.a. auf die über fünfzigjährige Erfahrung der cubanischen Revolution mit dem US-Imperialismus und darauf, dass sich in Cuba niemand Illusionen über dessen Charakter mache.

Der Vorsitzende der FG Essen spannte in seinem Referat *»Die Cuba-Solidaritätsbewegung – Selbstverständnis und Aufgaben gestern, heute und morgen«* den Bogen von der Gründung dieser Gruppe parallel zum Anschluss der DDR an die BRD über die kontinuierliche materialle und politische Solidaritätsarbeit bis zur Notwendigkeit der auch zukünftigen Unterstützung der cubanischen Revolution und der Verteidigung des Prinzips des im UN-Zivilpakts enthaltenen Selbstimmungsrechts der Völker gegen den Imperialismus und seine Handlanger. Dabei waren amüsante Anekdoten aus einem Vierteljahrhundert aktiven Engagements ebenso enthalten wie die Erinnerung daran, dass schon früher auch manch linke Kreise das Totenglöckchen für die cubanische Revolution geläutet hatten. In Bezug auf das zugleich gefeierte 50jährige Jubiläum der PCC-Zeitung *Granma* und die seit 1994 in der Bundesrepublik vertriebene deutschsprachige *Granma Internacional*, deren erste Ausgaben von der FG Essen versandt worden waren, rief er dazu auf, mehr Werbung *»für dieses einzigartige Periodikum«* zu entwickeln. Abschließend rief er zur Stärkung der FG auf: *»Es lohnt sich, Mitglied der FG zu werden – und dies nicht nur wegen der attraktiven Buch- und DVD-Prämien für Neumitglieder oder weil unsere tolle Quartalszeitschrift cuba libre im für jede und jeden erschwinglichen Mitgliedbeitrag enthalten ist (…) Zwar steht die Revolution hierzulande nicht auf der Tagesordnung, aber wir können das unsere dazu beitragen, nicht nur die hiesigen Verhältnisse mal wieder zum Tanzen zu bringen, sondern vor allem die cubanische Revolution zu verteidigen – MACHT MIT!«*

Das Referat ist vollständig dokumentiert unter: http://www.cuba-freundschaft.de/Home/20Jahre%20FG%20Essen/Referat.pdf)

Unterstützt wurde die Festveranstaltung nicht nur von den anwesenden Gästen, sondern auch durch Solidaritätsadressen von abwesenden Freundinnen und Freunden. So hatte bspw. Anette Chao García Grüße des 1. Stv. Ministers für Auswärtige Beziehungen der Rep. Cuba, **Marcelino Medina González**, und des 1. Stv. Vorsitzenden des Cubanischen Instituts für Völkerfreundschaft (ICAP), **Elio Gámez Neyra**, mitgebracht. Marcelino Medina erinnerte in seinem Schreiben u.a. *»an Euren Eifer und Engagement bei der Verteidigung der Revolution in jenen schwierigen Zeiten der „Spezialperiode" und an alle nachfolgenden Kämpfe.«* Elio Gámez seinerseits verwies auf die impulsgebende Rolle der FG Essen in der bundesweiten Cuba-Solidaritätsbewegung und bedankte sich für die kontinuierliche Unterstützung: *»Wir möchten einen Gruß an alle Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft in Essen ausrichten, die sehr hart dafür gekämpft haben, um die Solidarität mit Cuba am Leben zu halten und für die Einigung aller linken Kräfte im Sinne einer gerechteren Welt.«*

Weitere schriftliche Solidaritätserklärungen waren u.a. von der deutschsprachigen Redaktion der *Granma Internacional*, von Margot Honecker, dem Berliner Journalisten und Autor Markus Bernhardt, der DKP-Cuba AG und der Humanitären Cuba-Hilfe Dortmund eingegangen. Engagierte Grußworte (und Geschenke) gab es von anwesenden Gruppen, so von der FG-Regionalgruppe Köln, der Cuba Sí-Regionalgruppe Paderborn, der DKP Essen und des DKP-Parteivorstandes, der Humanitären Cuba-Hilfe Bochum, von SoliCuba Düsseldorf, dem NETZWERK CUBA- und FG-Vorstand und dem Essener Friedensforum.

Alle Solidaritätsadressen, Grußworte, aus dem Gästebuch, Briefe nach Havanna und Danksagung der Veranstalter sind dokumentiert unter: http://www.cubafreundschaft.de/Home/25%20Jahre%20FG%20Essen/Gruss-Adressen%20komplett.pdf.

Nachdem sich die Gäste bei einer cubanischen Gemüsesuppe (Potaje) gestärkt hatten, ging es in den zweiten Block der Veranstaltung. Bei der großen Dia-Schau mit Bildern von Aktionen aus 25 Jahren erkannten sich viele Anwesende wieder, andere erhielten erstmals einen optischen Eindruck von der Vielfalt des Engagements für das revolutionäre Cuba.

Die Veranstalter hatten in ihrer Einladung nicht nur den dann gut umlagerten, attraktiven Büchertisch nebst ebenso ansprechender Cocktailbar, sondern auch eine Überraschung versprochen. Dieses Versprechen wurde eingelöst mit dem Live-Auftritt des argentinischen Sängers und Gitarristen **Daniel Rodríguez**, der in der Cuba-Solidaritätsbewegung nicht zuletzt Dank seiner Vertonung von Gedichten von Antonio Guerrero, einem der MIAMI 5, und seiner Beteiligung an zahllosen Aktionen zu deren Befreiung sehr bekannt ist. Mit seinen Liedern aus Cuba, Argentinien und ganz Lateinamerika begeisterte er die Gäste und animierte sie zu lautstarker Beteiligung. Damit fand diese sehr erfolgreiche Festveranstaltung einen würdigen kulturellen Abschluss.

Eine Photogalerie gibt es unter http://www.cubafreundschaft.de/Home/home.html#Photos25Jahre.

Das Einladungsflugblatt und weitere Dokumente sind unter http://www.cubafreundschaft.de/Home/home.html#25JahreFG dokumentiert.

Heinz-W. Hammer, 06.12.2015

Heinz W. Hammer: Zu: »Das „Trojanische Pferd im Anmarsch“ – Zur neuen Strategie der USA gegen Cuba« – von Professor James Petras in: offen-siv Nr. 06-2015[2]

Prof. Petra schreibt: *»Wenn man Washingtons taktische Zugeständnisse gründlicher liest und seine strategischen Ziele kennt, kommt die Vermutung auf, dass das lediglich ein Wechsel der Methoden ist, die Vorzüge der sozialistischen Revolution aufzuheben.«* Um zu dieser Erkenntnis zu gelangen, bedarf es jedoch weder eines Professorentitels noch aufwendiger Recherche. Da reicht es, die TV-Ansprache von Obama vom 17.12.2014 zu lesen, in der dieser den Wechsel der Methoden, nicht jedoch der Ziele des US-Imperialismus offen ausgesprochen hat (http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-12/barack-obama-rede-beziehungen-usa-kuba/komplettansicht). Dies ist auch den cubanischen Revolutionären bekannt und sie richten sich auf die neuen Gefahren und Herausforderungen ein.

Petras behauptet in diesem Analyse-Versuch: *»Drittens wird der große Einfluss von US-kontrollierten Telekommunikationsmitteln (...) einen Effekt auf die Ent-Radikalisierung der kubanischen Öffentlichkeit (vom Sozialismus über den Egalitarismus zum Großkonsumismus) haben und die brüderlichen Bande nach Lateinamerika reduzieren.«* und wirft hier einiges durcheinander:

Natürlich versucht der US-Imperialismus weiterhin und verstärkt, mithilfe der elektronischen Medien eine Konterrevolution in Cuba herbeizuführen. Wenn er (Petras) allerdings ausschließlich von einem De-facto-Effekt auf die kubanische Öffentlichkeit spricht, ohne deren Verteidigungsmaßnahmen auch nur zu erwähnen, so zeugt dies nicht nur von wenig solidarischem Grundverständnis, sondern auch von mangelhaftem wissenschaftlichem Arbeiten, das bekanntlich möglichst umfassende Basisinformationen vor Schlußfolgerungen setzt.

Sehr ärgerlich wird es, wenn er behauptet, dass *»die brüderlichen Bande Cubas nach Lateinamerika reduziert«* würden. Damit behauptet er ja nichts anderes, als dass Cubas Regierung diese Beziehungen auf dem Altar der angestrebten zwischenstaatlichen Normalisierung der Beziehungen Cuba-USA würde opfern wollen. Doch das Gegenteil ist nachweislich der Fall: Der cubanische Präsident Raúl Castro hat in allen internationalen Reden seit dem 17. Dezember 2014 (an diesem Tag wurden in Havanna und Washington zeitgleich die angestrebte Normalisierung durch

---

[2] Nachdruck aus: Geheim Nr. 02-2015 / Global Research vom 06.06.2015, http://www.globalresearch.ca/peace-negotiations-or-war-preparations-colombia-iran-china-cuba-ukraine-yemen-and-syria/5453821

die beiden Präsidenten verkündet) verkündet, dass die Solidarität Cubas mit Venezuela und den anderen Ländern Lateinamerikas nicht zur Disposition stünden. Beispiel: *»Die Bolivarische Republik Venezuela wird immer auf die Solidarität Kubas gegen die Versuche zählen können, die verfassungsmäßige Ordnung zu destabilisieren und zu untergraben sowie die vom Genossen Hugo Chávez Frías begonnene und vom Präsidenten Nicolás Maduro Moros fortgeführte Arbeit für das venezolanische Volk zu zerstören.«* (Rede vor der UN-Generalversammlung am 28.09.2015 – siehe: http://www.cubafreundschaft.de/Fidel-Reden%20(4)%20ab%201%20-%202012/2015-09-28,%20Raul%20vor%20 UNO.pdf)

»Viertens«, so Petras weiter, *»könnten (...) die US-Bemühungen, die bolivarische Regierung Venezuelas zu unterwandern oder in einen „moderaten Staat" umzuwandeln, auf weniger Widerstand seitens Havannas stoßen«.* Erneut wird also der cubanischen Revolutionsregierung ein wahrscheinliches »Umfallen« unterstellt – entgegen allen öffentlichen Äußerungen von deren höchsten Repräsentanten. Wieso werden diese von Petras so konsequent ignoriert? Nur Ignoranz oder der Versuch, sich »rechtzeitig abzusetzen«, so wie wir es in den vergangenen Jahrzehnten auch von anderen Intellektuellen aus den kapitalistischen Ländern immer wieder erlebt haben?

Heinz-W. Hammer, Essen

Erfreuliche Entwicklungen

Grover Furr: Dear friends:

I'm happy to announce the publication of my new book:

Trotsky's "Amalgams." Trotsky's Lies, The Moscow Trials As Evidence, The Dewey Commission. (Trotsky's Conspiracies of the 1930s, Volume One). 538 pp.

ISBN 978-0-692-58224-4

There is no other book on Trotsky like this one. Trotsky's writings and activities during the 1930s must be seen in an entirely new light.

New books on Trotsky appear every year. All but a handful ignore the new archival sources. All, except this one, ignore their significance.

Buy it now at the publisher's page:

http://erythrospress.com/store/trotskys-amalgams.html

* To order by mail, send your purchase information with a check or money order to:
Erythros Press and Media, LLC
PO Box 291994
Kettering, OH 45429-0994
The publication has been on December 28, 2015, the price is $25.

Sincerely,

Grover Furr, Montclair State University

Übersetzung:

Liebe Freunde,

Ich freue mich, auf das Erscheinen meines neuen Buches hinweisen zu können.

„Trotzky's Amalgams. Trotsky's Lies, The Moscow Trials As Evidence, The Dewey Commission" (Trotzkis Konspiration in den 1930ern, Teil 1). 538 Seiten. (Zunächst nur in englischer Sprache; d.Red.)

ISBN 978-0-692-58224-4

Es gibt kein weiteres Buch über Trotzki wie dieses. Trotzkis Handeln und seine Schriften während der 1930er Jahre müssen in einem völlig neuen Licht gesehen werden.

Neue Bücher über Trotzki erscheinen jedes Jahr. Alle bis auf eine Handvoll ignorieren die neuen Archivquellen. Alle bis auf dieses eine ignorieren deren Bedeutung.

Kaufen Sie es jetzt auf der Internet-Seite des Verlages:

http://erythrospress.com/store/trotskys-amalgams.html

Wenn Sie es per Post bestellen wollen, senden Sie die notwendigen Informationen für Ihren Kauf und einen Scheck oder eine Geldanweisung an:

Erythros Press and Media, LLC
PO Box 291994
Kettering, OH 45429-0994
Das Buch ist am 28. Dezember erschienen, der Preis beläuft sich auf 25 $.

Freundliche Grüße,

Grover Furr, Montclair State University

Miclas Lacorn: Domain kommunistische-geschichte.de

Ausgangslage: In welcher Situation befindet sich die Aufarbeitung und Darstellung unserer Geschichte – die Geschichte der kommunistischen Arbeiterbewegung in Deutschland (und anderen Ländern)?

Zunächst möchte ich feststellen, dass wir eine Geschichte haben, stolz auf diese sein müssen und rein gar nichts gegenüber dem Klassenfeind zu rechtfertigen haben.

Mit dem Fall der DDR haben wir das Zentrum zum Schreiben und Archivieren unserer Geschichte verloren – das Institut für Marxismus-Leninismus. Im Begreifen der Situation haben sich GenossInnen gefunden, dieses Erbe weiter zu führen. Es enstanden der Rotfuchs, die offen-siv und die Schriftenreihe der KPD, andere Publikationen, wie die KAZ, wurden weitergeführt. Sie alle eint die Veröffentlichung von Beiträgen zur Analyse und Propagierung unserer Geschichte (nicht nur der vergangenen, denn Geschichte ist immer auch die Geschichte unserer Zeit).

Was nun aber fehlt ist die zentrale und planmäßige Archivierung dieser Artikel. Dazu habe ich die Domain "kommunistische-geschichte.de" registriert, um eine Internetplattform aufzubauen, die dies in Angriff nimmt.

Herangehensweise:

Ich habe geplant die Beiträge nach AutorIn und geschichtlichem Ereignis zu kategorisieren. Dabei soll jedes geschichtliche Ereignis (wenn möglich per Datum) und jede Genossin, jeder Genosse durch einen kurzen Beitrag eingeleitet werden.

Die Idee ist letztendlich dialektischer Natur. Zunächst soll ein Geschichtskalender entstehen, der politisch jungen GenossInnen die praktische Möglichkeit eröffnet, einen Überblick über unsere Geschichte zu bekommen und nach Bedürfnis weitere Beiträge zu einem Thema zu studieren. Zudem sollen Ortsgruppen (DKP, KPD, Rotfuchs) die Möglichkeit haben Themenveranstaltungen durchzuführen.

Der theoretische Nutzen ist der, dass geschichtswissenschaftlich arbeitende GenossInnen Quellen anderer GenossInnen zu ihrer Arbeit finden um "das Rad nicht neu erfinden" zu müssen und besser zitieren (und ggf. Verlinken) zu können.

Durchführung:

Mit diesem Konzept möchte ich alle GenossInnen, die sich unserer Geschichte und unserem Auftrag verpflichtet fühlen, bitten, mir ihre Beiträge/Artikel mit der Erlaubnis, diese zu veröffentlichen, zuzusenden. Für Texte im Wordformat mit einem Kategorievorschlag und einer kurzen Biographie wäre ich sehr dankbar.

GenossInnen, die Interesse an redaktioneller Arbeit haben und denen ggf. Wordpress ein Begriff ist, sind natürlich auch gerne gefragt, sich an dem Projekt zu beteiligen.

Motivation:

Ich beteilige mich nun seit etwas über einem Jahr an der Geschichtskommission der DKP und die Diskussion dreht sich seit dieser Zeit darum einen Geschichtskalender zu erstellen, der Ortsgruppen eine Hilfestellung geben soll Themenveranstaltungen durchzuführen. Die Erstellung eines solchen wurde mir auf der letzten Sitzung übertragen.

Zudem bin ich – als Freidenker – damit beauftragt, das politische Archiv von Kurt Gossweiler auf Wordpress umzustellen.

Da ich nun als Kommunist und Informatiker immer das Interesse habe zu abstrahieren, ist mir der Einfall gekommen das Projekt "kommunistische-geschichte.de" zu starten.

In diesem Sinne hoffe ich auf Euer Interesse und Beteiligung am Projekt.

Miclas Locorn

Fernstudium

Frank Flegel: Fernstudium – Probleme der Öffentlichkeitsarbeit

Wir hatten bei der „jungen Welt" drei Anzeigen in Auftrag gegeben, eine zum 31.12.15 (Sylvesterausgabe), eine zum 9.1.16 (Ausgabe am Tag der Rosa-Luxemburg-Konferenz der jW) und eine zum 27.1.16 (Beilage mit den Vorträgen der Rosa-Luxemburg-Konferenz). Leider hat die „junge Welt" unsere Anzeigen nicht wie vorgesehen gebracht: am 31.12. erschien die Anzeige, die für den 9.1. vorgesehen war und die den Hinweis auf unseren Stand bei der Luxemburg-Konferenz enthielt und zusätzlich den in diesem Zusammenhang vollkommen irrsinnigen Satz: „Die Kommunistische Partei – Organisator der siegreichen nationalen Befreiungsrevolution". Als „Wiedergutmachung" erschien dann am 6.1.16 tastsächlich die richtige Anzeige, am 9.1., zum Tag der Luxemburg-Konferenz, aber wieder eine verfälschte, wieder mit dem Satz von der Kommunistischen Partei als Organisator der nationalen Befreiungsrevolution.

Die Wiederholung dieses Satzes in einer Anzeige für das Fernstudium empfanden wir als eine mittelschwere Katastrophe, denn nun mussten wir davon ausgehen, dass der Satz nicht mehr als Irrtum, sondern als gewollt wahrgenommen würde und sich dadurch ein inhaltliches Problem verfestigte: Es wurde erstens den Eindruck erweckt, das Fernstudium sei zunächst und vor allem eine Jubel-Arie auf die Partei und zweitens wirkte dieser Satz in diesem Zusammenhang vollkommen hirnrissig: „*"siegreiche nationale Befreiungsrevolution"* – in Deutschland?? Wer uns nicht kennt - und genau für diejenigen, die uns nicht kennen, waren die Anzeigen ja gedacht - musste ja denken, dass wir nicht alle Tassen im Schrank haben, und das im besten Fall. Im schlechtesten Fall standen wir da wie Anhänger des Nationalbolschewismus oder wie faschistoide Nationalisten.

Dem Chaos angemessen fiel die Resonanz auf unseren Stand bei der Luxemburg-Konferenz am 9.1. mehr als bescheiden aus: es gab drei Anmeldungen für das Fernstudium, alle drei wären aber auch ohne Stand erfolgt, denn sie resultierten aus persönlichen Kontakten, und ganze weitere drei Personen haben sich Info-Material über das Fernstudium mitgenommen.

Wir mussten nun davon ausgehen, dass die Werbekampagne, die wir bei der jW für das Fernstudium durchführen wollten, ihre Wirkung nicht mehr würde entfalten können und stornierten deshalb den Anzeigenauftrag für den 27.1.16.

Zur Zeit (10.1.2016) gibt es vierzehn Anmeldungen, wobei eine Person am Startseminar aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen kann und zwei weitere Personen noch nicht wissen, ob sie eine häusliche Abwesenheit über ein Wochenende viermal im Jahr organisieren können.

Damit steht die Durchführung des Fernstudiums auf der Kippe. Wir brauchen etwa doppelt so viele Anmeldungen.

Ein Nicht-Zustandekommen des Fernstudiums müssen wir aber unter allen Umständen vermeiden, denn das wäre ein ganz schlechtes Signal. Also werden wir andere Wege für die Öffentlichkeitsarbeit suchen und einer davon ist, Euch, unsere Leserinnen und Leser, um Eure Unterstützung zu bitten: wenn Ihr jemanden kennt, der eventuell Interesse am Fernstudium haben könnte, so gebt bitte den beiliegenden Handzettel weiter!

Frank Flegel

Rechenschaftsbericht 2015

Frank Flegel: Rechenschaftsbericht für das Jahr 2015

Publizistisches:

Realisiert haben wir

sechs offen-siv-Hefte:

Januar-Februar,	52 Seiten	Auflage 600,
März-April	80 Seiten	Auflage 600,
Mai-Juni	60 Seiten	Auflage 600,
Juli-August	76 Seiten	Auflage 600,
September-Oktober	52 Seiten	Auflage 600,
November-Dezember	84 Seiten	Auflage 600,

insgesamt 404 Druckseiten,

…und zwei Bücher:

Michael Kubi: Die Sowjetdemokratie und Stalin. Theorie und Praxis in der Sowjetunion 1917 – 1953.
ISBN: 978-3-00-048893-1, 228 Seiten, Auflage 1200,

Gerhard Feldbauer: Die Augustrevolution 1945 in Vietnam. Die Kommunistische Partei – Organisator der siegreichen nationalen Befreiungsrevolution.
ISBN: 978-3-00-050226-2, 186 Seiten, Auflage 1200.

Es gab Texte von folgenden Autorinnen und Autoren zu lesen:

Ahriman-Verlag Freiburg; Bashar al-Assad; William B. Bland; Konstantin Brand; Uli Brockmeyer; Erich Buchholz; Café Palestine Freiburg; Fritz Dittmar; Irene Eckert; Gerhard Feldbauer; Frank Flegel; Freundeskreis Ernst-Thälmann-Gedenkstätte, Freundschafsgesellschaft BRD-Cuba, Regionalgruppe Essen; Monika Fritz; Fünfundfünfzig Kommunistische Parteien; Grover Furr; Kurt Gossweiler; Heinz W. Hammer; Jacob Heinn; Dagmar Henn; Initiative Buchenwald-Gedenken; Hermann Jacobs; Sergei Kirichuk; KKE, Abteilung Internationale Beziehungen; KKE, ZK; Michael Krenz; Dimitris Koutsoumbas, Generalsekretär des ZK der KKE; Michael Kubi; W.I. Lenin; Helmut Loewen; Johannes Oehme; PAME, Exekutivrat; James Petras; Brigitte Queck; Dieter Popp; Wladimir Putin; Cihad Rebehn; Redaktion offen-

siv; Russel-Tribunal zu Gaza; Karsten Schönsee; Gerhard Schiller; Horst Schneider; Günther Schulze; Klaus Stein; Stichwort BAYER; US-Friedensrat; Verein „Unentdecktes Land“; Ingo Wagner; Gabi Weber; Tibor Zenker.

Finanzen:

Einnahmen nach Quellen:

Einnahmen aus Spenden und Verkäufen:	13.223,61 Euro
Zweckgebundene Spenden zur Start-finanzierung des Buches: M. Kubi, Die Sowjetdemokratie und Stalin:	500,00 Euro
Zweckgebundene Spenden zur Start-finanzierung des Buches: G. Feldbauer: Die Augustrevolution in Vietnam:	1.526,00 Euro
Einnahmen insgesamt:	**15.249,61 Euro**

Ausgaben nach Sparten:

Porto:	2.907,97 Euro
Büro:	473,17 Euro
Werbung:	1.639,61 Euro
Druck	11.535,00 Euro
Ausgaben insgesamt:	**16.555,75 Euro**

Saldo:	**- 1.306,14 Euro**

Wenn man sich die Spendenentwicklung der letzten drei Jahre ansieht, muss man trotz des negativen Saldos zufrieden sein:

Spendenaufkommen im Jahr 2013:	8.481,23 Euro
Spendenaufkommen im Jahr 2014:	10.172,00 Euro
Spendenaufkommen im Jahr 2015:	15.249,61 Euro

Das ist eine sehr gute Entwicklung. Wir danken allen, die uns finanziell geholfen haben, sehr herzlich!

Trotzdem bleiben wir im Minus, und das war auch schon im letzten Jahr so.

2014 hatten wir ein Minus von 1.191,38 Euro, 2015 haben wir ein Minus von 1.306,14 Euro.

Diese negativen Salden gleichen wir, Anna und Frank, aus unserer Haushaltskasse aus.

In gewisser Weise sind wir verrückt, aber in 2015 mussten wir diese beiden ausgezeichneten Bücher zusätzlich zu den offen-siv-Heften machen, es ging gar nicht anders. Natürlich wussten wir um das finanzielle Risiko.

Das entstandene Minus bringt uns nicht um, - wir machen selbstverständlich weiter.

Das Jahr 2016 wird für die offen–siv kaum weniger Aufwand bringen: Es gibt inzwischen zahlreiche Anfragen, ob wir das inzwischen vergriffene „Jeschow-Heft“ von Gruver Furr nicht nochmal auflegen könnten, und es sind weitere Projekte für Sonderhefte angedacht. Ob so etwas realisierbar ist oder nicht, hängt von den Finanzen ab und steht zur Zeit „in den Sternen“.

Falls jemand von Euch noch etwas übrig hat vom Weihnachtsgeld, würden wir uns über eine zusätzliche finanzielle Unterstützung sehr freuen.

Redaktion offen-siv

BAYER

Die Krebs-Profite

Topthema im neuen Magazin

www.stichwort-bayer.de
info@stichwort-bayer.de
Postfach 150418 · 40081 Düsseldorf
facebook/Coordination

STICHWORT BAYER

Konzernkritik konkret.

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN. JETZT.

Frank Flegel,
Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt